

# „Nur keinen Arzt – Nur keinen Arzt“ \*

\* Mit diesem Ausruf reagierte eine versteckte Kölner Jüdin in Bonn nach einem Sturz auf das Hilfsangebot ihrer Retterin.

## Gegen Vergessen - Für Demokratie e.V. / Regionalgruppe Mittelrhein Projektgruppe Rettung verfolgter Juden und Jüdinnen 1933-1945

Projekt-Koordination und verantwortlich für den Projektabschlussbericht:  
Manfred Struck, Basteistr. 46, 53173 Bonn, T: 0228/9025871, struck-bonn@t-online.de

Die Projektgruppe „Rettung verfolgter Juden und Jüdinnen 1933-1945“ der Regionalgruppe Mittelrhein von Gegen Vergessen - Für Demokratie e. V. beendete 2013/2014 ihre mehr als neunjährige Projektarbeit. Sie legt Ihnen hier eine anonymisierte Kurzfassung ihres Abschlussberichtes vor. Wie und unter welchen Bedingungen Sie den offiziellen Projektabschlussbericht mit den erkundeten Rettungs- und Unterstützungsfällen, den beteiligten RetterInnen und Geretteten und weiteren Ergebnissen erhalten können, erfahren Sie am Ende dieser Kurzfassung im Abschnitt 18 „Zum Abschluss“. Dieser Bericht, möchte Ihre Aufmerksamkeit auf die Frauen und Männer lenken, die in einer unmenschlichen Zeit menschlich blieben, ihre Ängste überwandern und aus unterschiedlichen Motiven und unter eigener Gefährdung verfolgte Jüdinnen und Juden retteten und unterstützten. Diese Frauen und Männer bezeichnen wir als „Stille oder unbesungene Helden“.

## Projekt-Abschlussbericht

### zu erkundeten Rettungen von Juden und als Juden Verfolgten 1933-1945 mit Bezug zur Projektregion Mittelrhein

Bonn im April 2014 (anonymisierte Internet-Fassung im April 2015)

#### Inhalt

- 1 Zur Vorgeschichte des Projektes
- 2 Desinteresse an den RetterInnen der als Juden Verfolgten nach 1945
- 3 Zur Entwicklung des Judentums im Rheinland<sup>2</sup>
- 4 Phasen der Verfolgung und Vernichtung der Juden und Reaktion der Bedrohten
- 5 Die Ziele des Projektes
- 6 Projekträume und -mitarbeiterInnen
- 7 Arbeit in Archiven und Instituten, mit Ämtern und Zeitzeugen sowie in der Literatur
- 8 Ergebnisse Projektziel 1: Erkundung u. Dokumentation von Rettungs- und Hilfefällen
- 9 Ergebnisse Projektziel 2: Überprüfung und Qualifizierung der erkundeten Fälle
- 10 Ergebnisse Projektziel 3: Ehrungsanträge als „Gerechte unter den Völkern“
- 11 Ergebnisse Projektziel 4: Rettungsgeschichten für die Geschichtsvermittlung
- 12 Auswertung erkundeter Projektfälle anhand konkreter Kriterien und Fragen
- 13 Leitfrage: Warum flohen so wenige Juden und diese so spät?
- 14 Leitfrage: Weisen die RetterInnen und HelferInnen Gemeinsamkeiten auf ?
- 15 Leitfrage: Welche Handlungsoptionen hatten die RetterInnen und HelferInnen ?
- 16 Leitfrage: Welches Risiko gingen RetterInnen von als Juden Verfolgten ein ?
- 17 Der Umgang mit ausgegliederten erkundeten Projektfällen
- 18 Zum Abschluss oder wie geht es weiter ?
- 19 Fallbezogene und allgemeine Quellen (Auswahl zu den in dieser Ausgabe skizzierten Fällen)

#### 1 Zur Vorgeschichte des Projektes

Frauen und Männer, die während des NS-Terrors zwischen 1933 und 1945 jüdische oder als Juden „eingestufte“ Verfolgte\* versteckten, versorgten oder ihnen unter Inkaufnahme eigener Gefährdung auf andere Weise uneigennützig halfen, das Leben zu retten, bezeichnen wir als „Stille Helden“ oder „unbesungene Helden“<sup>316, 341</sup>

\* Um nicht immer wieder die von den Nationalsozialisten eingeführten Klassifizierungen für die in die Verfolgung einbezogenen „Halbjuden“ „Mischlinge“ oder „getaufte ehemalige Juden und Jüdinnen“ u.a. wiedergeben zu müssen, bedienen wir uns, wo geboten und im Respekt vor ihren Schicksalen, der von Dennis Riffel eingeführten Formel „des oder der als Juden Verfolgten“.

Yad Vashem in Jerusalem ehrt diese RetterInnen als „Gerechte unter den Völkern“, der höchsten Auszeichnung, die der Israelische Staat an Nichtjuden vergibt.<sup>333</sup> In einem Gespräch mit dem Berichterstatter bat 1992 der damalige Koordinator der Ehrungen, Herr Dr. Paldiel, in Deutschland nach diesen RetterInnen zu suchen. Er schätzte, dass die Zahl von damals 300 (heute = ca 550) geehrten deutschen RetterInnen verfolgter Juden und Jüdinnen 1933-1945 die realen Rettungsaktionen nicht widerspiegeln würde. Der Verfasser dieses Abschlussberichtes stellte die Bitte im Ver-

ein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ vor. Durch dessen Gründungsvorsitzenden Dr. Hans-Jochen Vogel und seinen Vorstandskollegen Heinz Westphal konnte 1994 die Förderung von Stiftungen für ein bundesweites Projekt „Hilfe und Rettung für Juden in Deutschland 1941-1945“, (künftig „Berliner Projekt“) bewirkt werden. Prof. Dr. Wolfgang Benz vom „Zentrum für Antisemitismusforschung“ und eine Gruppe von WissenschaftlerInnen, u.a. Beate Kosmala, stellten ihre Erfahrungen in den Dienst des Projektes. Bis 2002 konnten ca. 2.900 neue Datensätze von RetterInnen erforscht und dokumentiert werden, welche die Basis einer zentralen Datenbank „Rettung von Juden im nationalsozialistischen Deutschland“ im Rahmen der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ und der seit 1997 eingerichteten Gedenkstätte „Stille Helden“ in Berlin bildete. 2004 nahm eine Projektgruppe der Regionalgruppe Mittelrhein des Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ die Arbeit zu den RetterInnen und UnterstützerInnen von als Juden Verfolgten in ihrer Region mit einem Regionalprojekt unter dem Titel „Rettung verfolgter Juden und Jüdinnen 1933-1945“ auf.

## **2. Desinteresse an den RetterInnen der als Juden Verfolgten nach 1945**

An den RetterInnen der als Juden Verfolgten gab es nach 1945 lange Jahre wenig Interesse. Für viele Deutsche wäre bei einer Wahrnehmung dieser widerständigen Handlungsoption gegen das NS-Regime die Rechtfertigungs-Legende, „dass man nichts gewusst habe und nichts hätte tun können“, zusammengebrochen. Außerdem galt für Viele die Fiktion der „Volksgemeinschaft“ weiter. Gegen diese hatten die RetterInnen aber verstoßen. Eine Aufarbeitung der NS-Zeit unterblieb. Die sog. „Entnazifizierung“ und das problemlose Überleben ehemaliger Nationalsozialisten traumatisierte die Nazi-Gegner und -Opfer. Viele überlebende Opfer wanderten aus. Dagegen verblieben die RetterInnen in ihrer Nachbarschaft. Sie zogen sich aus Angst vor erneuten Ausgrenzungen zurück. Zudem galt bei ihnen oft die Meinung, dass die Hilfen selbstverständlich gewesen und somit nicht erwähnenswert seien.<sup>326</sup>

Die Widersetzlichkeit der RetterInnen galt zudem lange Jahre nicht als Widerstand. Dieser wurde auf Aktionen reduziert, welche die Überwindung des NS-Systems zum Ziel hatten. Unter diesem Widerstandsbegriff wurde der „Retterwiderstand“ nicht respektiert. Außerdem geriet er in den Sog des Kalten Krieges.<sup>343</sup>

Das „Tagebuch der Anne Frank“ wurde zur Ikone und Ende der 50er-Jahre bis 1963 wurden 738 Berliner RetterInnen als „Unbesungene Helden“ durch eine Initiative des Berliner Innensenators J. Lipschitz geehrt.<sup>338</sup> Erst langsam wuchs das Interesse an den Rettungen. Seit Ende der 70er ließen Berichte Überlebender, die „Entdeckung“ von RetterInnen, der Film „Schindlers Liste“ und regionale Studien das Interesse wachsen. Für die Region Mittelrhein waren örtliche Erkundungen und u.a. insbesondere die Studien „Hilfe für Verfolgte im Rheinland“ der Projektgruppe um G. B. Ginzel in den 90er-Jahren<sup>91, 94</sup> sowie die den rechtsrheinischen Raum dokumentierenden Arbeiten von H.-D. Arntz<sup>19, 20</sup> bedeutsam.

## **3 Zur Entwicklung des jüdischen Lebens im Rheinland**

Mit dem Mittelrhein untersuchten wir eine Region, in der das jüdische Leben im heutigen Deutschland begann, in der es einschneidende Zäsuren erlitt und in dem es sich auf eine Weise entwickelte, die sich bis in Neuzeit auswirkte und das jüdische Selbstverständnis sowie die Reaktionen auf die Verfolgungen prägte.<sup>303, 317, 318, 352, 353</sup>

Schon 321 sind Juden in Köln und im 4. Jahrh. in Trier belegt. In der Merowinger- und Karolingerzeit waren die Juden im Rheinland Bürger mit allen Rechten. Im Mittelalter beherbergte Köln die größte jüdische Gemeinde Mitteleuropas. Ihr Verhältnis zur Umgebung war trotz Verboten gut.

Die von Köln ausgehenden Kreuzzugspogrome von 1096 beendeten mit 4-5.000 Opfern und der Vernichtung vieler Gemeinden den Frieden. Pogrome, Vorwürfe der Hostienschändung, Ritualmorde und Brunnenvergiftung, Willkür, Entrechtung, Berufsverbote, Kennzeichnung, Ausgrenzung, Ausbeutung und ruinösen Abgaben bestimmten das Leben auch der Juden im Rheinland.

Im 14./15. Jahrh. wanderten viele rheinische Juden nach Osteuropa aus. Die Städte vertrieben „ihre“ Juden, u.a. die Stadt Köln 1424 (bis 1794). Auch die Landesherrn vertrieben „ihre“ Juden, so z.B. 1438 der Herzog von Berg in seiner Residenz Düsseldorf. Dieses hatte im Rheinland bisher untypische Landjuden-Gemeinden zur Folge. Am Ende der Vertreibungen gab es im Rheinland keine städtischen jüdischen Gemeinden mehr.

Territoriale Zersplitterungen verhinderten eine totale Vertreibung wie z.B. in England und Frankreich. Für das Rheinland waren die bestimmende „Herrschaften“ die Herzogtümer Berg und Jülich,

die Kurfürstentümer Köln und Trier sowie die Grafschaft Sayn. Die meisten rheinischen Juden lebten bis ins 19. Jahrh. verarmt auf dem Lande.

Die neuen preussischen Herrscher im nördlichen Rheinland stärkten in ihren Territorien ab 1701 die jüdischen Rechte, belegten die Juden aber bald wieder mit Auflagen und Einschränkungen.

Napoleon leitete im annektierten Rheinland Schritte zur Gleichberechtigung für Juden ein. (z.B. fiel am 22.9.1797 das Tor zur Judengasse in Bonn. 1798 wurde Joseph Isaak der 1. jüdische Neubürger Kölns seit 1424, 1801 Gemeindegründung in Köln.) Das Großherzogtum Berg sollte zum „emanzipatorischen Modellstaat“ Napoleons werden. 1808 wurden Sondergesetze für Juden abgeschafft. Das sog. „Schändliche Dekret“ schränkte den sog. „französischen Weg“ aber wieder ein.

Die Preußen als die neuen Herren erklärten die Juden am 11.3.1812 zu „Einländern und preußischen Staatsbürgern“, kehrten während der Restauration nach dem Wiener Kongress 1815 in der preussischen Rheinprovinz“ für die rheinischen Juden zu den alten Verboten und Auflagen zurück. Erst 1826 sprach sich der Rheinische Provinziallandtag als 1. deutsches Parlament für die politische, rechtliche, religiöse und soziale Emanzipation der Juden aus.

Ab hier können wir im Rheinland von Entwicklungen sprechen, welche das Selbstverständnis der rheinischen Juden und ihre Reaktionen auf die NS-Verfolgungen beeinflussen sollten.

Die Emanzipation, die Industrialisierung, die Freizügigkeit, die innerpreußisch/-deutsche Binnenwanderung und der Zuzug aus Osteuropa lösten einen jüdischen Bevölkerungszuwachs aus, in der Rheinprovinz stieg die jüdische Bevölkerung von 17.000 (1817) auf 58.000 (1910).

Die städtische Zuwanderung ließ die Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf zu den Regionen Preußens mit der am stärksten urbanisierten jüdischen Bevölkerung werden. So sank der Landjudenanteil z.B. in den Regierungs-Bezirken Düsseldorf von 53% (1817) auf 18 % und Köln von 54% (1817) auf 15 % (1925). Die jüdische Einwohnerzahl in Köln stieg z.B. von 1.531 (1852) auf 16.093 (1925) Juden. In Elberfeld stieg sie z.B. von 1.104 (1880) auf 2.335 (1925) Juden. Die Entwicklung zum Textil-Zentrum verstärkte dort den Zuzug ländlicher Juden. In Aachen stieg die jüdische Einwohnerzahl von 55 (1808) auf 1.665 (1905) Juden. Der Niedergang von Bergbau und Hüttenbetrieben in der angrenzenden Eifel ließ diese lange Zeit ohnehin als „Armenhaus“ geltende Region weiter verarmen und verstärkte die Landflucht. Die Urbanisierung hatte ein Ansteigen der in Industrie und Handwerk tätigen Juden zur Folge. Der Industrieanteil der jüdischen Beschäftigten in der Rheinprovinz entsprach mit 25 % dem preußischen Durchschnitt. Im Vergleich Bayern 15 %, Württemberg 19 %, Baden 18 %.

Der Urbanisierungsprozess verlief in der Region nicht linear, z.B. blieb die Zahl der sog. Landjuden an der Sieg mit 589 (1828) und 794 (1925) Juden in zersplitterten, kleinen Wohneinheiten, sowie in den ländlichen Regierungs-Bezirken Aachen, Koblenz und Trier konstant. In der Rheinprovinz wurden u.a. durch die verbesserte Mobilität bedingt 3 Orte verlassen, aber 22 Orte jüdisch neu besiedelt. Erst 1880 setzt wieder eine Bevorzugung der Städte ein.

Das Wohlstandsgefälle zwischen den Gemeinden war enorm: So leisteten z.B. die Juden Aachens 1910 eine siebenfach höhere Einkommenssteuer als die Juden des Rhein-Sieg-Kreises.

Der Anteil der sog. „Ostjuden“ betrug in den 20er Jahren z.B. in Köln 24 %, in Düsseldorf 20 % und in Wuppertal 17 %. Zwischen den orthodoxen, chassidischen „Ostjuden“ und den konservativen oder reformierten rheinischen Gemeinden gab es Spannungen. Die meisten rheinischen Juden waren auf dem Wege der Assimilierung und fühlten sich durch den Zuzug zurückgeworfen.

Um 1900 zählte die Mehrzahl der rheinischen Juden infolge ihrer Bemühungen zum städtischen Bildungsbürgertum und zum ländlichen Mittelstand. Bildungs- und Kultur- und Sozialeinrichtungen bildeten Netzwerke. Der berufliche soziale Aufstieg konzentrierte sich auf akademische Berufe.

Merkmale der Entwicklung des rheinischen Judentums in den 20ern waren die niedrige Geburtenrate, das hohe Heiratsalter, der große Anteil von Ledigen, die Überalterung und die Zunahme interkonfessioneller Ehen (in Köln Anfang der 30er 50%, in Deutschland 33%). 1925 zählte man in Köln 16.000 Gemeinemitglieder. Nur in Berlin mit 172.000, in Frankfurt mit 29.000, in Breslau mit 23.000 und in Hamburg mit 20.000 Mitgliedern gab es größere Gemeinden.

#### **4 Phasen der Verfolgung und Vernichtung der Juden und die Reaktion der Bedrohten**

Um Fragen zur späten, bzw. ausgebliebenen Reaktion der als Juden Verfolgten im Rheinland auf die Bedrohung durch Flucht und Abtauchen besser beantworten zu können, müssen wir einen Blick auf die Phasen der Entrechtung, Verfolgung, Ausraubung und Vernichtung der Juden werfen. Wir können dabei nur einen Bruchteil der ca. 2.000 antijüdischen Gesetze und Verordnungen berücksichtigen.

sichtigen und haben uns vornehmlich auf die Daten und Geschehnisse beschränkt, welche für das Rheinland und die Reaktion der Betroffenen besonders relevant waren.<sup>301, 345</sup>

### I. Phase 31.1.1933 - 15.9.1935 „von der Machtübernahme bis zu den „Nürnberger Gesetzen“

Boykotte, Verfolgungsmaßnahmen und Berufsverbote mündeten in die sog. „Nürnberger Gesetze“ mit ihrer Folge der Entrechtung der Juden in Deutschland. Wenige helllichtige Juden leiteten daraus das ihnen drohende Schicksal ab und flohen in das westliche Ausland. Trotz aller Einschränkung überwog aber der Glaube der in Deutschland verwurzelten Juden, dass das NS-System überwunden werden könne und selbst die minimierten Lebensbedingungen erschienen, zumal für ältere und fremdsprachenungewohnte Juden immer noch besser, als das befürchtete Leben ausgeraubter Flüchtlinge in der Fremde im Falle einer Auswanderung oder Flucht. Die grenznahe Region wurde zur Fluchtstation.

### II. Phase 15.9.1935 – 9.11.1938 „von den „Nürnberger Gesetzen“ bis zum November-Pogrom“

Die Erfahrung diskriminierender Folgeverordnungen zu den „Nürnberger Gesetzen“ und die Verschärfungen nach den Olympischen Spielen 1936, wie u.a. die Namenszusätze „Sara“ und „Israel“ 1938, die Reisepass-Kennzeichnung mit einem „J“ 1938, die Entrechtung der Kultusvereinigungen 1938 und die Anmeldepflicht für jüdisches Vermögen 1938 erhöhten den Druck auf nicht ausreisewillige Familien. Die zeitweilige „Förderung“ der „legalen Auswanderung“ durch das NS-Regime blieb widersprüchlich und wurde von der Ausraubung der Flüchtlinge begleitet.

Der Einmarsch in Österreich im März 1938 und die dort beginnende Judenverfolgung wurde im Rheinland zwar registriert, hatte aber keine verstärkten Fluchten zur Folge. Diese wurden erst durch die Deportation von Juden polnischer Abstammung an die polnische Grenze am 28.10.1938 und den Pogrom vom 9.-13.11.1938 bewirkt. Beide Ereignisse griffen auch in das Leben der rheinischen Gemeinden ein, waren spürbar und ließen viele jüdische Familien an die Flucht denken.

In diesem Zeitraum bestanden die überwiegenden nichtjüdischen Hilfen im Rheinland aus Solidar- und Versorgungshilfen, Aufklärungsversuchen und Fluchthilfen.

### III. Phase 10.11.1938 -1.9.1939 „vom November-Pogrom bis zum Beginn des II. Weltkriegs“

Die Bedrohung wurde spürbarer. Die Flut der Verordnungen griff auch im Rheinland in das Gemeindeleben ein, schränkte die Mobilität und Lebensführung weiter ein, bedrohte die Existenz und hob die Vermögensverfügung auf.

„Ungesetzliche Auswanderungshelfer“ wurden mit KZ-Haft bedroht (15.3.39) und mit der Vorbereitung sog. „Judenhäuser“ (30.4.39) die „Konzentration“ der jüdischen Familien vorbereitet. Die Beschränkung der „Reichsvereinigung der Juden“ auf Auswanderungen, Schulen und Wohlfahrt griff weiter in das jüdische Gemeindeleben auch im Rheinland ein. Die Reaktion der Bedrohten auf die Pogrome 1938 erreichte in den Fluchtbewegungen einen ersten Höhepunkt.

Der Überfall auf Polen (1.9.1939) machte Vielen klar, wie bedingungslos das NS-Regime seine Ziele verfolgte. Die Morde in Polen lösten kaum Reaktionen aus, die Informationen waren zu gering.

### IV. Phase 1.9.1939 – 7./8.5..1945 „II. Weltkrieg, Vernichtung der Juden“

Nachrichten über Einsatzgruppenmorde und Massenvertreibungen in Polen konnten einige Zeit vom NS-Regime unterdrückt werden und stießen zumeist auf Unglauben. Das jüdische Leben wurde immer stärker eingeschränkt, z.B. durch das Bewegungsverbot nach 8 Uhr abends (25.9.39).

Die sog. Kinder-Euthanasie (39) und die Tötungsaktion T 4 (40/41) führten auch Nichtjuden die Absichten des NS-Regimes vor Augen. Proteste, u.a. von Bischof von Galen, führten zu ihrer Einstellung im August 41. Ingeheim wurden die Tötungen aber fortgesetzt.

Die Zwangsmaßnahmen gegen Juden in Polen schienen „weit weg“ und auch die 1. Deportation Wiener Juden nach Nisko in Polen (20./27.10.39) schienen die rheinischen Juden nicht zu betreffen. Die Errichtung des KZ Auschwitz (20.5.40) und des Ghettos Litzmanstadt/Lodz (30.4.40) schienen, sofern sie überhaupt als Information durchdrangen, das eigene Schicksal nicht zu berühren. Mehr Berührung hatten die Juden im Rheinland zwar zu den Angriffen auf die Niederlande, Belgien, Luxemburg und Frankreich (10.5.40) aber die Deportation von 1.000 Sinti und Roma aus Köln (17.5.40) nach Polen und von badischen, Pfälzer und Saarländer Juden nach Südfrankreich wurde von den jüdischen Gemeinden nicht auf sich bezogen.

Mit der „Konzentration“ der Juden in sog. „Judenhäuser“ begann deren lückenlose Überwachung. Diese wurde z.B. am 18.6.41 durch die Einweisung der Juden aus dem Raum Bonn in das Lager Bonn-Endenich und z.B. im Juni 41 durch die Einweisung der Juden aus dem Sieg-Raum in das Lager Much endgültig. Die Verfolgten hatten faktisch keine Möglichkeit mehr, auf die zunehmenden Informationen über die Gräueltaten und Planungen in Osteuropa zu reagieren. In den Lagern lebten die

Verfolgten, von überwachten Zwangsarbeiten abgesehen, unter haftähnlichen Bedingungen und hatten nur in Ausnahmefällen die Möglichkeit der Flucht in die Illegalität. Im Herbst 41 folgte in Köln die Einrichtung des Lagers Fort V in Köln-Müngersdorf. Am 22.10.41 begannen die Deportationen der rheinischen Juden in die Ghettos, schwergewichtig nach Lodz und Riga und in die KZ's, zeitweise nach Theresienstadt, in Osteuropa.

Zeitgleich wurde am 23.10.41 die Emigration verboten. Für die wenigen noch nicht von den Deportationen betroffenen Juden, häufig in sog „privilegierten Mischehen“ lebend, wurde Deutschland zur ausweglosen Falle. Ihnen blieb, sofern sie auf die sich mehrenden Informationen über die Gräueltaten in Osteuropa reagieren wollten, nur das Abtauchen in die Illegalität. Der Kontakt zu Juden, und somit jede Hilfestellung, wurde am 24.10.41 mit „Schutzhaft“ bedroht.

Für das Rheinland waren die Deportationen im Frühjahr 42 weitgehend abgeschlossen. Erste Deportationen von in „nicht privilegierten Mischehen“ lebenden Kölner Juden bedrohten, wie auf der Wannseekonferenz beschlossen, auch diese Gruppe. Für Berlin stehen die Reaktionen der Frauen in der Rosenstr. auf die Verhaftung ihrer Ehepartner im Rahmen der Fabrikaktion Ende Februar 43 für die Reaktionen auf die NS-Bemühungen der Liquidierung „noch verbliebener“ Juden.

Für das Rheinland und die dort lebende große Anzahl sog. „Mischehen“ war die sog. „September-Aktion“ 44, mit dem Ziel, alle verbliebenen jüdischen Ehepartner zu deportieren, der Auslöser vieler Abtauchversuche in die Illegalität.

## **5 Die Ziele des Projektes**

2004 nahm eine Projektgruppe der Regionalgruppe Mittelrhein des Vereins „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ die Arbeit zu den RetterInnen und UnterstützerInnen von als Juden Verfolgten in ihrer Region mit einem Regionalprojekt unter dem Titel „Rettung verfolgter Juden und Jüdinnen 1933-1945“ auf. Sie orientierte sich an den Erfahrungen des angesprochenen „Berliner Projektes“.

Als Ziele der Projektarbeit wurden definiert:

- 5.1 Erkundung und Dokumentation von Rettungs- u. Unterstützungsfällen für als Juden Verfolgte von 1933 -1945 in der Region Mittelrhein. Mit diesem Ziel knüpfte die Projektgruppe an die Bitte von Yad Vashem und die Ergebnisse des vom Verein initiierten „Berliner Projektes“ an. Die zu erkundenden Fälle sollten Rettungsaktionen u. alle Arten von Hilfeleistungen umfassen, z.B. Fluchthilfen, Fälschungen, Versorgungen usw., auch wenn diese für die Verfolgten und Unterstützten nicht lebensrettend waren.
- 5.2 Überprüfung u. Qualifizierung erkundeter Fälle durch weitere Recherchen. Die in der Literatur und in Forschungsprojekten erkundeten Rettungs- und Unterstützungsfälle sollten durch Aktenauswertungen in Archiven, durch Datenergänzungen durch die Ämter und, soweit heute noch möglich, durch Gespräche mit Zeitzeugen u. Beteiligten konkretisiert werden.
- 5.3 Im Rahmen dieser Recherchen sollte die Suche nach beglaubigten Geretteten-Zeugnissen im positiven Fall die Erarbeitung u. Einreichung von Ehrungsanträgen als „Gerechte unter den Völkern“ in Yad Vashem ermöglichen. Der Projektgruppe war bewusst, dass nicht jedes eingereichte Ehrungsanliegen durch die Kommission in Jerusalem akzeptiert werden konnte.
- 5.4 Die Ausleuchtung der Rettungsgeschichten sollte diese für eine Geschichtsvermittlung für junge Menschen bereitstellen. Die Vernichtung von Menschen im Holocaust entzieht sich - weil jenseits aller menschlichen Erfahrung - kulturellen Erinnerungs- und Erzählmustern, sie bleibt nur schwer vermittelbar.<sup>302</sup>

Geschichten vom Retten, vom Überleben oder vom Scheitern kommen dem Bewusstsein und Verstehenshorizont von Jugendlichen aber entgegen.<sup>311</sup> Deshalb eignen sie sich für den Unterricht und die Projektarbeit. Von Bedeutung sind dabei auch die Momente der Entscheidungen: angesichts der drohenden Deportation in die Illegalität zu gehen, oder dem Bedrohten unter Gefährdung der eigenen Person zu helfen.<sup>346</sup>

## **6 Projekträume, -mitarbeiterInnen und Kooperationen**

Da der Begriff „Mittelrhein“ in unterschiedlichsten Begrenzungen gebraucht wurde, legte die Projektgruppe als Projektregion den Raum west-östlich zwischen den Benelux-Grenzen in der Eifel und dem Bergischen Land sowie nord-südlich zwischen Düsseldorf (Einzelfälle) / Wuppertal und dem nördlichen Rheinland-Pfalz (Einzelfälle Koblenz) fest.

Die Projektgruppenmitglieder gehörten dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ an oder kooperierten als Mitglieder befreundeter Organisationen, Gedenkstätten und Dokumentationszentren. Sie arbeiteten ehrenamtlich und trugen die Kosten der Projektarbeit selbst. Sie werden im offi-

ziellen Projektabschlussbericht namentlich benannt. Wir bedanken uns für die engagierte Mitarbeit und Unterstützung.

Die Projektgruppe kooperierte kontinuierlich oder punktuell mit der Gedenk- und Dokumentationsstätte Yad Vashem in Jerusalem, dem Zentrum für Antisemitismusforschung, der Gedenkstätte „Stille Helden“ und der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin, der Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus - An der Synagoge, dem NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln im EL-DE-Haus, der Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal, dem Bergischen Geschichtsverein, Abteilung Solingen, der Dürener Geschichtswerkstatt, der Bildungsgemeinschaft Rurland in Düren, der Gesellschaftspolitischen Bildungsgemeinschaft in Eschweiler und dem Arbeitskreis „Wege gegen das Vergessen“ in Herzogenrath. Auch hier bedanken wir uns für die Hilfen und Kooperationen.

## **7 Zusammenarbeit mit Archiven, Instituten und Ämtern**

### Kooperation mit Instituten, Forschungszentren und Gedenkstätten.

In der Jerusalemer Gedenk- und Dokumentationsstätte Yad-Vashem konnten wir durch 5 Anträge Ehrungen von 19 RetterInnen als „Gerechte unter den Völkern“ bewirken. 7 Ehrungsanträge wurden abgelehnt, bei 12 Ehrungsanträgen mit 76 beteiligten RetterInnen erhielten wir noch keine Entscheidung. Yad Vashem stellt an Zeugnisse berechtigterweise hohe Anforderungen, die heute nur noch in Ausnahmefällen erfüllt werden können. Einige Antrags-Ablehnungen führten zu Irritationen, u.a. weil der jüdische Bezug der Geretteten unterschiedlich eingeschätzt wurde oder die Bewertung von Fluchthilfen strittig blieb. Das Zentrum für Antisemitismusforschung in Berlin, die Gedenkstätte „Deutscher Widerstand“ in Berlin und die Gedenkstätte „Stille Helden“ in Berlin halfen, erste Arbeitsansätze zu finden und öffneten uns ihre Datenbanken. Das NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln, die Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus, die Begegnungsstätte Alte Synagoge in Wuppertal und die o.a. benannten Vereine und Initiativen halfen, in ihren Regionen viele Rettungsansätze zu erkunden und zu erschließen.

### Erfahrungen in den Archiven, bzw. mit den Aktenbeständen.

Bei Archivnutzungen konnten wir neben einer negativen vornehmlich positive Erfahrungen machen. Trotz der ansonsten großzügig gewährten Hilfen der Archive, ergaben die Arbeiten mit den gefundenen Akten selber manche Frustrationen.

Aktensuchen wurden durch Anonymisierungen in unseren Quellen sowie unklare oder fehlende Personendaten erschwert. Viele Opfer ließen ihre Forderungen durch die Jewish Claims Conference vertreten, so dass sie in den WGM-Findebüchern nicht ermittelt werden konnten.

Fehlende Geretteten-Zeugnisse in WGM- und Entschädigungsakten hatten konkrete Ursachen. Der Nachweis der erlittenen Illegalität konnte für WGM-Antragsteller nach 1945 nur durch Helfer-Zeugnisse erfolgen. Zeugnisse der Geretteten und Antragsteller halfen ihnen bei ihren Entschädigungsbemühungen nicht und fehlten sehr oft in den Akten.

Für Yad-Vashem gelten im Falle eines Ehrungsantrages aber nur die Zeugnisse und Berichte der Geretteten. Zeugnisse der Beherberger oder Zeugen können nur als ergänzende Konkretisierung gewürdigt werden. Außerdem lag ein Schwerpunkt der WGM- und Entschädigungsbemühungen im Vermögenssektor. Die als „haftähnliche“ Illegalität wurde oft nur am Rande gewürdigt. Aus diesem Grunde unterblieben viele Verfolgungsberichte.

Entnazifizierungsakten als Quelle antragsrelevanter Dokumente, waren oft bis auf das Formblatt entsorgt und konnten nur einige Daten zu den RetterInnen beisteuern. Gestapo-Akten kamen nur in Fällen zum Tragen, in denen die RetterInnen und HelferInnen von den Nationalsozialisten unter Verdacht gestellt oder angeklagt wurden, d.h. in sehr wenigen Fällen. Des weiteren waren viele Fälle in sog. Sammelakten zusammengefasst, so dass die Personalisierung oft nicht möglich war.

### Anfragen bei Ämtern und Behörden.

Zumeist wurden unsere Anfragen bei Ämtern und Behörden zuvorkommend aufgenommen. In einigen Fällen ermittelten die Behörden in eigenen Recherchen weitere Personendaten. Schwierigkeiten ergaben sich, wenn die von uns bereitgestellten Ausgangsdaten zu dürftig waren. Vielfältige Schreibweisen von Familiennamen, ihre Abänderung nach Emigration oder Auswanderung und Namensänderungen nach Heiraten machten die Identifizierung der Personen oft schwer.

Erkundungen damaliger Wohnadressen wurde durch den z.T. mehrmaligen Benennungs-Wandel der Straßen erschwert. Einige Kommunen dünnten in der Nachkriegszeit ihre Personalstandsdaten aus. Nur in wenigen Fällen gaben die Quellen Auskunft über die Berufe der zu Identifizierenden.

Zumal in den untersuchten Großstädten fühlten sich die angesprochenen Ämter oft trotz einer generellen Bereitschaft zur Hilfestellung ohne die mittlerweile üblichen Gebühren zu berechnen, durch die zwangsläufig große Anzahl unserer Anfragen überfordert.

### Einbeziehung von Zeitzeugen.

Wir hätten nur in wenigen Fällen die Möglichkeit der Einbeziehung von Zeitzeugen und Beteiligten gehabt. Bei der ansonsten üblichen Inanspruchnahme dieser Personen durch Interviews mussten wir aber Zurückhaltung üben. Gründe für unsere Zurückhaltung war das mittlerweile überdurchschnittliche Alter der noch wenigen lebenden Beteiligten.

Da für einen möglichen Ehrungsantrag ein handschriftliches Zeugnis der Geretteten erforderlich war, wuchsen unsere Skrupel. Des weiteren verspürten wir oft deren hohe Erwartung an die Antragstellung. Diese wollten wir nicht wecken oder verstärken, nachdem wir erleben mussten, welche Enttäuschungen Ablehnungen von Yad Vashem gerade bei jüdischen Nachkommen auslösten, die eine Ehrung der RetterInnen ihrer Vorfahren erhofft hatten.

### Die Erkundungen in der Literatur und vorliegenden Projektarbeiten.

Da Rettungen von als Juden Verfolgten in der Zeit des NS-Terrors lange Zeit verdrängt und nicht als Widerstand gewürdigt wurden, hat sich auch das grundsätzliche und regionale historische Interesse auf den politischen Widerstand gegen das NS-System fokussiert. Aus diesem Grunde ist in einigen der untersuchten Bereiche, auch in einigen Großstädten, die Widerstandsforschung und -literatur ausgeprägt, klammert aber den „Retter-Widerstand“ aus. Entsprechend mager verlief die Aufspürung und Auswertung regionaler Quellen. Ähnlich sieht es aus, wenn wir uns Quellen von der Opfer-Seite her nähern. In vielen örtlichen u. regionalen Forschungsarbeiten zu Opfern des NS-Systems standen und stehen die Holocaust-Opfer zu Recht im Mittelpunkt des Interesses und Gedenkens. In Gedenkbuchprojekten, Erforschungen einzelner Schicksale der Deportierten sowie der örtlichen u. regionalen Verfolgungspraxis kommen Überlebende zumeist nur zu Wort, wenn sie sich als Emigrierte melden.

Mit den erkundeten Rettungs- und Hilfsfällen ist die Region bei Weitem nicht gänzlich erforscht. Die dokumentierten Fälle spiegeln den Forschungsstand in den Regionen, Großstädten und Gemeinden wider. Die Bereiche Wuppertal<sup>125</sup>, Solingen<sup>169</sup>, Remscheid<sup>41</sup>, Leverkusen<sup>195</sup>, Köln, Bonn<sup>Viele Quellen</sup>, Rhein-Sieg-Kreis<sup>17</sup>, Kreis Euskirchen<sup>19, 20</sup> und Grenzraum Aachen<sup>19, 20, 170</sup> konnten gut ausgeleuchtet werden. Für eine vor Ort zu leistende intensivere Untersuchung der Bereiche Koblenz, Heinsberg, Düren, Rhein-Erft, Mettmann, Oberberg, ländliches Bergisches Land und nördliches Rheinland-Pfalz fehlten uns die Möglichkeiten.

Das Team entschied sich für die Benennung aller erkundeten Fälle unabhängig von ihrer Belegbarkeit durch Dokumente. Fehlende Belegungen wurden benannt und die Bewertung der Fälle den Rezipienten überlassen. In einigen Fällen mussten wir Abhandlungen nach unseren Recherchen korrigieren. Viele Beschreibungen waren für uns infolge von Anonymisierungen kaum überprüfbar. Wir konnten wir uns auf einige Vorarbeiten stützen. Vornehmlich zu nennen sind hier die Ergebnisse des o.a. Projektes des Zentrums für Antisemitismusforschung in Berlin, des Regionalprojektes von Herrn Ginzel<sup>91, 94, 147</sup>, die Regionalstudien von Herrn Arntz<sup>19, 20</sup> und die aktuellen Studien von Herrn Homberg in Wuppertal<sup>125</sup> sowie von Dr. Rönz und Dr. Klein im LVR-Institut<sup>182</sup> im Rheinland. Wir stellten unsere Ergebnisse den Partnern in Berlin, Wuppertal, Köln und Bonn, sowie der LVR-Projektgruppe zur Verfügung.

## **8 Ergebnisse Projektziel 1: Erkundung und Dokumentation von Rettungs- und Hilfsfällen**

### Erkundete Rettungs- und Hilfsfälle mit Bezug zur Region Mittelrhein:

- |   |           |
|---|-----------|
| • Insgesamt erkundete Rettungs-, Fluchthilfe- und Hilfsfälle    | 577 Fälle |
| • Ausgliedert wurden 1 Missbrauch-Fall, 2 abgegebene Fälle      | 47 Fälle  |
| 5 Fälle Rettung von Nichtjuden, 39 Fälle ohne Regionalbezug     | -----     |
| • Die Auswertungen des Schlussberichtes beziehen sich somit auf | 530 Fälle |
|   | =====     |

Darunter fallen u.a.:

- |  |                   |
|--|-------------------|
| • Rettungsfälle als Grundlage von Projekt-Ehrungsanträgen  | 24 Rettungsfälle  |
| 5 Anträge führten zu Ehrungen, 7 wurden abgelehnt, 12 nicht entschieden  |                   |
| • Rettungsfälle mit Regionalbezug, deren RetterInnen von Yad-Vashem unabhängig von unserer Projektarbeit Ehrungen erfuhren | 32 Rettungsfälle  |
| • Rettungsfälle, welche bei Zeugnissen Ehrungen zulassen würden  | 249 Rettungsfälle |
| • Ideelle Fluchthilfen, welche eine Ehrung durch Yad Vashem nicht zuließen   | 88 Fluchthilfen   |

- Weitere Fälle, welche eine Ehrung durch Yad Vashem nicht zuließen, u.a. Hilfen durch Juden, Verwandte und NS-Funktionäre, kommerzielle Fluchthilfen und weitere „nicht lebensrettende“ Hilfen und Unterstützungen. 137 Fälle

Wir können die Daten der erkundeten Rettungs- und Unterstützungsfälle sowie der RetterInnen und Geretteten hier nicht veröffentlichen und verweisen auf den Projektabschlussbericht. In dieser Kurzfassung haben wir einige Rettungsfälle in anonymisierter Form skizziert.

Zu Ihrer und unserer Orientierung haben wir den zu den Fällen die Projektsignaturen in Klammern angegeben und die Haupt-Quellen zu den in dieser Fassung des Schlussberichtes skizzierten Fällen in hochgestellter Form zugeordnet.

Die Signaturen gliedern sich auf in:

- Signaturen A-1 – A-24 An Yad Vashem gestellte Ehrungsanträge und bewirkte Ehrungen.
- Signaturen YV-1 – YV-32 Weitere von Yad Vashem geehrte RetterInnen mit Regionalbezug
- Signaturen 5-XX – 563-XX Erkundete Rettungs- und Hilfefälle mit Region-Hinweis (Abweichende Fall-Zahlen resultieren aus Streichungen, Zusammenfassungen, Einfügungen usw..)

Region-Hinweise: BO = Raum Bonn, KÖ = Raum Köln, LE = Stadt Leverkusen, BL = Raum Bergisches Land, WU = Projektfälle der Alten Synagoge Wuppertal, DÜ = Raum Düren, EU = Raum Euskirchen, GR = Grenzraum-West, DD = Raum Düsseldorf, SL = Raum Sauerland, RP = Raum Nördliches Rheinland-Pfalz, SO = Fälle außerhalb des Projektbereiches ohne Bezug zur Region.

## **9 Ergebnisse Projektziel 2: Überprüfung und Qualifizierung der erkundeten Fälle**

Viele erkundete Fälle konnten ausgeleuchtet werden. Oft gelang es uns aber nicht, Anonymisierungen aufzuheben, Personaldaten durch Ermittlungen der Ämter zu komplettieren oder Akten in den Archiven zu finden, geschweige in den Akten Aufschlüsse über das Rettungsgeschehen zu gewinnen. Im Folgenden nur einige Stichworte. Benannte exemplarische Fälle können im offiziellen Projektabschlussbericht bzw. in den Fallrecherchen anhand der Projektsignaturen gefunden werden.

Ca. 30 der nicht beendeten Fall-Recherchen würden infolge der Zeugnislage und evtl. Chancen für Gespräche mit Geretteten für aussichtsreiche Ehrungsanträge in Frage kommen. Die Mehrzahl dieser Fälle basiert auf Recherchen von Frank Homberg im Rahmen seiner Dissertation zu Wuppertaler RetterInnen<sup>125</sup>. Mit der Begegnungsstätte Alte Synagoge in Wuppertal wurde abgesprochen, diese nur in Kooperation mit ihr aufzugreifen.

In einigen Fällen konnten unsere Recherchen erkundete Beschreibungen ergänzen, korrigieren oder neu bewerten.

Z. B. konnten wir die in der Literatur als Widerstand gewertete Haltung eines bergischen Polizisten gegen die Brandschatzung einer Synagoge in der Pogromnacht 1938 infolge der Aktenquellen als Kompetenzstreit zwischen ihm und der SA, bzw. SS bewerten. (124-BO)<sup>1, 176</sup> Im Rahmen der Recherchen zu den Fluchthilfen des Polizisten aus Gangelt konnten wir den ansonsten nur am Rande erwähnten Fluchtversuch eines Landwirtes mit den bei ihm Versteckten und weiteren Flüchtlingen zu den Alliierten, den Verrat des vorgeblichen Fluchthelfers und die Ermordung der fast 30-köpfigen Flucht-Gruppe ausleuchten und dokumentieren. (A-5)<sup>1, 84, 147</sup>

In vielen Fällen verliefen die Recherchen infolge unklarer und nicht ausreichender Personen- und Aktenbezüge trotz intensiver Bemühungen ergebnislos.

## **10 Ergebnisse zum Projektziel 3: Einreichung von Ehrungsanträgen als „Gerechte“**

- Als „Gerechte unter den Völkern“ geehrt wurden 19 RetterInnen in 5 Rettungsfällen
- Noch nicht entschieden wurde die Ehrung von 63 RetterInnen in 12 Rettungsfällen
- Abgelehnt wurde die Ehrung von 33 RetterInnen in 7 Rettungsfällen

Im Folgenden haben wir die Fälle, die den Anträgen zugrunde lagen, skizziert und uns auf diese beschränkt.

### **Durch Yad-Vasjem-Ehrungen akzeptierte Ehrunganträge als „Gerechte unter den Völkern“**

Ein Kölner Ehepaar half im Januar 1942 jüdischen Nachbarn bei der Flucht aus dem Lager Fort V in Köln und brachte sie in ein Bonner Versteck. Ab Mai 1943 fanden die Illegalen in Bonn ein weiteres Versteck. Während der Illegalität unterstützte das Kölner Ehepaar die Versteckten, ohne dass die Bonner Retterin von ihnen wusste. – Ehrung 2006 (A-1)<sup>1, 3, 31</sup>

Am 12.9.1944 flohen eine Kölner Jüdin und ihre sog. „halbjüdische“ Tochter zu einem Kölner Nachbarn und dessen Sohn in deren Keller und in Ruinenverstecke. Die Illegalen mussten im Dezember



1944 auf gefährlichen Wegen zu Verwandten der Retter in ein rechtsrheinisches Versteck wechseln. Dort wurde es infolge der Frontverschiebung zu gefährlich. Die Illegalen mussten zurück in das linksrheinische Versteck bei B. fliehen. – Ehrung 2008. (A-2) <sup>7, 201</sup>

Trotz Warnungen wurde eine ehemalige Jüdin und ihr sog. „halbjüdischer“ Sohn aus Oberdollendorf bei Bonn am 10.9.1944 in das Lager Fort V in Köln verschleppt. Nach 14 Tagen wurde der Sohn entlassen. Die Mutter musste in die Zwangsarbeit bei Kassel. Zur Jahreswende 1944/45 konnte ihr Mann sie dort befreien und nach Königswinter in das Versteck zu einer Freundin bringen. Dort erlebte die Verfolgte die Befreiung am 16.3.1945. – Ehrung 2008. (A-3) <sup>8, 116, 273, 274</sup>

Wuppertaler Quäker vermittelten einem evang. Wuppertaler Fabrikanten, seiner jüdischen Ehefrau und der sog. „halbjüdischen“ Tochter, die am 16.9.1944 vor der Verhaftung gewarnt wurden und untertauchten, Verstecke. Vater und Tochter flohen nach Duisburg und zu einem Quäkerehepaar in Wuppertal. Die Mutter fand eine Bleibe bis zum Kriegsende in Berg.-Gladbach bei der Quäkerfamilie eines Rechtsanwaltes. Im November 1944 floh der Vater nach Süddeutschland, und überlebte u.a. in einem Kloster. Die Tochter floh zu einer ehemaligen Folkwang-Kollegin nach Wittlaer bei Düsseldorf und überlebte dort. – Ehrung 2009 (A-4) <sup>8, 134</sup>

Eine Bonner Jüdin wurde im Herbst 1944 trotz Warnung in die Zwangsarbeit deportiert. Der christliche Ehemann befreite seine jüdische Frau und brachte sie in Verstecke in Sagar in der Oberlausitz. Nach einem Bombenangriff 1944 informierte eine benachbarte Bonner Freundin die Geflüchteten über noch Brauchbares im zerbombten Haus. Die Illegalen kamen nach Bonn, um ihr Eigentum zu retten und wurden von der Freundin und deren Mutter versteckt. Vor einer Entdeckung floh das Ehepaar S. zurück nach Sagar. – Ehrung 2010 (A-7) <sup>1, 3, 86, 292</sup>

#### Noch nicht entschiedene Ehrungsanträge als „Gerechte unter den Völkern“

1935 bat ein Koblenzer Jude einen Schausteller um die Hilfe für seine Kinder. Dieser sagte zu, der Kontakt brach aber ab. 1936 starb der Jude. Die konvertierte Mutter ließ ihre Töchter taufen, um sie zu schützen. 1941 bat sie ihren ehemaligen Ehemann, einen Bauleiter der OG Todt, um die Rettung des jüdischen Sohnes. Der Bauleiter nahm ihn mit gefälschten Papieren mit nach Kiew. Der „arische“ Sohn wurde als zu jung zurückgeschickt und geriet auf einem Rummelplatz an das Schausteller-Ehepaar. Dieser erinnerte sich an sein Versprechen und versteckte ihn. Er musste sich bei Kontrollen u.a. im Drehgestell des Ketten-Karussells verstecken. Der Retter unterstützte auch die Mutter und die Schwestern, die er zeitweise in einer Hütte am Laacher See versteckte. Der Sohn überlebte im Brennofen einer stillgelegten Ziegelei, in die der Retter sein Unternehmen verlagert hatte, um den Jungen besser schützen zu können. (A-6) <sup>14, 15</sup>

Eine Kölner Jüdin, deren christlicher Mann am 8.8.1941 starb, wurde mit ihrem Baby im September 1944 im Lager Fort V in Köln interniert. Ihre nichtjüdische Freundin unterstützte sie. Um das Kind zu retten, spielte diese den Wachhabenden eine überzeugte Nationalsozialistin vor und verlangte, „ihren Neffen“ abzuholen. Nach einem Eid auf „Mein Kampf“ konnte sie ihn mitnehmen. Trotz großer Schwierigkeiten konnte sie ihn mitversorgen. Die Angst vor Bomben ließ die Familie mit dem „Neffen“ in Kölns Umgebung flüchten. Die Mutter überlebte die Zwangsarbeit und wanderte mit ihrem Sohn nach Israel aus. (A-10) <sup>91, 92</sup>

1933 floh ein entlassener Kölner Jude, durch Gestapo-Misshandlungen erkrankt, zu einer befreundeten Familie in Bad-Godesberg und mit deren Hilfe, wieder gesundet, ins Ausland. Ein Hochschulprofessor aus Köln und seine jüdische Ehefrau flohen im September 1944 zu einer ehemaligen Angestellten in Waldbröl. Infolge einer SS-Einquartierung floh das Ehepaar weiter zur o.a. Familie nach Bad-Godesberg. In ihrem dortigen Versteck wurden sie von einem Bad-Godesberger Polizisten geschützt und von der Retterin und Kölner Freunden versorgt. (A-12) <sup>1, 2, 60, 91, 184</sup>

1938/39 schmuggelten zwei Kölner Werte jüdischer Flüchtlinge nach Belgien. 1944 unterstützten sie in Köln einen Kölner Juden. Der fand vom 2.9.1944 – 5.3.1945 Verstecke und Verpflegungen bei verschiedenen Kölner Retterfamilien. Ab Januar 1945 konnten sich die o.a. Retter wieder an der Versorgung des Illegalen beteiligen. In der Literatur wird auch von Hilfeleistungen der beiden für geflohene KZ-Häftlinge, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene berichtet. (A-13) <sup>1, 2, 201</sup>

Durch Atteste schützte ein Godesberger Arzt einen christl. verheirateten ehemals jüdischen Arzt-Kollegen in Bad-Godesberg bis September 1944 vor der Deportation. Eine Landratssekretärin warnte in einem kleinen Netzwerk über einen Polizisten vor Verhaftungen. Dieser warnte die Bedrohten und beschaffte mit Hilfe des Arztes in dessen Nachbarhaus in Bad-Godesberg auf dem

Dachboden bei zwei Schwestern ein Versteck. Dort versorgte der Arzt den Illegalen, unterstützt durch seine Frau, den Polizisten und eine Haushilfe. (A-15) <sup>1, 2, 60, 91, 167, 237</sup>

Ein Düsseldorfer Jude begann am 20.4.1942 eine Flucht-Odyssee. Diese führte ihn zu Rettern nach Köln und zurück nach Düsseldorf. Wieder in Köln wurde sein Versteck bei einem Kunsthändler am 29.6.1943 ausgebombt. Im Chaos besorgte er sich falsche Papiere und schlug sich nach Bad-Honnef in ein Ausweich-Exil seines Retters durch. Er verdingte sich auf einem Gut in Rheinbreitbach. Nach einer „Offenbarung“ überlebte er dort mit Wissen der Angestellten und eines Polizisten. Zeitweise musste er zu einem Gut in Bad-Honnef ausweichen.

Ein Bad-Honnefer Polizist (Bruder des Gauleiters !!!) warnte am 8.9.1944 die jüdische Schwester des o.a. Juden und ihren christlichen Ehemann aus Köln vor der Verhaftung. Für das Ehepaar begann eine Odyssee in Kölner Verstecken. Die Jüdin musste bis nach Brackwede fliehen. Unterdessen fand ihr Mann im evang. Krankenhaus Köln eine Bleibe. Das Krankenhaus wurde aber verlegt. Der Ehemann ging in Kölner Verstecke und floh mit seiner Frau nach Bad-Honnef. Ab Januar 1945 lebten auch sie auf dem Gut in Rheinbreitbach. (A-16) <sup>1, 91, 157, 158</sup>

Über das Kager Fort-V in Köln wurde eine Bonner Jüdin im September 1944 in die Zwangsarbeit deportiert. Sie floh sofort und fand Verstecke beim Bonner Stadtdechanten und einer Fabrikantenfamilie in Alfter. Abschließend floh sie in ein Versteck bei einer alleinstehenden Dame in Bonn.

Ihr jüdischer Bruder wurde im September 1944 auch in das Lager Fort-V verschleppt. Er floh und fand über 8 Verstecke in Bonn, die sich teilweise mit denen seiner Schwester überschneiden, u.a. in einer Gruft auf dem Alten Friedhof. Seine „arische“ Frau tauchte mit ihrem sog. „halbjüdischen“ Sohn von September-Oktober 1944 in Bonner Verstecken unter. Im Februar 1945 wurde sie verhaftet. Ihr Sohn versteckte sich ebenfalls in Bonn. (A-17) <sup>1, 2, 3, 8, 9, 292</sup>

Eine Leverkusener Jüdin und ihr christlicher Mann flohen im September 1944 vor dem Lager Fort V in Köln in die Illegalität. Das Ehepaar versteckte sich in Leverkusen. Bombenangriffe erzwangen am 27.12.1944 einen Versteckwechsel innerhalb Leverkusens und Anfang Februar 1945 nach Berg.-Gladbach zu einer Witwe, in dem sie die Befreiung am 13.4.45 erlebte. (A-18) <sup>5 195</sup>

Am 12.9.1944 wurde eine sog. „Halbjüdin“ aus Bonn in das Kölner Lager Fort V verschleppt. Ein Retter half ihr, zu einem Ehepaar in Beuel zu fliehen. Am 18.10.1944 starb die Ehefrau bei einem Bombenangriff. Der Gastgeber und die Versteckte lebten weiter im zerstörten Haus bis zur Befreiung und wurden vom Retter unterstützt, der die Illegale nach dem Kriege heiratete. (A-19) <sup>3, 292</sup>

Eine sog. „halbjüdische“ Tochter einer jüd.-christl. Ehe in Bonn wurde am 16.9.1944 vor der Verhaftung gewarnt und floh in ein Bonner Versteck. In diesem blieb sie 4 Monate und floh weiter nach Reetz/Neumark. Dort zwang sie nach nur ca. 14 Tagen die nahende Front zur Flucht nach Lausick/Sachsen. Im Sachsener Versteck blieb sie ca. 2½ Monate bis zur Befreiung. (A-20) <sup>3, 9</sup>

Mitte September 1944 flohen ein jüdischer Kölner Rechtsanwalt und seine christliche Ehefrau zu einem Berufskollegen in Köln in ein Versteck. Am 30.10.1944 zerstörten Bomben das Versteck und die Flüchtigen konnten nur mit knapper Not mittellos entkommen. Ein Sohn brachte die Eltern in das Vincentinerinnen-Krankenhaus nach Bad-Godesberg. Der dortige Chefarzt nahm die Illegalen auf und behandelte sie 5 Monate unter Verschweigung ihrer Identität. (A-21) <sup>2, 180</sup>

Ein Hotel in Aachen war eine Zwischenstation für flüchtige Juden. Oft campierten die Flüchtigen im Obergeschoss über feiernden NS-Größen. Nachts wurden sie von belgischen Fluchthelfern abgeholt. Selbständige Flüchtlinge wurden von den Inhabern beraten.

Ein Berliner Jude floh mit seiner Frau nach Brüssel. Sein dort geborener Sohn überlebte im Brüsseler Versteck bei einer Familie. Der Flüchtling wurde ebenfalls in Brüssel versteckt, geriet aber in Haft, wurde deportiert und überlebte einige Lager und KZ's, seine Frau wurde deportiert und umgebracht. – Wir haben Yad Vashem gebeten, für den Fall belgische Partner zu finden. (A-24) <sup>6, 147, 228</sup>

#### Ehrungsanträge als „Gerechte unter den Völkern“, die abgelehnt wurden:

Ein Polizist aus Gangelt half von 1937 bis 1944 mehreren jüdischen Familien bei der Flucht in das vorerst rettende Ausland. Viele wurden dort entdeckt, deportiert und ermordet. In der Pogromnacht 1938 wurden 4 Familien in Geilenkirchen verhaftet. Der Polizist befreite sie und „führte sie ab“. Eine Familie floh sofort nach Brüssel, eine weitere nach der Entlassung aus dem KZ Sachsenhausen. Dort wurden sie vom Polizisten versorgt. Er organisierte 1939 mit Hilfe eines an die Schweizer Grenze versetzten ehemaligen Gangelter Zollbeamten eine Fluchtmöglichkeit für eine jüdische Familie. Diese blieb aber ängstlich im Lager, wurde 1942 deportiert und ermordet.

Ein Gangelter „Mischehen“-Paar sollte im September 1944 verhaftet werden. Der Polizist versteckte sie bei einem Landwirt in Broichhoven. Bei dessen Flucht zu den Alliierten bot der deutsche Feldwebel Cox, an, die Gruppe für 10.000 Gulden durch die Front zu bringen. Die 30köpfige Gruppe wurde von ihm verraten und am 8.11.1944 bei Susteren verhaftet. Nur Wenigen gelang die Flucht. Alle Gefangenen wurden, außer einer Tochter, in KZ's umgebracht. (A-5)<sup>1, 84, 147, 163, 170</sup>

In der Pogromnacht 1938 wurde ein Jude aus Rosbach/Sieg in das KZ Dachau verschleppt und kehrte krank zurück. Dessen sog. „Mischehe“ war zunächst „geschützt“, Berufsverbote und Misshandlungen bestimmten aber das Leben. 12 verschleppte Verwandte kehrten nicht zurück. Am 10.9.1944 wurde das Ehepaar verhaftet, im Lager Fort V in Köln interniert, am 25.9.1944 in die Zwangsarbeiterlager Zeitz und Lockwitz deportiert, am 29.11.1944 aber aus „Altersgründen“ entlassen. Zurück in Rosbach flohen sie zum christl. Schwager in Dattenfeld und am 15.12.1944 zu Rettern in Hamm/Sieg. Diese versteckte und versorgte die Flüchtigen bis zur Befreiung. (A-8)<sup>4, 17, 176</sup>

Im evangel. Kinderheim „Godesheim“ in Bad-Godesberg tarnten der Leiter, seine Frau, die Sekretärin und ein Lehrer von evangel. Sozialämtern zugewiesene jüdische und sog. „nichtarische“ Heimkinder. Sie entfernten die jüdische Herkunft aus den Akten, verschwiegen den Kindern zu ihrem Schutz ihren jüdischen Hintergrund und schirmten sie durch Heimaktivitäten, u.a. eine eigene HJ-Gruppe, vor der Außenwelt ab. 12 gerettete Kinder aus Moers, Düsseldorf, Solingen, Recklinghausen, Schwäb.-Gemünd, Wingendorf, Köln, Wuppertal und Orsoy sind bekannt. (A-9)<sup>1, 8, 9, 102, 173, 266</sup>

Am 12.9.1944 floh ein interkonfessionelles Kölner Ehepaar mit dem sog. „halbjüdischen“ Sohn vor der Meldung im Lager Fort V in ein Versteck in Köln-Ehrenfeld. Der Sohn floh nach Siegen, wurde verhaftet und zur Zwangsarbeit deportiert. Das Ehepaar blieb in Ehrenfeld und wechselte am 17.9.1944 für 5 Wochen bis zum 21.10.1944 in ein Versteck in Berg.-Gladbach. Bis zum 29.10.1944 gingen die Illegalen nach Ehrenfeld zurück, bevor sie zu den Verwandten in Leverkusen-Schlebusch auswichen. Vom 10. - 23.12.1944 fanden die Flüchtigen ein Versteck in Köln-Dünnwald. Weihnachten 1944 kehrten sie nach Leverkusen zurück, blieben dort bis zum 1.3.1945 und wechselte bis zur Befreiung am 7.3.1945 erneut nach Ehrenfeld. (A-11)<sup>1, 2, 5, 6, 292</sup>

Ein Kölner Wirt befreite im September 1944 einen ehemals jüdischen Freund aus dem Lager Fort V in Köln und brachte ihn in ein Kölner Versteck. Die kathol. Ehefrau und die sog. „halbjüdische“ Tochter flohen zur Großmutter in Köln und zu Verwandten auf einem Gut in Uedesheim. Die Familie versteckte sich wieder in Köln, in Uedesheim und bei verwandten Bauern in Pingsheim bei Düren. Dessen Schikanen und eine SS-Einquartierung erzwangen im November 1944 die Flucht der Familie zu einem Kaplan nach Köln. Ordens-Schwestern verpflegten die Flüchtigen. Infolge der Untermieten-Enge blieb nur der Vater beim Kaplan. Die Frauen versteckten sich in Köln und einem Kölner Kloster. Der Kaplan nahm auch die Frauen auf und vermittelte am 29.11.1944 ein Versteck bei der Oberin des Kunibert-Klosters und Marienhospitals. Die Familie überlebte dort im Keller. Der Kaplan half auch einem Kölner ehemaligen Juden aus Lindau, seiner kathol. Frau und ihren Kindern. Er vermittelte im Juli 1944 für die sog. „halbjüdische“ Tochter ein Versteck als „Bombenflüchtling“ beim Pfarrer in Frickingen-Altheim am Bodensee. Der Vater tauchte im Herbst 1944 bei Köln bei einem Bauern und SS-Offizier als polnischer Fremdarbeiter unter, sorgte für die Tiere und lebte versteckt im Stall. Die sog. „halbjüdischen“ Söhne arbeiteten, vom Kaplan versorgt, „freiwillig“ am Westwall und flohen zu den Alliierten. Die Mutter floh im September 1944 zur Tochter. Der Kaplan besorgte illegal 300,- RM aus einem kirchlichen Fond. Die Familie überlebte (A-14)<sup>1, 45, 91, 260</sup>

Ab Ende September 1944 versteckte sich eine Bonner Jüdin vor der „September-Aktion“ 4 Wochen bei einem Ehepaar in Lohmar-Heide. Sie wurde vom christlichen Mann und dessen Kollegen versorgt. Sie fand auf der weiteren Flucht zu einer Schwägerin in Hammersbach/Bayern für einige Tage eine weitere Unterkunft in Bonn. (A-22)<sup>3, 9</sup>

Ein Bergheimer Handwerker- und Wirt-Ehepaar gab der jüdischen Frau eines 1936 geflohenen Kölner Juden und ihrer Tochter wiederholt Schutz. Ab 1943 versteckten die RetterInnen den christlichen Ehemann, seine jüdische Ehefrau und den sog. „halbjüdischen“ Sohn sowie die o.a. Jüdin und ihre Tochter bis zur Befreiung in einer Obergeschosskammer und bei Gefahr in einem Nebengebäude hinter Kartoffeln. Die jüdische Ehefrau beging am 23.2.1944 Selbstmord. Der Bergheimer Bürgermeister soll die Familien bei Gefahr gewarnt haben. (A-23)<sup>1, 13, 56, 82, 200</sup>

## **11 Ergebnisse Projektziel 4: Rettungsgeschichten für die Geschichtsvermittlung**

Die Erkundung und Beschreibung der Rettungsgeschichten, um sie für eine nachvollziehbare und nachhaltige Geschichtsvermittlung einsetzen zu können, entwickelte sich zu einem unserer Ziele.

Laut Dan Diner bleibt die Vernichtung der Juden im Holocaust - weil jenseits aller „menschlichen Erfahrung und kulturellen Erinnerungsmustern“, „unerzählbar“ und somit nur schwer vermittelbar.<sup>311</sup> Das Ziel einer Empathie mit den Opfern würde angesichts der Dimension des Schreckens die Schüler überfordern und oft nicht erreicht. Diese Befindungen decken sich mit Erfahrungen des Berichterstatters in der Lehrerfortbildung und der Arbeit mit SchülerInnen in den 90er Jahren. Dort wurde die Gefahr berichtet, dass der sich jeder Vorstellungskraft entziehende Holocaust in einer nur konfrontierenden Vermittlung über das Nichtbegreifen zur Distanzierung und bis zur abwehrenden Leugnung führen könne. Laut Arendt<sup>302</sup> und Diner<sup>311</sup> kommen Geschichten vom Retten, vom Überleben oder Scheitern dem Verstehen von Jugendlichen entgegen und sind erzählbar. Deshalb eignen sie sich für die Geschichtsvermittlung und öffnen junge Menschen für Nachfragen. Sie zeichnen Handlungen nach, stellen Individuen mit ihren Unsicherheiten in den Mittelpunkt und beinhalten konkrete Orte. Im Zentrum stehen Gerettete, HelferInnen und RetterInnen, verfolgt von Menschen, deren Verfolgungs- und Vernichtungsabsichten und -praxis von den Erzählungen abgeleitet werden können. Die Vorstellung der Jugendlichen ist für die Zeit zwischen 1933 und 1945 oft auf Kollektive, „die Deutschen“, „die Nazis“ und „die Juden“, gerichtet. In den Erzählungen vom Retten und Überleben treten dagegen handelnde Individuen an die Stelle der Kollektive. Individuelles Handeln, Verhalten und Motive können an Fallbeispielen realitätsnah und beispielhaft im Spannungsfeld von Anpassung und Widerstand behandelt werden.<sup>319</sup> Von Bedeutung sind dabei die Fragen nach den Handlungsalternativen und -spielräumen, die Entscheidung, angesichts drohender Deportationen in die Illegalität zu gehen, oder den Bedrohten unter eigener Gefährdung zu helfen. Im Sinne einer „wertebestimmenden Identifikation“ können die Rettungsgeschichten im pädagogischen Prozess Beispiel sein für eine an den Menschenrechten orientierte Solidarität und Zivilcourage im politischen Alltag der Gegenwart. Somit kann sie einen Beitrag zur Demokratieerziehung leisten.<sup>320</sup>

Die Bereitstellung der Rettungsgeschichten für eine für Jugendliche nachvollziehbare Geschichtsvermittlung konnten wir mit einigen Falldossiers und ihren Anlagen leisten. Im Rahmen eines Aufsatzwettbewerbes zum Thema „Helden“ konnten wir z.B. anhand der Beschäftigung mit den Rettungsgeschichten einige Schülergruppen motivieren, zu aus den Geschichten abzuleitenden Fragen zu den Hintergründen der Verfolgungen und drohenden Vernichtungen eigenständig weiter zu arbeiten. Der Helden-Begriff wurde gleichzeitig problematisiert, weil er bei entsprechender Überhöhung den vorgestellten Werte-, Entscheidungs- und Handlungsrahmen als „unerreichbar“ hinstelle und somit für den Einzelnen die Passivität und Anpassung legitimiere.

Die Geschichten müssten in didaktische Hilfen umgesetzt werden. Einige diesbezügliche Projekte und Handreichungen, u.a. in Berlin und Hamburg könnten als Orientierung dienen.

- „flitzen - verstecken - überleben“ Unterrichtshilfe von Kosmala und Hamann, Hrsg.: Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg und der Gedenkstätte Stille Helden Berlin
- „...und nicht zuletzt Ihre stille Courage. Hilfe für Verfolgte in Hamburg 1933–1945.“ Unterrichtshilfe, Hrsg. Ullrike Hoppe, Verein Geschichtswerkstätten Hamburg e.V.

## **12 Auswertung erkundeter Projektfälle anhand konkreter Kriterien und Fragen**

Um die evtl. Besonderheiten der Rettungen und Unterstützungen von als Juden Verfolgten in der Projektregion Mittelrhein qualifizieren und die Projektergebnisse mit früheren Untersuchungen vergleichen zu können, haben wir diese nach ausgewählten Kriterien ausgewertet. In den folgenden Abschnitten werden wir uns auf einige Befunde des „Berliner Projektes“ stützen. Wir sind uns bewusst, dass wir in Teilbereichen, z.B. bei den Fluchtbewegungen und Rettungszeiträumen infolge der zwangsweise unzureichenden Ausforschungen keine endgültigen Aussagen treffen können. Gleichwohl sind aber schon die erkennbaren Rettungsbedingungen, Motive und Helfergruppen aufschlussreich, auch wenn wir keine Helfer-Typologie anstreben. Wir sind der Meinung, dass jeder Rettungsfall und die Beteiligten individuell gewürdigt werden müssen.

Den Auswertungssegmenten haben wir Fall-Skizzen zugeordnet, die wir aber unter Berücksichtigung des Datenschutzes anonym halten mussten.

## **13 Leitfrage: Warum flohen so wenige Juden und diese so spät?**

Bei der Behandlung der Rettungsaktionen für als Juden Verfolgte wird vielfach gefragt: „Warum sind nicht mehr Juden und Jüdinnen rechtzeitig geflohen? Warum sind so wenige und dann so spät in den Untergrund gegangen? Woher rührte die Lähmung der jüdischen Gemeinden?“ Hinzu kommt die nicht einfach zu beantwortende Frage, was man gewusst hat oder gewusst haben könnte.

Bis 1940/41 war die Emigration und Flucht von Juden und Jüdinnen infolge ihrer ausbeuterischen

Bedingungen zwar existenzgefährdend, aber zeitweise „gefördert“ und möglich. Es flohen meist die aktiven Teile der Familien, für ältere Familienmitglieder erschienen die erwarteten oder nicht einschätzbaren Lebensbedingungen nicht zumutbar. Bis zur Besetzung der bisherigen Fluchtländer Mitte 1940 und dem Ausreiseverbot am 23.10.1941 dominierte infolge ihrer regionalen Möglichkeiten als Reaktion rheinischer Jüdinnen und Juden auf die Bedrohungen die Flucht ins benachbarte Ausland, wo viele gerettet oder doch noch gefasst wurden.

Ein Blick auf die Entwicklung der Fluchtbewegung von als Juden Verfolgten:

- 1933 verließen sehr früh 37.000-38.000 Juden Deutschland.
- 1934 folgten ihnen nach den ersten Erfahrungen mit der Entrechtung 22.000-23.000.
- 1935 emigrierten 20.000-21.000 Juden. Die Nürnberger Gesetze wirkten sich erst 1936 aus,
- 1936 flohen 24.000-25.000 Juden. Im Olympiajahr 1936 wurde eine Beruhigung vorgetäuscht.
- 1937 blieben infolgedessen die Zahlen mit 23.000 Emigranten stabil.
- 1938 führte u.a. die „Reichspogromnacht“ im Nov. zu 33.000-40.000 Flüchtlingen.
- 1939 machte sich der Auswanderungsdruck mit 75.000-80.000 Flüchtlingen bemerkbar.<sup>305</sup>

Im Rheinland war die Flucht oft erst in die regionalen Zentren und Großstädte gerichtet, bevor sie ins Ausland gewagt wurde. Wenn man die Jahre 1933 und 1939 heranzieht, so verringerte sich die jüdische Bevölkerung der Städte und Kreise rapide. Einige Beispiele: Kreis Aachen 445 zu 155, Kreis Ahrweiler 319 zu 173, Kreis Altenkirchen 220 zu 46, Andernach 149 zu 46, Bad-Münstereifel 65 zu 41, Bergheim 335 zu 165, Bonn 1268 zu 512, Düsseldorf 5.100 zu 2.550, Eschweiler 107 zu 45, Euskirchen 231 zu 118, Hilden 44 zu 14, Jülich 120 zu 52, Koblenz 592 zu 442, Langenfeld 67 zu 37, Kreis Mayen 225 zu 95, Meckenheim 65 zu 25, Neuwied 281 zu 106, Opladen 39 zu 14, Remscheid 229 zu 105, Rhein-Wupper-Kreis 195 zu 70, Siegburg 219 zu 128, Solingen 217 zu 59, Stolberg 40 zu 21, Trier 796 zu 370, Velbert 58 zu 25, Wesseling 61 zu 39, Würselen 20 zu 11.

Der NS-Staat betrieb eine widersprüchliche Politik der Beschleunigung und Behinderung der Auswanderung. Die Ausplünderung durch Vermögensbeschlagnahmen und -sperrungen sowie ruinöse Abgaben hemmte die Auswanderungsmöglichkeiten. Kein Immigrationsland war an verarmten Einwanderern interessiert. Ein für viele unüberwindbares Hindernis war z.B. das in vielen Ländern notwendige „Vorzeigegeld“ als Anfangskapital. Dieses war wegen der deutschen Devisenbestimmungen zumeist nur durch die Hilfe ausländischer Verwandter oder Freunde zu realisieren.<sup>305</sup> Das NS-Regime hoffte, den Antisemitismus zu exportieren, wenn die vertriebenen Juden in den Aufnahmeländern zum sozialen Problem würden.<sup>323</sup> Dieser Zynismus geht aus einem Vermerk des Auswärtigen Amtes vom 25.1.1939 hervor: „... Je ärmer und ... belastender für das Einwanderungsland der einwandernde Jude ist, desto stärker wird das Gastland reagieren und desto erwünschter ist die Wirkung im deutschen ... Interesse. ...“<sup>340</sup>

Es bedurfte eines starken Drucks, um die deutschen Juden auswanderungswillig zu machen. Sie hatten noch Illusionen und ihre Verwurzelung war so tief, dass sie sich gegen die Emigration sträubten. Sofern sie auswandern wollten, besaßen sie aber keine Möglichkeit dazu, da die Welt den deutschen Juden die Emigration auf vielfältige Weise erschwerte, sofern man nicht prominent oder reich war. Die Pogrome 38 machten jedenfalls unmissverständlich die endgültigen Vertreibungsabsichten des Regimes klar. Bei der Flucht überschritten die Juden die Grenzen im Gefühl der Endgültigkeit ihrer Ausreise.<sup>300</sup> In den Aufnahmeländern waren sie zumeist nur geduldete Asylanten oder Einwanderer auf den unteren Rängen der sozialen Skala.

Der Beginn des II. Weltkriegs bedeutete das Ende der meisten Auswanderungsmöglichkeiten durch Schließung der diplomatischen Vertretungen und durch den Wegfall u.a. von Schiffspassagen. Der „Anschluss“ Österreichs am 13.3.1938, die Besetzung der Tschechoslowakei am 16.3.1939, der Überfall auf Polen am 1.9.39, die Besetzung Dänemarks am 9.4.1940 sowie der Überfall auf die Benelux-Staaten und Frankreich am 10.5.1940 verschloss weitere Möglichkeiten, Deutschland illegal auf dem Landweg zu verlassen. Es verblieb die Schweiz, die aber Juden gegenüber eine Politik der Zurückweisung verfolgte. 1940 konnten nur noch 15.000 Juden Deutschland verlassen. 1941 waren es bis zum Auswanderungsverbot vom 23.10.1941 noch 8.000. Das Auswanderungsverbot machte Deutschland zur Falle. 1942 bis 1945 entkamen nur noch etwa 8.500 Juden aus Deutschland.

Der Zentralausschuss für Hilfe und Aufbau bzw. der Reichsvertretung schätzte die Gesamtzahl der jüdischen Emigranten und Flüchtlinge aus Deutschland auf 278.500.<sup>308</sup>

Die Frage, warum sich die deutschen Juden der drohenden Katastrophe nicht rechtzeitig durch Flucht entzogen haben, begreift nach Prof. Benz weder die damalige Realität, noch die Mentalität und die soziale Situation der verfolgten Juden. Ein Statusverlust war infolge der für die Exilländer

fehlenden beruflichen Qualifikation zu befürchten. Das Selbstverständnis der assimilierten deutschen Juden, insbesondere im Rheinland, sprach gegen eine Auswanderung. Es schien unvorstellbar, dass die erreichte Assimilation im Nichts zerrinnen sollte. Prof. Benz fasst zusammen: „Wegen ihrer Sozialstruktur waren die deutschen Juden in der Mehrzahl kaum auswanderungsfähig“<sup>305</sup>

Von den deutschen Juden hatten bis zu Beginn der Deportationen im Herbst 1941 über die Hälfte trotz der NS-Schikanen und Einreisebeschränkungen der Zielländer das Land verlassen. Kinder und Jugendliche wurden oft von den Eltern weggeschickt. Es verblieben 164.000 Menschen, die unabhängig von ihrem Selbstverständnis und Glaubensbekenntnis aufgrund der Nürnberger Gesetze zu Juden erklärt worden waren.<sup>326, 328</sup>

Die Wahrnehmung der Verfolgten realisierte zwar die Vertreibung, die Pogrome, Verhaftungen und Morde 1938 und erste Deportationen (4.000 Wiener Juden nach Lublin), empfand aber selbst die Berichte über die Ghettos im seit dem September 1939 besetzten Polen für sich selbst zumeist noch nicht als lebensbedrohlich. Am 21./22.10.1940 deportierten die NS-Machthaber 6.000 Juden aus dem Südwesten Deutschlands, zumeist nach Gurs.

Als eine wesentliche Begründung des in sehr vielen Fällen erst im September 1944 erfolgten Abtauchens der Bedrohten ist für das Rheinland die relative Reaktions-Chancenlosigkeit der jüdischen Gemeinden zu sehen. Mit dem Überfall auf die Sowjetunion am 22.6.1941 und ersten Berichten über die Mordaktionen der „Einsatzgruppen“ wuchs zwar die Empfindung der Bedrohung und die Bereitschaft zur Illegalität, für eine Fluchtreaktion verblieb aber keine Zeit. Die rheinischen Juden wurden früh nach der „Konzentration in sog. Judenhäusern“ und in sog. „Sammellagern“ interniert (z.B. in Bonn und im Rhein-Sieg-Kreis im Juni 1941, in Köln im Herbst 1941). Um vor den im Oktober 1941 einsetzenden Deportationen (für die Bonner Juden im Dezember 1941) in den Untergrund fliehen zu können, waren die Reaktionszeiten zu kurz, der Unglauben bzgl. der drohenden Schicksale noch zu groß und die faktischen Flucht-Chancen infolge der haftähnlichen Internierung zu gering.<sup>326</sup>

Bis zur Deportation und Lagerauflösung im Kloster „Zur ewigen Anbetung“ in Bonn-Endenich wurden dort über 470 Menschen interniert. Zeitgleich ab der 2. Juni-Woche wurden viele Juden aus dem Siegkreis in das ehemalige RAD-Lager Much verschleppt.<sup>273</sup> Derartige Lager bestanden in allen Städten und Kreisen des Rheinlandes, z.B. das Ende 1941 eingerichtete berüchtigte Sammellager „Fort V“ in Köln-Müngersdorf und das Lager „Grüner Weg“ in Aachen. In diesen wurden die erfassten Juden der Stadt und Region zu unterschiedlichen Zeiten zusammengepfercht. Für diese Verfolgten bestand ab der Einweisung kaum noch eine Chance, sich der Deportation zu entziehen.

Laut Beate Kosmala lebten im Herbst 1941 noch 164.000 von den Nazis zu Juden erklärte überalterte, verarmte und isolierte Verfolgte im Reichsgebiet.<sup>326</sup> 1933 lebten z.B. im heutigen Bonner Stadtgebiet 1.268 jüdische Bürger, davon ca. 1.000 im damaligen Bonn. 1939 zählte eine Liste nur noch 512 Juden im Sinne der „Nürnberger Gesetze“, davon 453 sog. „Glaubensjuden“. Hinzu kamen 152 sog. „Mischlinge 1. Grades“. 2/3 der verbleibenden jüdischen Bonner waren somit älter als 40 Jahre, davon 25 % älter als 60 Jahre. Die jüngeren Fam. waren geflohen. Um die Wende 1940/41 war die jüdische Bevölkerung Bonns auf 353 Juden geschrumpft, davon lebten 15 in sog. „Mischehen“.<sup>344</sup>

Am 23.10.1941 erfolgte das endgültige Ausreiseverbot, Deutschland war zur ausweglosen Falle geworden. Als einzig möglicher Schritt blieben ab dem Herbst 1941 nur das Abtauchen in den Untergrund und somit die Vernichtung der letzten Reste einer geregelten Existenz. Im Zentrum für Antisemitismusforschung schätzt man 10.000-15.000 „Abgetauchte“. Man schätzt, dass es ca. 5.000 Personen gelang, zu überleben. Viele tauchten erst unter, als Angehörige deportiert waren und die eigene Verschleppung anstand. Diese wurde bis Mitte 1942 schriftlich angekündigt. Trotz der Kenntnis über die Vernichtungen ab 1942 überwog der Unglauben und erschwerte die Entscheidungen.<sup>326</sup>

Alleinstehende Personen hatten größere Chancen abzutauchen, da sie leichter zu verstecken und zu versorgen waren. Frauen konnten sich besser als Männer illegal in der Öffentlichkeit bewegen, da die Männer, sofern im „wehrfähigen“ Alter“, besonders gefährdet waren. Außerdem waren die jüd. Männer bei scharfen Kontrollen aufgrund der Beschneidung leichter zu identifizieren. Frauen hatten auch größere Chancen, in den Gastgeberhaushalten aufgenommen zu werden, dort zu helfen oder mit falschen Papieren eine illegale Arbeit zu finden und somit zur Versorgung beizutragen.<sup>339</sup>

Mitte Oktober 1941 (für die Bonner Juden im Dezember 1941 über Köln) begannen die Transporte für das Rheinland nach Riga, Lodz, Minsk und Kaunas. Das evtl. Wissen über das drohende Schicksal konnte nicht mehr als Auslöser für das Abtauchen dienen. Chancen, sich dem drohenden Unheil zu entziehen hatten lediglich jüdische Familienangehörige in sog. „privilegierten Mischehen“, die trotz aller Diskriminierung vorerst als „geschützt“ galten.<sup>273</sup>

Wie sah es um das Wissen um den Holocaust aus? Das Regime bemühte sich seine Absichten zu verschleiern. „Sonderbehandlung“ und „Arbeitseinsatz“ mögen hier für viele sprachliche Tarnversuche stehen, mit denen man nicht nur die deutsche Bevölkerung, sondern auch die zur Vernichtung bestimmten jüdischen Deutschen täuschen und stillhalten wollte. Hinzu kamen eine Reihe von konkreten Maßnahmen der Täuschung, zu deren perfidesten die sog. „Heimeinkaufsverträge“ zählen: Die auf Anordnung des Reichssicherheitshauptamtes für die Organisation der jüdischen Wohlfahrt und somit der jüdischen Altersheime zuständige Reichsvereinigung der Juden in Deutschland wurde 1942 von der Gestapo gezwungen, mit für die Deportation in das Ghetto Theresienstadt vorgesehenen älteren Juden „Heimeinkaufsverträge“ abzuschließen. In diesen wurde den Juden die „lebenslange kostenfreie Unterbringung, ihre Verpflegung und Krankenversorgung“ zugesagt. Voraussetzungen waren erhebliche Vorauszahlungen, Abgaben, Spenden und Vermögensübertragungen zu Gunsten des Reichssicherheitshauptamtes und später nicht nur für die eigene Unterbringung und Versorgung, sondern auch für Hilfsbedürftige. Die Deportationsabsichten wurden mit der Formulierung „Das Recht der anderweitigen Unterbringung bleibt vorbehalten“ verschleiert. Im Weigerungsfall wurde unverhohlen mit der „Deportation nach dem Osten“ gedroht. Dieser „Vertrag“ suggerierte den Opfern durch die erzwungene „Verantwortlichkeit“ der Reichsvereinigung einen Akt der jüdischen Selbsthilfe und durch die Vertragsbestimmungen eine vorgetäuschte „Rechtssicherheit“.<sup>312</sup>

Soldaten trugen nach dem Überfall auf die Sowjetunion am 22.6.1941 zum Wissen der Bevölkerung über die Gräueltaten bei. Doch löste das Wissen bei den Verfolgten keine Flucht in den Untergrund aus.<sup>304</sup> 2 Befragungen 1999/2000 kamen zum Ergebnis, dass nur 1/5 der Bevölkerung damalige Kenntnisse über den Massenmord zugab. Abtauchversuche und Hilfen erfolgten aus dem Bewusstsein einer nicht genau vorstellbaren Bedrohung heraus. Prof. Benz ist der Meinung, dass die Nachrichten die bisherigen Erfahrungen und Vorstellungskräfte überstiegen. Ihre Unglaublichkeit war eine größere Barriere gegen deren Verbreitung, als die angeordnete Geheimhaltung.<sup>336</sup> Das Wissen um die Transporte reichte oft nicht für einen Abtauch-Entschluss, so lange man im Osten zwar die Zwangsarbeit befürchtete, aber auch Überlebenschancen sah. 1942 mehrten sich Gerüchte über Erschießungen und Vernichtungslager. Viele sträubten sich bis zuletzt infolge der Ungeheuerlichkeit dieser Massenmorde, die Nachrichten zu glauben.

Erst im Herbst/Winter 1942 versuchten im Rheinland die wenigen verbliebenen Juden und z.B. in Berlin eine größere Anzahl von Juden verstärkt, sich der Verhaftung zu entziehen, nachdem sie die Deportation von Angehörigen erlebt hatten und selber bedroht waren. Die den Schritt in die Illegalität verstärkt auslösende Rolle, welche z.B. in Berlin der sog. „Fabrikaktion“ zukam, spielte im Bereich Mittelrhein die sog. „September-Aktion“ 1944, welche die bislang relativ geschützten Familienmitglieder in sog. „Mischehen“ in den Verfolgungs- und Vernichtungsstrudel einbezog. Die erkundeten Rettungsfälle weisen eine Dominanz dieses Flucht-Zeitraumes aus.

Zusammengefasst: Auch die rheinischen Juden waren in der Mehrzahl kaum „auswanderungsfähig“<sup>305</sup> Viele sträubten sich im Rheinland, auch infolge des hohen Assimilierungsgrades, bis zuletzt infolge der Ungeheuerlichkeit der Massenmorde, die Nachrichten zu glauben. Die jüdischen Bürger der rheinischen Städte hatten infolge der frühen „Konzentration“ und Internierung sowie der Deportationen schon Ende 1941 in die Vernichtung kaum eine Chance, durch den Schritt in die Illegalität auf die Berichte über die Vernichtungsaktionen zu reagieren und der Verfolgung auszuweichen.

### Zeiträume der Rettungen und Unterstützungen

Wir konnten als Zeiträume der Rettungen und Hilfen ermitteln:

- 127 Fälle von 1933 – 1939 - (Zeitraum 6-7 Jahre)
- 121 Fälle von 1940 – 1943 - (Zeitraum 3 Jahre)
- 148 Fälle 1944, um die „September-Aktion“ 1944 und bis Kriegsende (Zeitraum 1 1/3 Jahre)
- 134 Fälle konnten zeitlich nicht zugeordnet werden.

Für den Zeitraum 1933-1939 wurden viele solidarische Hilfen für die entrechteten und verarmten Jüdinnen und Juden verzeichnet. Es dominierten die Flucht, verbunden damit die Fluchthilfen und die durch ausländische Helfer unterstützten Versuche, im Fluchtland zu überleben. Zu den Fluchthilfen und den Unterstützungen in den Fluchtländern siehe auch speziell den Abschnitt „Flucht, Fluchthilfen und Emigration als erste Reaktion“.

Eine Frauengruppe aus Rheinbach unterstützte notleidende jüdische Nachbarn mit Lebensmitteln. Sie wurde verwarnt. (126-BO)<sup>86, 190</sup> Eine häufige Form der Unterstützung, gerade im Umfeld der Pogromnacht 1938, war die Gewährung kurzfristiger Verstecke, wie z.B. für eine Jüdin in Lommersum bei ihren Nachbarn (138-DÜ)<sup>20</sup>

Bis zu den Internierungen und Deportationen 1941, 1942 und 1943 müssen die Relationen zwischen Unterstützungen, Fluchhilfen und Rettungen ähnlich gesehen werden, auch wenn sich die Anzahl der erkundeten Rettungsbemühungen deutlich erhöhte. Die Gräuel-Berichte 1941-1942 ließ über das Schicksal im Falle einer Deportation keinen Zweifel mehr aufkommen, obwohl die Verschleierungstaktik der Nationalsozialisten nach wie vor viele Bedrohte täuschen konnte. Für die Mitglieder der jüdischen Gemeinden des Rheinlandes kamen die Informationen und Gewissheiten aber zu spät. Die Internierungen und Deportationen waren bis auf wenige Ausnahmen abgeschlossen.

Weiter wurden jüdische Familien unterstützt, wie im Falle Kölner Juden, die 1940 von Kölner HelferInnen z.T. aus den Beständen der Ford-Kantine versorgt wurden. (431-KÖ)<sup>268</sup> Es mehrten sich die Fälle, in denen bedrohten Jüdinnen und Juden versteckt wurden. Als Beispiel dafür kann die versuchte Rettung einer Kölner Familie durch einen Beherberger in Berg bei Wiehl stehen. Dieser gab der Familie von 1933-1934 einen Unterschlupf bevor sie nach Köln floh. Sie überlebte dort versteckt und von ihm unterstützt. Der Sohn wurde nach Theresienstadt deportiert. (YV-3)<sup>104</sup> Glücklicher verlief die Rettung einer jüdischen Kölner Familie, die ab 1942 über 3 Jahre in Liehrs an der Ahr von einem Retter aus Ahrweiler versteckt überlebte. (YV-10)<sup>104</sup>

Auch in der Projektregion Mittelrhein sind die Schwerpunkte des „Abtauchens“ die Jahre 1943-1944 und hier die Bedrohung durch die „September-Aktion“, d.h. die Einbeziehung der bislang „geschützten Mischehen“ in die Vernichtungsmaßnahmen. Die Chancen sog. „Mischehen“, illegal zu überleben, waren infolge ihrer christlichen Verwandtschaft größer. Gerade im Rheinland wurden viele Rettungsbemühungen durch die sog. „September-Aktion“ im September 1944 ausgelöst.

Eine Wuppertaler Jüdin wurde im August 1944 verhaftet, aber wieder entlassen. Sie entzog sich einer erneuten Verhaftung durch das Abtauchen in Verstecke in Solingen und Wuppertal in denen sie von ihrem christlichen Mann versorgt wurde. (182-WU)<sup>1, 8, 125</sup> Eine sog. „Mischehen“-Familie aus Köln fand im September 1944 Verstecke auf einem Bauernhof in Rommerskirchen, in einem Bootshaus in Köln, bei einer Bekannten in Trier und einem Winzer an der Mosel. Sie überlebte in Rommerskirchen. (284-KÖ)<sup>1, 8, 267</sup> Dem Deportationsbefehl vom 13.12.1944 entzog sich eine christl. verheiratete Jüdin aus Wuppertal in Verstecken in Rhens/Rhein, Velbert und Wuppertal. Auch sie wurde von ihrem Mann versorgt. Der sog. „halbjüdische“ Sohn diente zwar zeitweise als Soldat, musste dann aber Zwangsarbeit leisten. Aus dieser floh er auch in das Versteck in Velbert. (298-WU)<sup>8, 125</sup>

### Der Religionsstatus der Geretteten und Unterstützten

Die Frage, warum so Wenige und diese so spät „abtauchten“, veranlasste uns, den Religionsstatus der Abgetauchten und Geretteten zu untersuchen um herauszufinden, ob die jüdischen Familienmitglieder ohne einen „Mischehen“-Hintergrund im Rheinland überhaupt eine Chance hatten. Die Untersuchung ergab folgendes Ergebnis:

- 252 Fälle betrafen in jüdischen Familien lebende Juden und Jüdinnen.
- 109 Fälle betrafen Juden und Jüdinnen in sog. „Mischehen“.
- 35 Fälle betrafen getaufte ehemalige Juden und Jüdinnen.
- 98 Fällen betrafen sog. „Halbjuden“ oder sog. „Mischlinge“.
- 54 Fälle konnten nicht präzise zugeordnet werden.

Für die Fälle, in denen Mitglieder jüdischer Familien trotz der schon zum Beginn dieses Abschnittes festgestellten Chancenlosigkeit der rheinischen Juden eine Möglichkeit des Überlebens suchten, mögen zwei Beispiele stehen:

Eine jüdische Tochter aus Bonn floh zu ihrer früheren Greifswalder Schulfreundin, einer Pastorentochter in den Harz und überlebte dort unter dem falschen Namen „Hanna Lange“. Ihre Eltern begingen vor der Einweisung in das Lager Bonn-Endenich Selbstmord. (106-BO)<sup>9, 173</sup> Eine jüdische Tochter aus Schleiden (ab 1939 Kall) erreichte 15-jährig das letzte Auswandererschiff nach Palästina. Die Familie wurde aus dem Gau verwiesen und musste in Berlin zwangsarbeiten. 1943 entzogen sie sich einer Verhaftung und tauchten in Verstecken unter. Ihre Stationen: Magdeburg, Kaulsdorf, Birkenwerder, ein Gut in Pommern, Spandau, Berlin und Grabow/Mecklenburg. Für eine Operation überließ ihr eine Berlinerin ihre Kennkarte. 1947 wanderte die Familie nach Palästina aus. (245-EU)<sup>19</sup>

Das Projekt-Ergebnis weist auf den hohen Assimilierungsgrad der rheinischen „Judenschaft“ und damit verbunden auf den hohen Anteil an in sog. Mischehen“ lebenden Juden und Jüdinnen hin. Dieses führt u.a. zu der unverhältnismäßig hohen Fallzahl im Zeitraum der September-Aktion 1944.



Die Chancenlosigkeit und die benannten Faktoren bestimmten den hohen Anteil an christlich verheirateten Jüdinnen und Juden, welche „erst“ vor der sog. „September-Aktion 1944“ in den Untergrund flohen, weil die Gefährdung auch für die interkonfessionellen Ehen zu groß wurde.

Ab September 1944 versteckte ein Kölner Ehepaar bis zur Befreiung des linksrheinischen Kölns im März 1945 ein verfolgtes sog. „Mischhehen“-Paar im Keller ihres Hauses in Köln-Bayenthal. Vorher hatte der Großvater die Illegalen nach der Flucht aus dem Lager Fort V in Köln in leerstehenden Ruinen versteckt und dort versorgt. (18-KÖ)<sup>1, 2, 292</sup> Wie schon skizziert entzog sich eine christl. verheiratete Jüdin aus Wuppertal dem Deportationsbefehl vom 13.12.1944 in Verstecken in Rhens/Rhein, Velbert und Wuppertal. Sie wurde von ihrem Mann versorgt. (298-WU)<sup>8, 125</sup>

Getaufte ehemalige Jüdinnen und Juden sind in vielen Rettungs-Fällen vertreten. Diese Gruppe wurde von den Nationalsozialisten als sog. „Volljuden“ eingestuft und verfolgt. Ihre hohe Zahl spiegelt den hohen Assimilierungsgrad rheinischer Juden und Jüdinnen wider.

Eine verwitwete evangel. ehemalige Jüdin aus Bremerhaven wurde von ihrem späteren Ehemann von 1939 bis zur Befreiung in Verstecken in Bremerhaven, Rolandseck (z. T. bei befreundeter Familie) und in Köln, vor der Verhaftung geschützt. (23-RP)<sup>187</sup> Der getaufte Sohn schon vor längerer Zeit zum Christentum konvertierter Juden, ein Bonner Fabrikant wurde mit Schmähkampagnen überzogen, enteignet und zu einer innerstädtischen Versteck-Odyssee gezwungen. Zeitweise musste er in Bonn Zwangsarbeit leisten. Er überlebte in vielen Stationen bei Freunden, zuletzt in Adenau. (27-BO)<sup>1, 3, 52, 86, 189</sup> Ein Leverkusener fuhr die ehemaligen Jüdinnen Edith Stein und Ruth Kantorowicz am 31.12.1938 in seinem Wagen nach Echt im niederländischen Limburg und entzog sie vorerst ihren Verfolgern. Er verlagerte das Barvermögen von Ruth Kantorowicz, das sie nicht mit ins Ausland nehmen durfte, auf sein Konto, um es zu retten. Seine Hilfen waren vergeblich, da beide Verfolgte 1942 in Auschwitz ermordet wurden. (237-LE)<sup>195</sup>

Die hohe Zahl sog. „Mischehen“ bedingt in den erkundeten Rettungsfällen den hohen Anteil sog. „Halbjuden“, „Halbjüdinnen“ oder sog. „Mischlinge“. Diese verfolgten Nachkommen konnten z.T. in „Rettungsinseln“, wie dem „Godesheim“ in Bad-Godesberg gerettet werden.

Eine sog. „Halbjüdin“ aus Bad-Godesberg wurde von einer christl. Familie in Oberwinter adoptiert. Ihr gefährdender Status konnte über die Zeit des sog. „III. Reiches“ vertuscht werden. Wann die Adoption vorgenommen wurde konnte nicht eruiert werden. (10-RP)<sup>187</sup> Nach dem Selbstmord des christl. Vaters lebte eine 1928 getaufte ehemalige Jüdin mit den sog. „halbjüdischen“ Kindern „ungeschützt“ in Siegburg. Ein Sohn erhielt durch den Kölner Domvikar eine Arbeit in Köln. Mitte September 1944 wurden die Mutter und die Kinder in das Lager Fort V verschleppt. Der Sohn konnte sich bei seiner Firma „abmelden“. Der Firmenbesitzer und eine Angestellte kümmerten sich um die Inhaftierten. Vor der Deportation konnten die Kinder zum Firmenchef fliehen. Der Sohn blieb dort. Geistliche vermittelten der Tochter ein Versteck im Kloster Sigmaringen, ein weiterer Sohn wurde zu einer ehemaligen Angestellten der Firma in Desen/Westerwald gebracht. Die Kinder überlebten in den Verstecken und die Mutter in Theresienstadt. (405-KÖ)<sup>1, 4, 115, 268</sup>

In vielen Fällen gingen die christl. Ehepartner mit in die Verstecke oder versuchten die Versorgung ihrer versteckten Angehörigen trotz der damit verbundenen Gefährdungen zu sichern. Oft ging der Religionsstatus nicht eindeutig aus den Quellen hervor.

### Flucht und Emigration als erste Reaktion auf die Verfolgung

Wir konnten nur Bruchteile der Fluchtbewegungen in unserer Region erkunden und dokumentieren. Die Flucht war bis 1939/40 gerade für das grenznahe Rheinland absolut dominierend. Die Fälle von Rettungsbemühungen in den Fluchtländern standen zwangsläufig im Zusammenhang mit Fluchten.

Die Auswertung der erkundeten 530 Rettungs- und Unterstützungsfälle belegte die Wichtigkeit dieser fast 9 Jahre andauernden Fluchtbewegung von als Juden Verfolgten für unseren Projektraum.

Die Fall-Auswertungen weisen folgenden Befund aus:

- 115 Rettungsfälle bezogen sich auf Fluchten und Überlebensversuche im Ausland
- In 65 Fällen beteiligten sich Ausländer in ihren Heimatländern an der Rettung der Flüchtlinge
- 88 Fälle betrafen direkt und indirekt Fluchthilfen ins Ausland
  - In 10 Fluchthilfe-Fällen wurde diese von Netzwerken oder Organisationen geleistet
  - 37 Fluchthilfe-Fälle beruhten auf ideellen, christlichen oder politischen Motiven der HelferInnen
  - 8 Fluchthilfe-Fälle basierten auf persönlichen Beziehungen zwischen Flüchtlingen und Helfern
  - 9 Fluchthilfe-Fälle gelten als jüdische Selbsthilfe
  - 11 Fluchthilfe-Fälle gelten als kommerzielle Fluchthilfe
  - 2 Fluchthilfefälle wiesen Parteifunktionäre als Fluchthelfer aus.

- 4 erkundete Fluchtversuche scheiterten

In vielen Fällen wurde das Untertauchen und die Rettung erst durch die von HelferInnen unterstützte Flucht aus Lagern ermöglicht. Dazu konnten wir viele Fälle erkunden. (Siehe Abschnitt 15)

Die Fluchtbewegungen, welche z.T. der Unterstützung von Fluchthelfern bedurfte, spielten sich in unserer grenznahen Region an den Grenzen zu Belgien, den Niederlanden und Luxemburg ab. Viele Flüchtlinge benutzten diese Länder als „Transitländer“, andere versuchten dort zu überleben. Die untersuchte Region war Ausgangspunkt von Fluchten und Durchgangsregion für Flüchtende. Wir haben die erkundeten Fälle aufgenommen, in denen entweder die Flüchtenden und/oder die Fluchthelfer aus der Region kamen. Bei den skizzierten Fällen haben wir angemerkt, ob diese Flucht „lebensrettend“ war oder der Kriegsverlauf und die Verfolgung die Flüchtenden einholten.

Bei der Bewertung durch die Antragskommission zur Anerkennung als „Gerechte unter den Völkern“ wird allgemein die Fluchthilfe nicht als für eine Ehrung ausreichend bewertet. Die Ablehnung unseres Ehrungsantrages für einen Gangelter Polizisten (siehe Abschnitt 10), der befreundeten jüdischen Familien die Flucht ermöglichte (A-5)<sup>1, 84, 147, 163, 170</sup>, steht aber neben der 1974 ausgesprochenen Ehrung eines Bosch-Managers als „Gerechter“, weil er durch die Förderung der „Jüdischen Mittelstelle“ vielen Bedrohten die Ausreise ermöglichte, darunter 1939 einer 17köpfigen Gruppe Kölner Juden, für die er ein Lösegeld an die Gestapo zahlte. (YV-27)<sup>104</sup>.

Ob seither in Jerusalem ein Umdenken stattfand, können wir nicht sagen. Wir werteten diese Fluchthilfen als Rettungsbeiträge, auch wenn sie nicht Gegenstand von Ehrungsanträgen sein können. Dabei haben wir unsere Bewertungsgrenze dort gezogen, wo kommerzielle Interessen der Fluchthelfer oder der kriminelle Missbrauch der Notlage der Flüchtlinge offenbar waren.

Einige der FluchthelferInnen konnten sich auf Netzwerke und Organisationen stützen, bzw. arbeiten in deren Auftrag. Die Grenzen zwischen den Organisationsformen waren fließend.

Von 1938-1939 schmuggelte ein informelles Netzwerk aus Aachen viele Flüchtlinge in Aachen-Sief über die Grenze nach Raeren. Dazu holte man die Flüchtlingsgruppen aus Aachen und Köln ab. Von Raeren aus organisierte ein belgischer Gastwirt die Rettungsaktionen. Er beherbergte die Flüchtlinge und leitete sie in das Innere Belgiens weiter. In Aachen wurde der Fluchthelfer von einem Zollbeamten unterstützt. Er wurde denunziert, verhaftet und zu 3 Wochen Haft verurteilt. (61-GR)<sup>10, 47, 65</sup> Vom niederländischen Schaesberg aus leisteten deutsch-niederländische Fluchthelfer von 1934 bis 1940 für das „Sonderhilfswerk des Raphaels-Vereins“ und die „Religiöse Gesellschaft der Freunde“ der Quäker Unterkunfts-, Kurier- und Fluchthilfe-Dienste. Mehrmalige Wohnungswechsel waren nötig. Im Herbst 1940 wurde ein Helfer verhaftet und zu Zuchthaus, bzw. bis zur Befreiung zur KZ-Haft in Sachsenhausen verurteilt. Die Ehefrau arbeitete weiter für die Organisation und Fluchthilfe. Zeitweise beherbergte sie bis zu 16 Personen in einem Zimmer. Ihre Tochter musste die letzten Monate in einem Kloster in Bunde bei Maastricht versteckt werden. (62-GR)<sup>19, 91, 110, 147</sup>

Wenn wir die Fluchthelfer, die in 88 Fällen eine Überlebenschance im Fluchtland eröffneten, untersuchen, so stoßen wir auf interessante Strukturen. Die gewährte Fluchthilfe hat infolge vieler kommerzieller und krimineller Missbräuche einen schlechten Ruf. In den meisten erkundeten Fluchthilfefällen waren die Helfer aber ideell, christlich oder politisch motiviert.

Ein Aachener Ehepaar wurde durch den I. Weltkrieg zu Antimilitaristen. Eine Verhaftung des Ehemannes 1933 verstärkte den Widerstand. Er organisierte ab 1933 bis zum November 1938 für ca 50 sozialistische und jüdische Flüchtlinge die Fluchtroute zu belgischen Verwandten im belgischen Welkenreadt. Ob er persönlich am Grenzübertritt beteiligt war, blieb unklar. Im November 1938 wurde er wegen „defätistischer“ Äußerungen verhaftet und verbrachte 7 Monate im KZ. Er kam gebrochen zurück und beteiligte sich nicht mehr an den Aktionen. (42-GR)<sup>65, 147</sup> Ein Aachener Schlosser, Sozialdemokrat, Reichsbannermitglied und Gewerkschafter schmuggelte und verteilte ab 1933 illegale Ausgaben von SPD-Zeitschriften. Er wurde gebeten, Flüchtlinge über die Grenze zu bringen. Er half daraufhin jüdischen und politischen Flüchtlingen und verband seine Hilfen mit politischen Aktionen. In Verviers half ihm ein Aachener Gewerkschafter, indem er Anlaufstellen in Eupen, Altenberg und Malmedy sowie die Fluchtlinie nach Brüssel organisierte. Der Helfer benutzte verschiedene Routen. Am 10.12.1933 wurde seine Gruppe verraten und er zu 2 Jahren Haft verurteilt. Nach der Haft zog er sich aus dem Widerstand zurück. (44-GR)<sup>1, 147</sup> Seit September 1936 lebte ein Pfarrer mit seiner Schwester in Aachen. Seine Kirchenarbeit führte zu Konflikten mit der Gestapo. In der Pogromnacht 1938 bot er einem Juden ein Obdach an. Im November 1938 traf er nachts eine umherirrende jüdische Familie aus Essen. Zu Hause erfuhr er, dass die Kinder zu Verwandten nach Maastricht gebracht werden sollten, der 1. Versuch aber scheiterte. Die Schwester ging mit den Jüngsten über

die Grenze nach Vaals und brachte sie mit dem Bus nach Maastricht zu den Verwandten. (50-GR)  
147, 182

Wie auch im Bereich konkreter Rettungsaktionen war die Basis einiger Fluchthilfen die persönliche Beziehung der FluchthelferInnen zu den Flüchtlingen.

Eine in Lüttich lebende gebürtige Euskirchenerin versteckte einen befreundeten Euskirchener Juden. (75-EU)<sup>20</sup> Ein Kölner, am 30.11.1938 mit Berufsverbot belegter Anwalt emigrierte. Anfang 1939 mit seiner Frau nach Brüssel, wo er bei einem als Offizier dienenden ehemaligen Kölner Richter-Kollegen eine von seinem Kölner Sozium vorbereitete Zuflucht fand. Dort starb er am 23.12.1944. (202-KÖ)<sup>1, 180</sup>. Eine jüdische Aachener Witwe versteckte in der Pogromnacht 1938 einen befreundeten Kölner Juden mit 3 Söhnen. Sie vermittelte eine kommerzielle Fluchthilfe in die Niederlande. 1939 emigrierte sie selber mit ihrer Tochter nach England. (217-GR)<sup>1, 170</sup>

Eine beachtliche Zahl von Fluchthilfen kann als jüdische Selbsthilfe gelten.

Ein Aachener Jude beobachtete Fluchthelfer. Spontan halfen er und sein Freund einer verlassenen Flüchtlingsgruppe und brachten 1937-1939 viele Flüchtlinge über die grüne Grenze. (251-GR)<sup>19</sup> Aus Wien kam 1938 eine jüdische Flüchtlings-Gruppe. Sie fuhr bis Köln. Mitglieder der jüdischen Gemeinde in Köln organisierten die weitere Flucht. An der Grenze wurde die Gruppe gefasst, vom Grenzbeamten aber über die Grenze gewiesen. (253-KÖ)<sup>19</sup> Bis zur eigenen Deportation verhalfen ein Aachener Jude und seine Tochter Flüchtlingen über die deutsch-belgische Grenze. (254-GR)<sup>19, 85</sup>

Viele Flüchtlinge waren auf die Ortskenntnisse und Kontakte kommerzielle FluchthelferInnen angewiesen. Es gab Fälle, in denen Flüchtlinge von diesen erpresst, ausgeraubt oder verraten wurden. Wenn auch sehr oft zu überhöhten „Honoraren“ haben diese FluchthelferInnen trotz ihrer kritikwürdigen Ausnutzung der Notlage der Flüchtlinge vielen erst eine Chance eingeräumt, im Fluchtland zu überleben oder die weitere Flucht anzutreten.

Eine Frau aus Scherpensel versteckte Mitte November 1939 jüdische Flüchtlinge in einem Hotel in Palenberg und in ihrer Wohnung, um sie gegen eine Gebühr über die niederländische Grenze zu bringen. Sie flog auf, wurde zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt und nach der Haft in das KZ Ravensbrück eingewiesen. Dort starb sie am 4.4.1942. (212-GR)<sup>113</sup> Unter den kommerziellen FluchthelferInnen haben die von Berlin aus geleiteten Organisationen „Hella“ und „Hedwig“ ein besonderes Gewicht. Diese Organisationen arbeiteten bis zur Verhaftung von „Hedwig“ im September 1942 und brachten vornehmlich Berliner Juden über die Grenze. Die uns bekannten FluchthelferInnen dieser Ringe kamen aus Berlin und Aachen sowie in Belgien aus Raeren, Welkenraedt, Heinrichs-Kapelle, Thimester und Antwerpen. (258-GR)<sup>19</sup> Selbst der Sektor jüdischer Selbsthilfen ist nicht frei von kommerziellen Interessen. So half ein Aachener, aus Warschau stammender Jude, osteuropäischen Juden 1937/38 als kommerzieller Fluchthelfer gegen Bezahlung bei der Flucht. Er wurde gefasst, zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Sein weiteres Schicksal ist ungewiss. (250-GR)<sup>19</sup>

#### **14 Leitfrage: Weisen die RetterInnen und HelferInnen Gemeinsamkeiten auf?**

In der Vergangenheit versuchte man oft, für RetterInnen und HelferInnen eine Typologie zu erarbeiten. Im Gegensatz zu Versuchen, generalisierende Aussagen zu HelferInnen und RetterInnen zu treffen um den „Rettertyp“ zu konstruieren,<sup>332</sup> bemühte sich das „Berliner Projekt“, das individuelle und spezifische jeder Rettungsaktion zu berücksichtigen. Unser Projekt verfolgte die gleiche Intention. Dabei wurde nicht ausgeschlossen, dass bestimmte aus der Situation oder der Motivation herrührende Dominanzen als bestimmend gewürdigt werden können.

Bei der generalisierenden Konstruktion des altruistischen, d.h. selbstlosen Retters (Hypothese einiger US-Forscher) und unserer vertrauten Fixierung auf die nach strengen Regeln von Yad Vashem geehrten „Gerechten unter den Völkern“ unterliegen wir schnell einem überhöhten RetterInnen-Bild. Wir übersehen oft, dass selbst kritikwürdige Hilfen, z.B. kommerzielle Schmuggler, lebensrettend gewesen sein konnten.

Wir trafen in in den Untersuchungen und Projekten ein sehr heterogenes Retter-Bild mit der Ablehnung des NS-Systems als kleinstem gemeinsame Nenner an. Die RetterInnen kamen aus allen Schichten und waren unterschiedlich begütert und gebildet. Sie halfen aus den unterschiedlichsten Gründen, z.T. aus religiösen, politischen oder humanistischen Motiven. Viele kannten Juden vor ihren Hilfen, viele auch die später von ihnen Geretteten. Im Werte-Rahmen war eine große Heterogenität politischer, humanistischer oder religiöser Werte festzustellen.<sup>326</sup> Die Werte-Orientierung schloss ein Moral-Dilemma nicht aus: Einerseits wollte man gefährdete Personen schützen und andererseits die eigene Person und Familie nicht gefährden.

Nicht alle RetterInnen handelten absolut uneigennützig. Manche waren auf finanzielle Unterstützungen im Rahmen ihrer Hilfen angewiesen, andere nutzten die Abhängigkeit zu Gegenleistungen aus. Viele RetterInnen fanden ihre Hilfen als selbstverständlich und begriffen sie nicht als Widerstand.

Aktives und reaktives Handeln bestimmten die Grundmuster der Rettungsgeschichten. Zur Motivation unterschied Wolfson die interne Motivation (ich möchte mich als hilfsbereit erleben) und die externe Motivation (ich möchte auf andere als hilfsbereit wirken). Bei den RetterInnen spielte die externe Motivation keine Rolle, sie mussten ihre Hilfen gegenüber der Umwelt verstecken. Die interne Motivation dominierte. Bei den Befragten überwog eine ausgeprägte Ich-Stärke, die sie in die Lage versetzte, Gruppendruck zu widerstehen.<sup>324</sup>

Bei vielen Untersuchungen sind christl. motivierte Retter überdurchschnittlich vertreten. Diese RetterInnen halfen Juden von Amts wegen, fühlten sich Juden aus theologischer Überzeugung verbunden, retteten Juden als Widerstandsakt gegen das NS-Regime, standen in persönlichen Beziehungen zu Juden, arbeiteten in kathol., evangel. und Quäker-Netzwerken oder bezogen sich nur vage auf christl. Werte. Die Rolle des katholischen Raphaelsvereins, des evangelischen Büro Grüber (s.o.) und der z.T. ganze Gemeinden umfassenden Quäker-Hilfswerke muss dabei gesondert betrachtet werden. Die Quäker intensivierten ihre Bemühungen ab dem Oktober 1941.

Wir haben uns vor jeder „Typisierung“ der HelferInnen gehütet. Insofern stimmen unsere Projektergebnisse mit einer Analyse von mehr als 3.000 namentlich bekannten HelferInnen überein, die Frau Kosmala als Substanz ihrer Studien vorgelegt hat. Danach waren ihre und auch unsere RetterInnen und HelferInnen „gewöhnliche“ Deutsche aus allen sozialen Schichten. Sie gehörten unterschiedlichen Konfessionen und politischen Richtungen an, viele waren aber auch nicht religiös und unpolitisch. Bei Frau Kosmala waren die meisten von ihnen zwischen 40 und 50 Jahre alt. Vieles deutet darauf hin, dass sich auch hier die Ergebnisse decken. Bei Frau Kosmala und in unserem Projekt konnten die RetterInnen und HelferInnen weder über größere finanzielle Mittel noch über große Wohnungen verfügen. Ein hoher Bildungsgrad und wichtige Kontakte zeichneten viele ebenfalls nicht aus. Sie halfen zumeist uneigennützig.<sup>339</sup> Es sind aber auch Fälle bekannt, in denen die Notlage und Abhängigkeit der Verfolgten ausgenutzt wurde, indem die Helfer Gegenleistungen forderten.

Frau Kosmala unterschied als Ergebnis ihrer Studien drei RetterInnen und HelferInnen-Gruppen, ohne eine „Typisierung“ vorzunehmen. Wir schließen uns dieser Klassifizierung an:

1. Zivilcourage und solidarisches Handeln als konstantes Verhalten. war für einen kleineren Teil der HelferInnen das Merkmal. Für sie war der verbrecherische Charakter des NS-Regimes offensichtlich. Sie ergriffen früh die Initiative zur Unterstützung der Verfolgten und halfen effektiv.
2. Hilfsangebote in einer konkreten Situation leisteten Personen, die vor und nach ihren Hilfeleistungen nie öffentlich in Erscheinung getreten sind. Sie ergriffen in einer bestimmten Situation die Initiative. Zu dieser Gruppe gehören oft Nachbarn, Berufskollegen und Freunde verfolgter Juden.
3. Mehr als die Hälfte der von Frau Kosmala und einige der von unserer Projektgruppe dokumentierten Rettungen kamen als Reaktion der HelferInnen auf Hilfsgesuche verfolgter Juden zustande. In diesen Fällen ergriffen Juden, die sich der Deportation zu entziehen wollten, die Initiative und baten Freunde etc. um Hilfe.

Ob es sich bei der Zivilcourage der RetterInnen um eine stetige Verhaltensdisposition handelt, wurde oft problematisiert. In einem strittig gewordenen Ehrungsfall befand Yad-Vashem, dass eine Ehrung als „Gerechter unter den Völkern“ kein durchgängig mutiges Verhalten zur Grundlage haben muss, sondern auch ein einmaliges couragiertes, risikobereites Handeln zur Rettung eines Menschen gewürdigt werden müsse. Diese um Hilfe gebetenen HelferInnen entschlossen sich oft spontan zu ihren risikohaften Rettungen und wuchsen oft über sich hinaus.

Ein überdurchschnittlich hoher Anteil (In der Berliner Studie 2/3) der RetterInnen waren Frauen. Die Fürsorge für Flüchtlinge entsprach dem gesellschaftlichen Rollenbild der Frauen. Die Risiken und Belastungen für die Frauen waren groß, da in der Regel Rücksicht auf Kinder und ältere Angehörige genommen werden musste.

#### Beziehungen zwischen Geretteten und ihren RetterInnen

- In 109 Fällen waren die Verfolgten und ihre HelferInnen befreundet, gut bekannt, Nachbarn
- In 38 Fällen bestanden Geschäfts-, Arbeits-, Ausbildungs- und Patientenbeziehungen
- In 63 Fällen waren die Verfolgten und ihre HelferInnen verwandt
- In 10 Fällen waren die HelferInnen miteinander verwandt

- In 128 Fällen kannten sich die HelferInnen und Verfolgte definitiv vorher nicht
- In 182 Fällen konnten die Beziehungen nicht eindeutig ermittelt werden

Die Anzahl der Fälle, in denen persönliche Beziehungen zwischen RetterInnen und Geretteten bestanden, dominierte. Persönliche Beziehungen erwiesen sich als eine Basis für die Bereitschaft sich zu engagieren und Risiken auszusetzen oder aber um nach Hilfen zu fragen. So waren an der Rettung einer jüdischen Solinger Ärztin ca 30 befreundete RetterInnen in Solingen, Düsseldorf, Köln und in Süddeutschland beteiligt. (92-BL) <sup>2, 8, 169</sup> Ähnlich verhält es sich bei der örtlichen Odyssee eines zum Juden erklärten christlichen Bonner Fabrikanten, der ca. 12 Versteckstationen bei Freunden und Bekannten benötigte, um zu überleben. (27-BO) <sup>1, 3, 52, 86, 189</sup>

Zu der Gruppe der Fälle, in denen persönliche Beziehungen die Basis für die Hilfsbereitschaft abgaben, müssen wir die große Anzahl von Fällen hinzurechnen, in denen die Beziehungen zwischen RetterInnen und Verfolgten geschäftlicher, beruflicher, oder schulischer Natur waren. So versteckte und rettete z.B. ein Düsseldorfer Gartenarchitekt die Familie eines Kölner Berufskollegen und seiner jüdischen Ehefrau. (69-KÖ) <sup>2, 152, 173</sup> Zwei Modedesignerinnen aus Köln und Bonn versteckten und versorgten eine jüdische Kölner Berufskollegin in Köln, Berlin und Wien. 1938 musste diese aus dem Studio ausscheiden und mit Unterstützung der Kolleginnen 1940 nach Wien zu einer befreundeten Schauspielerin flüchten. Die Kölnerinnen unterstützten sie dort. Nach einem vergeblichen Abtauch-Versuch in Berlin drohte ihr in Wien die Deportation. Sie ging bei der Schauspielerin in die Illegalität. Die Kolleginnen versorgten sie weiter. (YV-6) <sup>104</sup>

Weiter unten haben wir den Rettungen durch Verwandte eine eigene Rubrik gewidmet. Deswegen gestatten Sie uns, an dieser Stelle lediglich auf einige Fälle hinzuweisen, in denen Verwandte beteiligt waren. Ein Kölner Jude musste sein Geschäft aufgeben; es wurde von seiner kathol. Frau weitergeführt. Der sog. „halbjüdische“ Sohn wurde 1942 verhaftet und nach Buchenwald deportiert. Der Jude floh zu Verwandten seiner Frau nach Hirten bei Mayen/Eifel. Dort tauchte er unter, der ländliche Katholizismus schützte ihn. Die Ehefrau blieb in Köln. (267-KÖ) <sup>33</sup> 1944 versteckte eine Bonnerin ihren jüdischen, aus einem Lager geflohenen Mann bis zur Befreiung in ihrem Keller. (129-BO) <sup>86</sup>

In dem schon geschilderten Kölner Fall der Rettung einer Jüdin und ihrer Tochter, der zur Ehrung der beteiligten RetterInnen führte, waren diese miteinander verwandt und konnten sich somit auf eine stabile und verlässliche Beziehung stützen. (A-2) <sup>7, 201</sup>.

Hilfen erfolgten oft, ohne dass sich HelferInnen und Verfolgte vorher kannten. In einigen Fällen erfuhren die RetterInnen erst später von der jüdischen Identität ihrer Schützlinge. Die Fluchthilfen in unserer Region, bei denen die Helfer in der Regel die Flüchtlinge vor den Fluchtaktionen nicht kannten, erhöhen die Fallzahlen. In diesen Fällen ist auffällig, dass während der Hilfen aus Sicherheitsgründen auf ein näheres Kennenlernen bewusst verzichtet wurde. Eine Gastwirtin in Hösel versteckte und versorgte ein auf einem Spaziergang zufällig kennengelerntes christl.-jüd. Ehepaar aus Düsseldorf nach der sog. „September-Aktion“ von September 1944 bis April 1945 in ihrem Hause. (YV-21) <sup>104</sup> Eine christl. verheiratete Kölner Jüdin sollte sich im September 1944 im Lager Fort V melden. Sie wurde gewarnt und berichtete während eines Bombenangriffs in einem Bunker einer ihr unbekanntes Kölnerin von ihren Bedrängnissen. Diese bot ihr spontan ein Versteck an. Die Jüdin nahm das Angebot sofort an und besuchte ihre alte Wohnung nur noch, um Lebensmittel zu sichern. (490-KÖ) <sup>268</sup>

### Dominierende oder besondere RetterInnen-Gruppen

Die Vielzahl der erkundeten RetterInnen mit ihren organisatorischen, beruflichen und gesellschaftlichen Hintergründen bestätigt das u.a. von Frau Kosmala gezeichnete heterogene RetterInnen-Bild. Scheinbare Dominanzen, z.B. bei Geistlichen, sind u.a. durch die gleichzeitige Hilfsstruktur der zumeist christlichen oder freundschaftlichen Netzwerke zu begründen.

Bei der folgenden Aufstellung müssen wir berücksichtigen, dass die benannten RetterInnen-Gruppen in einzelnen Fällen gleichzeitig anzutreffen sind. Insofern übersteigt die Addition der Benennungen die Zahl der Fälle.

- In 26 Fällen gehörten RetterInnen informellen Netzwerken an
- In 26 Fällen gehörten RetterInnen Widerstandsgruppen oder Hilfsorganisationen an
- In 57 Fällen waren RetterInnen Geistliche, z.T. im Rahmen von Netzwerken oder Einrichtungen.
- In 53 Fällen waren Retterinnen alleinstehende oder zeitweise alleinlebende Frauen
- In 14 Fällen waren RetterInnen Unternehmer
- In 62 Fällen waren RetterInnen AusländerInnen in ihren Heimatländern
- In 28 Fällen waren RetterInnen selber Zwangsarbeiter, Häftlinge oder Jüdinnen und Juden.

- In 38 Fällen waren RetterInnen Polizisten oder Beamte, bzw. Amtsträger
- In 12 Fällen waren Retter und Helfer Soldaten
- In 14 Fällen waren RetterInnen NS-Funktionäre
- In 19 Fällen halfen kommerzielle und erkennbar eigennützige RetterInnen
- In 92 Fällen blieben die RetterInnen anonym

Oft wird das Bild des „einsamen Helfers“ bemüht. Dem widerspricht unsere Erfahrung aus den Rettungsfällen, die auch als Hintergrund individueller Rettungsbemühungen oft informelle oder offizielle Netzwerke nachwies. Diese hatten die verschiedensten Herkünfte: ehemalige Schulfreundinnen, christl. Gemeinden, Privatinitiativen, berufliche Gruppierungen usw.. Sie waren für alleine rettende HelferInnen wichtig, da sie Rückhalt, Unterstützung und Vergewisserung ermöglichten. In einem Bonner Netzwerk waren die beteiligten RetterInnen von Berliner und Kölner Verfolgten als Geistliche und Laien im Rahmen der Bekennenden Kirche aktiv. (19-BO)<sup>268, 292</sup> Bei der Rettung einer behinderten Wuppertaler Jüdin waren die RetterInnen über Schulfreundschaften miteinander vertraut. (166-WU)<sup>125</sup> RetterInnen aus Remscheid, Wuppertal, Düsseldorf und Burscheid gehörten in unserer Region zur HelferInnen-Gruppe „Bund-Gemeinschaft für sozialistisches Leben“ eines Essener Initiators. Im August 1943 konnte eine Essener Jüdin im letzten Moment fliehen und verbarg sich, wie auch andere Verfolgte, auf einer Odyssee bei den Mitgliedern des „Bundes“. (YV-5)<sup>104, 125, 204, 223</sup>

Die Möglichkeiten politischer Widerstandsgruppen, sich an der Rettung verfolgter Juden zu beteiligen, waren infolge ihrer eigenen Überwachung und Gefährdung weitaus geringer als die informeller oder christlicher Gruppen. Oft gefährdete die Verfolgung und Verhaftung der rettenden Widerstandsgruppen auch die von diesen Versteckten. Eine Kölner Familie arbeitete im „Nationalkomitee Freies Deutschland“. Sie versteckte ab dem 17.9.1944 eine Jüdin und ihre Tochter. Der christliche Vater unterstützte seine Familie nach seiner Lagerentlassung. Am 24.11.1944 wurden die HelferInnen und die Versteckten verhaftet. Das Helfer-Ehepaar überlebte im Zuchthaus Brauweiler. Der Sohn und die Versteckten wurden verlegt und überlebten. Der am 15.2.1945 inhaftierte Vater starb am 16.4.1945 an den Haftfolgen.<sup>1, 2, 127, 268, 292</sup> Die widerständige, jugendliche Köln-Ehrenfelder Gruppe der „Edelweißpiraten“ versteckte jüdische und sog. „halbjüdische“ Jugendliche sowie eine Kölner Jüdin und ihre Tochter, in einem Keller. Im Oktober 1944 verhaftete die Gestapo die Versteckten und viele Gruppen-Mitglieder. Ein Gruppenmitglied wurde am 10.11.1944 öffentlich gehängt, andere überlebten die Haft oder konnten zu den Alliierten entkommen. Recherchen ergaben weitere RetterInnen, die von Yad Vashem bisher noch nicht geehrt wurden. (YV-12 und 464-KÖ)<sup>87, 104, 143, 201, 202, 230, 268,</sup>

Die Rolle der von den Nationalsozialisten zeitweise geförderten oder geduldeten Hilfswerke wird unterschiedlich eingeschätzt. Durch örtliche Geistliche unterstützt, organisierte von 1937 bis zu seiner Verhaftung 1943 das vom evangel. Geistlichen Grüber aus Stolberg in Berlin gegründete „Büro Grüber“ Ausreisehilfen für Juden und sog. „nichtarische“ Christen. Es sind darüber hinaus auch unmittelbare Hilfen für Juden bekannt. Grüber wurde 1964 als „Gerechter“ geehrt. (YV-8)<sup>94, 104, 127, 271</sup> Wir haben die Wuppertaler, Kölner und Düsseldorfer Helfer des „Büros Grüber“ in gesonderten Ansätzen dokumentiert. (259-KÖ, 260-WU, 262-DD)<sup>94, 104, 271</sup> Eine getaufte ehemalige Kölner Jüdin engagierte sich nach ihrer Flucht ab 1938 in den Niederlanden im Hilfswerk für jüdische Flüchtlinge. Vor den Deutschen versteckte sie sich im Trappistenkloster Berkel-Enschot, wurde dort aber am 2.8.1942 von der Gestapo verschleppt. Am 9.8.1942 wurde sie in Auschwitz ermordet.<sup>173, 192</sup>

Dass bei dem christl. Hintergrund vieler Netzwerke Geistliche beteiligt waren, wundert nicht. Sie arbeiteten in Netzwerken mit oder engagierten sich aktiv im Widerstand. 1938 wurde ein in einer christl.-jüd. Familie lebender Kölner Jude verhaftet und in das KZ Dachau verschleppt. Die Familie floh zur christl. Großmutter nach Rosbach. Ostern 1942 verschärfte sich die Situation. Der Vater versteckte sich, von der Wermelskirchener Schwägerin versorgt, in Köln, Solingen und Remscheid in Bunkern. Mutter und Tochter flohen nach Münster am Stein, in die Eifel und nach Dortmund. Ab Juli/Aug. 1944 wurde die Familie für 7 Monate von einem Pastorenehepaar in Königswinter auf dem Dachboden versteckt. Beim Versuch, im Februar 1945 der Front entgegen zu fliehen, kamen sie bis zu dessen Tode am 24.2.45 in Mehlem bei einem ehemaligen Rosbacher Pfarrer unter. Den 9.3.45 erlebte die Familie in einem Bad-Godesberger Bunker. (80-BO)<sup>1, 273</sup>

Als Rettungsinseln erwiesen sich kirchliche und nichtkonfessionelle Einrichtungen, in denen sich die Verfolgten verstecken konnten. Neben dem evangel. Kinderheim „Godesheim“ in Bad-Godesberg, in dem Kinder mit jüdischem Hintergrund versteckt wurden (A-10)<sup>173, 266</sup> können wir auf das Leonium in Bonn, die ehemalige Kölner und später Aachener Priester-Ausbildungsstätte hinweisen. Dort versteckte ein ehem. jüdischer Priester mit vielen Helfern, seine Mutter. (107-BO)<sup>112, 145</sup>

Bei vielen Rettungsbemühungen spielten alleinstehende oder durch den Kriegsdienst ihrer Männer zeitweilig alleinlebende Retterinnen eine wesentliche Rolle. Studien belegen eine weibliche Disposition zur Hilfsbereitschaft, einen geringeren Verfolgungsdruck als bei Männern und die Situation der weiblichen Zivilbevölkerung mit der Abwesenheit der als Soldaten dienenden Männer. Im Fall eines Kölner Professoren-Ehepaares gab der Godesberger Schüler ein Versteck-Versprechen. Zum Zeitpunkt der Flucht des Ehepaares war er aber Soldat. Seine Frau übernahm ohne Zögern seine Zusage. (A-12)<sup>1, 60</sup> In Kallmuth in der Eifel versteckte eine durch die Einberufung ihres Mannes alleinstehende Mutter von 6 Kindern ihre jüdische Freundin aus Köln. (38-EU)<sup>1, 91</sup>

Einige Unternehmer stellten ihre Möglichkeiten für Rettungen und Unterstützungen zur Verfügung. So half ein Kölner Bankier zwei jüdischen Kölner Familien zur Flucht in die Niederlande, zur dortigen Existenzsicherung und zur weiteren Flucht nach Portugal und Übersee. (YV-20)<sup>104</sup> Ein Bosch-Generaldirektor in Stuttgart gründete die „Jüdische Mittelstelle“, stattete sie mit Geldern aus und kaufte jüdische Gefangene frei. U.a. löste er eine von der Gestapo an der französischen Grenze festgehaltene Kölner Flüchtlingsgruppe aus. (YV-27)<sup>104</sup>

Im Zusammenhang mit den erkundeten Fluchthilfefällen und Überlebensgeschichten in den Fluchtländern ergab sich der hohe Anteil von ausländischen HelferInnen. Diese sind nur in Ausnahmefällen zu recherchieren, so dass sie zumeist in der Anonymität verbleiben müssen. Ein Meckenheimer Jude leistete Fluchthilfe. Sein Bruder wurde in Amsterdam versteckt und arbeitete gleichzeitig dort im Widerstand. (72-KÖ)<sup>19, 20</sup>. Ein Rabbiner aus Euskirchen floh 1939 nach Amsterdam. Er holte seine Familie nach, die ein Permit nach England erhielt. Er selbst überlebte im Versteck bei einer Familie in Alphen a. d. Rijn. (90-EU)<sup>20</sup>

Obwohl selbst bedrängt, fanden Häftlinge und Zwangsarbeiter Möglichkeiten, Mithäftlinge und Freunde zu unterstützen und zu retten. Ein Beispiel dafür bot eine Gruppe von belgischen und holländischen Fremdarbeitern. Diese hatten ein tief gelegenes Versteck unter dem zerbombten bischöflichen Palais in Köln entdeckt und für sich hergerichtet. Sie stellten das Versteck zwei befreundeten verfolgten Kölner Familien zur Verfügung, die so überlebten. (29/31-KÖ)<sup>1, 2, 138, 139</sup> Ein politischer KZ-Häftling aus Siegen arbeitete 1938/1939 als medizinischer Laie im KZ Buchenwald. Sein Ruf als „Arzt“ war so gut, dass er Bewacher behandelte und jüdischen und russischen Gefangenen, die sich im sog. „kleinen Lager“ zu Tode schindeten, helfen konnte. Er schmuggelte Kranke in die Krankenbaracke und operierte sie. Nachts schlich er sich oft in das „kleine Lager“, um u.a. Medikamente gegen Typhus zu verteilen. Im Herbst 1941 weigerte er sich, für jüdische sowjetische Offiziere TBC-Bescheinigungen als Vorwand für deren Ermordung auszustellen. Er wurde in einem Außenkommando „auf der Flucht“, erschossen. (YV-15)<sup>11, 104</sup>

Die Unterstützungen und Rettungsbeiträge durch NS-Funktionäre, Beamte, Träger öffentlicher Ämter, Polizisten und Soldaten erwiesen sich oft als „Rückversicherung“ oder nachträgliche „Legendenbildung“. Es konnten aber auch glaubhafte Hilfen und Rettungen erkundet werden. Die Rettungsbeteiligungen erfolgten aus den unterschiedlichsten Motiven und sehen z.T. nur auf den ersten Blick als Rettungs- oder Hilfsbeiträge aus, so z.B. im Fall des Polizisten in Runderoth, der in der Pogromnacht lediglich einschritt, weil er sich übergangen fühlte. (124-BO)<sup>1, 176</sup> In weiteren Fällen ist die ausbeuterische Gewinnsucht als Motiv zu identifizieren, so bei vielen Fluchthilfen durch NS-Funktionäre in und bei Aachen. (104-GR)<sup>19, 42</sup> Das Motiv der „Rückversicherung“ für ein Versteck wird bei der Rettung durch einen SS-Bauern bei Köln deutlich. (A-14)<sup>91</sup> Die persönliche Nachbarschaft oder Bekanntschaft war in einigen Fällen die Triebfeder, so z.B. im Fall einer durch einen NS-Funktionär geretteten Familie in Nideggen-Schmidt. (39-DÜ)<sup>19, 91</sup>

In einigen Fällen arbeiteten verdeckt u.a. in den Gestapo-Leitstellen oppositionell eingestellte Mitarbeiter, wie z.B. ein Düsseldorfer Gestapo-Mitarbeiter, der jeweils ein Netzwerk warnte (YV-31)<sup>1, 19, 20, 21, 47</sup> oder ein eingeschleuster SS-Mitarbeiter in Köln. (266-KÖ)<sup>156</sup>

Die an Rettungen beteiligten Polizisten waren in den Verfolgungsapparat eingebunden, fühlten sich aber in unseren Fällen Gerechtigkeitswerten verpflichtet. Ein Gangelter Polizist, organisierte Fluchthilfen. (A-5)<sup>147, 163</sup> Ein Godesberger Polizist schützte Versteckte und schlug Anzeigen nieder. (A-12, A-15)<sup>60, 167</sup> Ein Solinger Polizist ließ bis zur eigenen Flucht Inhaftierte frei und fälschte Papiere. (186-BL)<sup>231</sup> Ein Wuppertaler Polizist bewirkte durch eine Urkundenfälschung die Freilassung einer in Theresienstadt inhaftierten Jüdin. (305-WU)<sup>8, 125, 241</sup>

Wir haben einige Fälle erkundet, in denen öffentliche Amtsträger und Beamte Rettungsbeiträge und Hilfen leisteten. Zumeist sind diese Helfer anonymisiert und somit ihre Beiträge kaum nachzuweisen und zu belegen. Wie schwer sich Yad Vashem mit der Beurteilung dieser Rettungsbeiträge tut, bewies die lange Auseinandersetzung um die Ehrung von Herrn Callmeyer. Ähnlich schwierig würde

die Würdigung seines Mitarbeiters Miessen aus Linnich sein, der die eigentlichen rettenden Dokument-Manipulationen zu verantworten hatte. (293-DÜ)<sup>171, 191</sup>

In einigen Fällen nutzen NSDAP-Funktionäre, Beamte oder Inhaber öffentlicher Ämter ihre Informationen und Positionen, um Verfolgten beizustehen. Sie gaben ihre Hilfen nicht immer uneigennützig, stellten in einigen Fällen damit aber das Bild des willfähigen, an seinen Amtseid gebundenen System-Helfers in Frage, der ja „ansonsten nichts hätte machen können“. So vernichtete die Einwohnermeldeamts-Mitarbeiterin Ahrweiler die Akten bedrohter Familien, um diese zu retten. (486-RP)<sup>127</sup>

Da sich dieser Projektabschlussbericht mit den Rettungen verfolgter Jüdinnen und Juden mit Blick auf eine Region befasst, sei die Rettung durch Soldaten nur kurz angerissen. Wolfgang Wette bietet für diese „Retter in Uniform“ die weltanschauliche Prägung und Motivation der Retter als „eingekleidete Zivilisten“ an, die nicht ausschließlich im Wehrmachtsmilieu sozialisiert wurden und ihr Denken und Handeln weniger stark in die bedingungslose Logik von Befehl und Gehorsam stellten. Besonders bei der z.T. gegen die Gestapo gerichteten Unterstützung des Meyer-Netzwerkes in Brüssel durch führende Mitarbeiter der Militärverwaltung wird deutlich, dass der Spielraum für aktives Handeln größer war, als landläufig behauptet. (467-GR)<sup>127, 278</sup> Ein Solinger Retter war für die OG Todt bei Lwow/ Ukraine für den Gleisbau durch Zwangsarbeiter zuständig. Eine Massenerschießung ließ ihn zum Nazi-Gegner und Verfolgten-Helfer werden. Durch überzogene Arbeitskraftanforderungen und Abstellungslisten konnte er jüdische Arbeiter aus umliegenden Ghettos vor der Vernichtung retten. Mit einem Teil der jüdischen Belegschaft floh er vor den Russen zu den Alliierten und diente als Zeuge für die NS-Gräueltaten. (YV-7)<sup>104, 106, 125, 126, 127, 284</sup>

Die Beteiligung militärischer Funktionäre schließt nach den Ehrungskriterien von Yad-Vashem deren Ehrung eigentlich aus, zumal sie anonymisiert nur schwer zu recherchieren und nachzuweisen ist. Die Ehrungen Ahrem (YV-1)<sup>12, 104, 166, 283</sup>, Kohl (YV-13)<sup>104</sup> und Krüll (YV-16)<sup>63, 104, 197</sup> belegen aber, dass die Prüfungskommission bei ihren Bewertungen differenziert bewertet und entscheidet. Die Ehrung eines Majors (YV-25)<sup>104</sup> belegt, dass eine Beteiligung von Wehrmachtsangehörigen in Jerusalem Ehrungen nicht ausschließt. Ob dieses auch für unsere Fälle gilt, ist noch unsicher.

#### Beteiligung von Verwandten an den Rettungen

Eine verwandtschaftliche Hilfe war, zumal für die jüdischen Angehörigen sog. „Mischehen“ und deren sog. „halbjüdischen“ Nachkommen besonders nach der „Septemberaktion“ 1944 für die Zeit der Illegalität wichtig, gab sie doch oft eine Chance, die Möglichkeiten der Verstecke und der Versorgung, weitere Fluchtrouten oder die Beschaffung von falschen Dokumenten zu organisieren. Die Beteiligung an den Rettungen schließt nach den Ehrungs-Kriterien von Yad Vashem eine Ehrung von Verwandten aus. Für die Prüfungskommission in Jerusalem ist es nicht immer einfach, den Verwandtschaftsgrad realistisch einzuschätzen. Aus diesem Grunde haben wir einige gut dokumentierte Rettungsfälle nicht in Ehrungsanträge einmünden lassen, wenn die verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen RetterInnen und Geretteten zu nahe erschienen. Auf den ersten Blick erscheint die verwandtschaftliche Beteiligung an den Rettungsbemühungen „selbstverständlich“. Wir vergessen dabei aber schnell, dass die Verwandtschaftsbeziehungen den Verfolgungsbehörden und der Gestapo zumeist bekannt waren, die betreffenden Familien überwacht werden konnten und ein Hilfsersuchen auch unter dem Gesichtspunkt der eigenen Gefährdung gesehen werden musste. Ein von einer Jüdin geschiedener Kölner verhalf 1939 seiner ehemaligen Frau und dem sog. „halbjüdischen“ Sohn zur Flucht nach London und in die USA. (228-KÖ)<sup>155</sup> Eine in Solingen in einer sog. „Mischehe“ lebende Jüdin soll eine Zeit lang von einer ihrer Töchter in Köln in einem Bunker versteckt worden sein. (264-BL)<sup>125</sup> Die Notlage einer Oberdollendorfer christl.-jüd. Familie machte die Hilfe von örtlichen und regionalen Freunden notwendig. Die Unterstützungen organisierte der spätere Schwiegersohn, ein niederländischer Zwangsarbeiter. Am 11.9.1944 wurde die Familie in das Deportations-Lager Fort V in Köln verschleppt. Der Vater wurde nach Theresienstadt deportiert und überlebte dort. Die Mutter und ihre Tochter flohen am 3.10.1944 aus dem Lager. Sie überlebten ab dem 4.10.1944 in Verstecken in Solingen bei Verwandten und bei Saalfeld. (81-BO)<sup>4, 17, 176, 273, 274, 275</sup>

#### Rettungen und Unterstützungen als jüdische Selbsthilfe

Regional dominieren Hilfen und Selbsthilfen durch Juden als Fluchthilfen und Rettungsaktionen, seien sie verwandtschaftlich, im niederländischen Widerstand, aus kommerziellen Motiven, durch eine jüdische Gemeinde, auf informelle Weise oder durch Kindertransporte belegt. In unserer Region haben wir es mit 3 herausragenden Fällen jüdischer Selbsthilfe zu tun: Ein nach Brüssel geflohener jüdischer Fabrikant aus Aachen organisierte dort gegen viele, auch innerjüdische Widerstände, im Rahmen eines Hilfskomitees ein verflochtenes Unterstützungs- Warn- und Schutzsystem. Er wurde gegen die Gestapo von hohen Militärs unterstützt und arbeitete mit dem belgischen Widerstand zu-



sammen. Seine Aktivitäten reichten bis in die Deportationslager. Vorsichtige Schätzungen sprechen von hunderten geretteten Jüdinnen und Juden. (467-GR)<sup>278</sup> Ein Flammersfelder, in Köln lebender Jude floh in die Niederlande. Dort arbeitete er im Widerstand. Im Lager Westerbork fälschte er u.a. Listen. Am 10./11.1.1944 wurde seine Familie in das KZ Bergen-Belsen deportiert. Er wurde Stellvertreter des korrupten Judenältesten, ab dem 23.12.1944 „Judenältester“ im „Sternlager“ und Verantwortlicher für die interne Lagerverwaltung. Überlebende bezeichnen ihn als „Held in der Brandung des Holocaust“. Er rettete vielen Juden das Leben. Mit einem Transport verließ die Familie am 9.4.1945 Bergen-Belsen mit Ziel Theresienstadt. Der Zug wurde bei Tröbitz am 23.4.1945 von der Roten Armee befreit. Er und die Söhne überlebten. (502-KÖ)<sup>22, 299</sup> Der Direktor des jüdischen Gymnasiums Jawne in Köln plante die Schule nach England zu verlagern. Dieses misslang. Im 1. Halbjahr 1939 gelang es ihm aber in 4 Kindertransporten 120 - 300 SchülerInnen seiner Schule und jüdische Kinder aus der Umgebung nach England in Sicherheit zu bringen. Seine Bemühungen, die Familie zu retten, scheiterten. Mit vielen Kindern und Kölner Juden wurde er mit seiner Familie am 20.7.1942 nach Minsk deportiert und ermordet. (273-KÖ)<sup>33, 61</sup>

### Anzahl der jeweils an den Rettungsaktionen Beteiligten.

Für die Rettungen war die Bereitschaft vieler couragierter Nichtjuden nötig, unter den Bedingungen des Bombenkrieges Verfolgte bei sich zu beherbergen, ihnen Quartiere zu besorgen, sie zu versorgen, falsche Papiere zu beschaffen. Jeder Verfolgte hatte nach den Recherchen von Frau Kosmala 10 und mehr aktive Helfer nötig. Die Analyse der von uns erkundeten Fälle ergab folgendes nur scheinbar abweichende Ergebnis:

- In 274 Fällen waren 1 – 3 Retter oder Unterstützer beteiligt
- In 99 Fällen waren 4 – 9 Retter oder Unterstützer beteiligt
- In 24 Fällen waren 10 – 12 Retter oder Unterstützer beteiligt
- In 8 Fällen waren über 15 Retter und Unterstützer beteiligt
- In 125 Fällen war die Zahl der beteiligten Retter und Unterstützer nicht zu ermitteln

Dass unsere Studie die These von Frau Kosmala auf den ersten Blick nicht bestätigt, liegt an zwei Ursachen: Der hohe Anteil von Fluchthelfern, die zumeist alleine oder zu zweit arbeiteten, verschiebt das Bild zugunsten kleiner Rettergruppen.

Außerdem konnte nicht in jedem Fall, in dem RetterInnen oder RetterInnen-Paare alleine agierten, überprüft werden, ob sie nicht doch Netzwerken oder HelferInnen-Kreisen angehörten. Im Gegenzug arbeiteten, wenn in Rettungs-Fällen größere HelferInnen-Gruppen benannt wurden, deren Mitglieder im Rahmen von Netzwerken zumeist individuell.

### 15 Welche Handlungsoptionen hatten die RetterInnen und HelferInnen ?

Das Bild der Rettungen wird in der Öffentlichkeit zumeist von medial bekannt gewordenen Versteck-Aktionen mit ihren Versorgungsproblemen geprägt. Um es vorwegzunehmen: Diese Form der Rettung als Juden Verfolgter dominierte auch die von uns erkundeten Fälle. Zumeist wurden die Verstecke von vielen Rettungsschritten flankiert, die eine große Breite von Handlungsoptionen widerspiegelt. So konnte z.B. eine Rettung mit der Versorgung in einem sog. „Judenhaus“ beginnen, die Warnung vor der Verhaftung, die Befreiung aus dem Sammellager und die Vermittlung von Verstecken notwendig werden und in den Verstecken die Bemühungen um falsche Identitäten und die Versorgung der Illegalen große Anforderungen an die HelferInnen und RetterInnen stellen.

So vielfach, wie die Motivation der RetterInnen, waren auch die dokumentierten Rettungen:

- Vielfach durchliefen die Illegalen in einer Odyssee viele Verstecke. In diesen Fällen halfen ihnen zumeist soziale, religiöse oder politische Netzwerke
- In einigen Fällen verblieben sie infolge günstiger Bedingungen, oder weil ein Versteckwechsel zu gefährlich gewesen wäre, über einen längeren Zeitraum in einem Versteck.
- Häufig stellte die Versorgung mit Lebensmitteln und Lebensmittelkarten ein gesondertes Problem dar, welches die BeherbergerInnen oft nur mit weiteren HelferInnen lösen konnten.
- Oft versuchten die illegal Lebenden, sich durch eine falsche Identität etwas Bewegungsraum oder ungefährlichere Versteckwechsel zu ermöglichen. Die Beschaffung der falschen Papiere oder im Bombenchaos der „Ersatzpapiere“ stellte eine weitere Gefährdung dar.

### Erkundete Rettungs- und Unterstützungs Optionen

Die Untersuchung der in unserem Projekt erkundeten Rettungsfälle ergab, dass wir es in den meisten Rettungs- und Unterstützungsfällen mit einer Verschränkung unterschiedlicher Rettungsbemü-

hungen zu tun haben, welche die zentrale Funktion der Verstecke flankierten.

- In 301 Fällen wurden die Verfolgten von den RetterInnen versteckt und versorgt.
- In 25 Fällen wurden den Verfolgten Verstecke ohne Versorgung gewährt oder vermittelt.
- In 42 Fällen wurden die Verfolgten vor Verhaftungen oder Deportationen gewarnt
- In 13 Fällen versorgten HelferInnen die Versteckten.
- In 48 Fällen versorgten HelferInnen bedürftige Verfolgte, z.T. in Lagern
- In 39 Fällen befreiten die RetterInnen die Verfolgten aus der Haft oder aus Lagern.
- In 115 Fällen leisteten HelferInnen Fluchthilfen oder ermöglichten das Überleben im Ausland
- In 17 Fällen wurden die Verfolgten illegal beschäftigt.
- In 6 Fällen wurden die Verfolgten illegal medizinisch behandelt
- In 27 Fällen wurden Listen und Dokumente gefälscht
- In 2 Fällen weigerten sich Soldaten, an Erschießungen teilzunehmen
- In 46 Fällen versuchten HelferInnen, Verfolgten durch Proteste oder Aufklärung zu helfen.
- In 89 Fällen leisteten HelferInnen laut Yad-Vashem „nicht lebensrettende“ weitere Hilfen.
- In 22 Fällen blieb die Art der Rettungsbeiträge unbestimmt.

Die absolute Dominanz der Rettungsbeiträge in Form gewährter Verstecke und Versorgungen ist in unserem Untersuchungszusammenhang nicht verwunderlich. Sie entsprachen der klassischen Form der Rettung, bargen für die HelferInnen aber auch die höchsten Belastungen und Risiken. Sie erfolgten z.T. über beachtliche Zeiträume und in Form von Netzwerken, in denen die Illegalen die Verstecke häufig unter Kriegsbedingungen mit Bombenangriffen und mit der ständigen Gefahr der Entdeckung wechseln mussten. So versteckte eine Bornheimer Familie unter dem Tarnnamen „Mühlhäuser“ ab Herbst 1944 einen Kölner Juden und dessen christl. Frau, die ab Sommer 1944 bei Kölner Bekannten versteckt waren, sowie deren verheiratete sog. „halbjüdische“ Tochter mit ihrem christl. Ehemann und zeitweise die christl. Schwägerin aus Köln. (345-BO) <sup>58</sup> Ein Kölner Fabrikanten-Chauffeur versteckte ein christl.-jüd. Ehepaar im Kölner Haus seines abwesenden Arbeitgebers. Er versorgte sie mit Hilfe einer niederländischen Hausangestellten. Der Fabrikanten-Sohn kam als Soldat auf Urlaub, stimmte der „Einquartierung“ zu und informierte seine 1943/44 in die Eifel und später in das Sauerland ausgewichenen Eltern, die ebenfalls zustimmten. (434-KÖ) <sup>268</sup>

Mitglieder von Netzwerken, die keine eigenen Verstecke zur Verfügung stellen konnten, aber Verstecke vermittelten, machten das Untertauchen der oft überraschten und hilflosen Verfolgten in vielen Fällen erst möglich. In vielen Fällen waren die Vermittlungen wichtig. Ein Wuppertaler Quäker-Ehepaar vermittelte der geflüchteten Wuppertaler Familie Verstecke bei Quäkern (A-4) <sup>8, 134</sup>. In Köln vermittelte ein Helfer einem Düsseldorfer Juden erste Verstecke (A-16) <sup>1, 91, 268</sup> Ein Bonner Helfer organisierte ein Versteck für eine geflüchtete Jüdin in Alfter (A-17) <sup>1, 2, 3, 8, 9, 292</sup>

Möglich wurden diese Versteckaktionen oft erst durch Warnungen vor drohenden Verhaftungen, bei denen oft Polizisten beteiligt waren und bei denen Mitglieder von Widerstandsgruppen, wie im Fall der Rettergruppe Emonds an entscheidender Stelle als „U-Boot“ fungierten. (YV-31 s.o.) Durch die Warnung eines Königswinterer Polizisten konnte eine mit einem Christen verheiratete Königswinterer Jüdin im September 1944 bei anonymen RetterInnen im Siebengebirge, in Hessen und in Mehlem untertauchen. (516-BO) <sup>150</sup>

Bei Verstecken, in denen die RetterInnen die Versorgung nicht sicherstellen konnten, wie im Falle der Benelux-Zwangsarbeiter, welche ihr erkundetes Kölner Trümmer-Kellerversteck zwei Familien zur Verfügung stellten, (A-29/31 siehe Kapitel 14) traten HelferInnen in Aktion, welche sich auf die Versorgung mittelloser Versteckter konzentrierten. Helfer aus Hürth-Efferen versteckten im Herbst 1944 ein benachbarte sog. „Mischehen“-Paar in einem Trümmerversteck in Köln und versorgte die Untergetauchten dort bis zum Kriegsende. Die Versorgung soll über einen anonymen Kurier erfolgt sein. (465-KÖ) <sup>268</sup>

Die solidarische, z.T. nachbarschaftliche Versorgung von durch die Verfolgung verarmten Jüdinnen und Juden erfolgte oft bis in deren erzwungene Lagerzeit hinein. Ein Remscheider Ehepaar versorgte und betreute ein jüdisches Remscheider Geschwisterpaar sowie deren Mutter im Deportationslager Fort V in Köln. Der Plan eines Verstecks scheiterte. Die Frauen wurden nach Lodz deportiert. Dort wurden sie weiter vom Helfer-Ehepaar unterstützt bis sie in Chelmno ermordet wurden (185-BL).<sup>41</sup> Ein später deportiertes jüdisches Ehepaar aus Gey-Lendersdorf wurde noch im Deportationslager von Nachbarn mit Brot versorgt. (84-DÜ) <sup>196</sup>

In vielen Fällen konnten die HelferInnen unter z.T. abenteuerlichen Bedingungen die von ihnen Betreuten aus Lagern und Gefängnissen befreien und ihnen das Untertauchen ermöglichen. Eine

Troisdorfer „Mischehen“-Familie wurde im September 1944 im Lager Fort V in Köln interniert. Der sog. „halbjüdischen“ Tochter gelang die Flucht und sie bat eine Familie in Lohmar um Hilfe. Deren attraktive 18jährige Tochter nutzte eine Versorgung der Inhaftierten spontan, um „ihre arische Eltern abzuholen“. Die Befreiten brachte sie in ihr Elternhaus. Der Vater stand unter Beobachtung, so dass ein Fronturlaub die Versteckten gefährdete und zum Versteck-Wechsel zu einem befreundeten Landwirt-Ehepaar in Lohmar zwang (YV-18).<sup>91, 104, 179</sup> Eine Beschreibung der Rettungsaktion eines Kleinkindes durch Frau Stier im Lager Fort V in Köln finden Sie im Abschnitt 10. (A-9)<sup>91, 92, 226, 292</sup>

Wir sind schon unter früher auf die in unserer Region geleisteten Fluchthilfen und Überlebenshilfen im Ausland eingegangen. Wir konnten nur einen Bruchteil der realen Fluchtbewegungen erkunden. Trotzdem können wir an diesen Fällen die grenznahen ideellen und kommerziellen Fluchthilfen nachzeichnen. Die zunehmend existenzgefährdende NS-Ausraubungspraxis machte diese Hilfen schon früh bei „illegalen“ Fluchten notwendig. Ein Landwirt im deutschen Kalterherberg heiratete eine Landwirtin im belgischen Teil der Gemeinde. Das Ehepaar zog auf den Erbhof der Frau auf belgischem Gebiet. Der Landwirt war als Nazigegner und Katholik bemüht, ab 1938 Verfolgte zu retten. Er holte Flüchtlinge in Frankfurt ab, brachte sie zu seinen Eltern und über die Grenze zu seinem Hof sowie nach Sourbrodt in Belgien. Dort wurden die Flüchtlinge von belgischen Fluchthelfern übernommen. Seine Frau versorgte die Flüchtlinge, oft half sein jüngerer Bruder. Am 10.5.1940, am Tag des deutschen Überfalls auf Belgien, wurde der Fluchthelfer verhaftet. Ihm konnte aber nichts nachgewiesen werden. Später half er flüchtigen Kriegsgefangenen. 1979 wurde er in Belgien geehrt. (41-GR)<sup>147</sup> Ein Nachbar der Kölner Synagoge wurde von jüdischen Kunden, für ca. 10-12 Glaubensgenossen um Fluchthilfe gebeten. Nach einer Woche konnte er die Gruppe im Raum Hellenthal nach Belgien schleusen. (33-KÖ)<sup>184</sup>

Illegale Beschäftigungen von Juden, z.T. in vorgeblich „kriegswichtigen“ Produktionen, in Zwangsarbeiterlagern und Arbeitskolonnen waren gerade in Osteuropa im Umfeld der Ghettos oft lebensretend, wurden aber auch im Reichsgebiet in kleinerem Maßstab praktiziert. Ein Wuppertaler rettete als Kommandant eines Zwangsarbeiterlagers Ghetto-Insassen in Nemirow/Ukraine. Er warnte und versteckte Juden bei Razzien. Er brachte bedrohte Juden in das Ghetto Djurin in Transnistrien, eine von Rumänien besetzte Region zwischen den Flüssen Dnjestr und Bug. Bis zu seiner Versetzung 1943 versorgte er seine Schützlinge und diente als Kurier und Geldbote zwischen jüdischen Gemeinden und Ghettoinsassen. (YV-1)<sup>12, 104, 166, 283</sup> Ein Wuppertaler Lackfabrikant rettete und unterstützte über 30 verfolgte Juden, „Halbjuden“, politische Widerständler und verbotene Künstler indem er ihre Tätigkeit als „kriegswichtig“ deklarierte. Er konnte so deren Deportation verhindern. Einen Systemkritiker schützte er, indem er ihn durch seinen Werksarzt für „unzurechnungsfähig“ erklären ließ. Ein trotz des Schutz-Systems in die Zwangsarbeit deportierter Jude konnte Anfang 1945 aus dem Lager fliehen und versteckte sich bei einem Pfarrer in Essen (312-WU).<sup>1, 8, 125</sup>

Zu für die RetterInnen risikoreichen Hilfen gehörten Krankenbehandlungen jüdischer Patienten. Ein Kölner Amtsarzt verweigerte aus religiösen und ethischen Motiven die Mitarbeit im „Erbbiologie- und Rassenhygieneprogramm“ und wurde entlassen. Als Arzt behandelte er trotz Verbot jüdische Patienten, versteckte und verpflegte flüchtige Juden, vermittelte Verstecke und besorgte falsche Papiere. (485-KÖ)<sup>54, 70, 97, 124, 226, 238</sup> Als Chefchirurg zweier Krankenhäuser in Gelsenkirchen-Horst und Gelsenkirchen-Rotthausen behandelte ein Arzt aus Olpe und seine HelferInnen entgegen ihres Befehls nach Bombenangriffen auf das benachbarte Außenlager des KZ-Buchenwald, schwer verletzte jüdische Lagerinsassinnen. Er konnte ca. 20 jüdischen Lagerinsassinnen vor der Deportation in weitere Lager verstecken und retten. (YV-4).<sup>89, 104, 127</sup>

In vielen Rettungsgeschichten werden Fälschungen von Dokumenten nicht besonders betont. In einer Geschichte werden diese Rettungs-Beiträge aber besonders offenbar: Ein Wuppertaler Polizeinspektor fälschte die Abstammungsnachweise für eine in Theresienstadt inhaftierte Jüdin. Ihr sog. „halbjüdischer“ Sohn durfte daraufhin heiraten und sie kam durch die Bemühungen ihres Sohnes und des Polizisten am 16.5.1944 aus dem Ghetto Theresienstadt frei. Mit Ausnahme des IRK-Transportes ist dieses der einzige uns bekannte Fall der vorzeitigen Befreiung aus dem KZ Theresienstadt. (305-WU)<sup>8, 125, 241</sup> Zwei sog. „halbjüdische“ Kinder der Jüdin überlebten aufgrund gefälschter Eintragungen unter falscher Identität im Godesheim in Bad-Godesberg. (A-9)<sup>1, 8, 9, 102, 132, 133, 173, 266</sup>

Die erkundeten Befehlsverweigerungen von widerständigen Soldaten belegen, dass die Rechtfertigungsthese „Wir konnten uns dem Befehl nicht entziehen und wären bei einer Weigerung selber erschossen worden“, wie von Wette belegt, nicht stimmt und auch Soldaten diese Handlungsoption erkannten und ergriffen. Ein Soldat von der Mosel verweigerte 1942 in Woronesch an der Ostfront

aus christlicher Überzeugung den Befehl, einen Juden zu erschießen. Diese Verweigerung zog keine unmittelbaren Sanktionen nach sich. Erst später geriet er wegen einer Denunziation einer „defätistischen Äußerung“ in die Mühle von Kriegsgerichtsprozessen, Gefängnissen und Strafbatallionen. Er erlitt schwere Verwundungen. (141-RP)<sup>127, 183, 253, 289</sup> Ein Wuppertaler Oberleutnant erhielt im Oktober 1941 den Befehl, die jüdische Bevölkerung seines Kommandobereiches in ihren Quartieren in Weißrussland zu erschießen. Er lehnte die Befolgung des Befehls folgenlos ab. (334-WU)<sup>8, 125, 283</sup>

Proteste und Aufklärungsversuche waren als Unterstützung für die Systemgegner nicht ungefährlich, wie einige Fälle belegen. Ein Wuppertaler Schriftsteller protestierte in einem offenen Schreiben an Hitler gegen die Verfolgung der Juden. Er wurde inhaftiert und gefoltert, bevor er nach seiner Entlassung nach Italien fliehen konnte. (YV-28)<sup>104, 127, 148</sup> Ein in Düsseldorf geborener Direktor eines Werkes bei Breslau, erfuhr 1942 von den NS-Vernichtungsplänen. Ab 1939 begann er auf seinen Geschäftsreisen nach Zürich jüdische Organisationen, die Schweiz und Geheimdienste der Alliierten über Verfolgungen zu informieren. 1942 erfuhr er über einen Mitarbeiter, der am 17.7.1942 an einem Treffen mit Himmler teilnahm, von der beabsichtigten „Endlösung“. Im Juli 1942 informierte er den Vertreter des Jüdischen Weltkongresses in der Schweiz über den Beginn der systematischen Vernichtung der Juden. Dieser leitete die Nachricht an die Alliierten weiter, wo sie auf Unglauben (und auf uninteressierte, antisemitische Beamte) stieß. Erst im Dezember 1942 veröffentlichten die Alliierten eine Erklärung gegen die deutsche Judenvernichtung. Im Dezember 1943 blieb der Direktor nach Warnungen in Zürich. (YV-22)<sup>71, 104, 127</sup>

1942 erlebte ein Soldat an der Ostfront Massenerschießungen und desertierte zu den Partisanen. 1943 fuhr er illegal nach Genf, um das Rote Kreuz über die NS-Verbrechen aufzuklären. In Freiburg wurde er verhaftet, zum Tode verurteilt aber zu 15 Jahre Zuchthaus „begnadigt“. Nach der Lagerhaft in Börgermoor und Torgau kam er zur „Bewährungstruppe 500“ und in russische Gefangenschaft. Im Dezember 1946 kehrte er zurück und zog 1954 nach Aachen. (239-GR)<sup>207</sup>

Die Grenzen zwischen den „lebensrettenden“ und „nicht lebensrettenden“ (Formulierung Yad Vashem) Hilfen sind fließend. In vielen Fällen wurden die Rettungen von diesen Hilfen flankiert oder erst möglich gemacht. Eine jüdische Kölner Familie wurde im Winter 1942 nach Theresienstadt deportiert. Ein Kölner Helferkreis half ihnen bis zu ihrer Deportation. (35-KÖ)<sup>1, 91</sup> Eine sog. „Halbjüdin“ aus Aachen arbeitete bei den IG Farben und sang im Chor des Stadttheaters Aachen. Der jüdische Vater nahm sich 1943 das Leben. Im Chor und im sozialen Umfeld des Stadttheaters erfuhr sie trotz einer Denunziation eine stille Solidarität. (51-GR)<sup>147</sup> Eine Familie in Kommern unterstützte, u.a. in der Pogromnacht 1938, jüdische Nachbarn. (85-EU)<sup>20</sup>

### Regionen und Länder, in denen die Rettungen stattfanden

In unsere Untersuchungen müssen wir auch die Beteiligungen von RetterInnen mit Regionalbezug an Rettungen außerhalb der Region und die Rettungsbemühungen von Verfolgten mit Regionalbezug außerhalb der Region und im Ausland einbeziehen. Diese nehmen in Folge der Grenzlage der untersuchten Region einen großen Raum ein. Dass sich diese Recherchen als schwierig oder oft als unmöglich herausstellten, liegt auf der Hand. Anhand dieses Kriteriums wollen wir auch untersuchen, in welchem Maße die als Juden Verfolgten gezwungen waren, aus ihrem Heimatort oder ihrer Heimatregion in fremde Orte, Regionen oder Länder zu fliehen um dort Anonymität und Schutz zu finden. Anhand einiger Fälle wollen wir nachzeichnen, inwieweit die damit verbundenen Risiken zur Gefährdung wurden und somit in das Gegenteil des Angestrebten umschlugen.

Eine Auswertung von 530 Fällen ergibt folgendes Bild:

- In 119 Fällen wurden Verfolgte aus der Region am Heimatort gerettet oder unterstützt.
- In 145 Fällen wurden Verfolgte aus der Region in der Region gerettet.
- In 53 Fällen war die Region Zufluchts- oder Durchreise-Region für auswärtige Verfolgte
- In 46 Fällen wurden Verfolgte aus der Region in der Region und außerhalb gerettet
- In 102 Fällen wurden Verfolgte aus der Region ausschließlich außerhalb gerettet
- In 47 Fällen retteten RetterInnen aus der Region Verfolgte außerhalb der Region
- In 27 Fällen waren die Rettungsregionen nicht eindeutig feststellbar

Die durch die erkundeten Fälle scheinbar belegte „Bodenständigkeit“ der rheinischen Jüdinnen und Juden weist auf die Wichtigkeit sozialer Netzwerke hin, war aber nur im Rahmen rheinischer Großstädte zu realisieren. Nur in diesen war es möglich, am Heimatort, wenn auch zumeist in anderen Stadtteilen unterzutauchen. Mit dem Tod der „arischen“ Frau 1935 entfiel für einen ehemaligen Juden aus Köln der „Mischehen-Schutz“. Er wurde drangsaliert und bedroht. Er beschloss, unterzutauchen und sprach eine Kölner Unternehmer-Familie an, die er Mitte der 20er-Jahre kennenlernte und

gut einschätzen konnte. Alle Familienmitglieder wurden eingeweiht und trugen die Entscheidung mit, den Verfolgten und weitere verfolgte Juden in einem unterirdisch mit dem Wohnhaus und dem Werk verbundenen Luftschutzbunker zu verstecken. Der Unternehmer war seit 1933 NSDAP-Mitglied, lehnte aber als Katholik, wie auch sein Sohn, den Nationalsozialismus zunehmend ab. Nach der Befreiung am 6.3.1945 unterstützten vom Unternehmer geschützte Zwangsarbeiter und die von ihm Versteckten diesen bei der Entnazifizierung. (544-KÖ)<sup>206</sup> Ein Bad-Godesberger Arzt schützte einen in einer sog. „Mischehe“ lebenden ehemals jüdischen Arzt-Kollegen bis September 1944 durch Atteste vor der Deportation. Eine Landratssekretärin warnte einen Polizisten 1944 vor einer weiteren Deportation. Dieser beschaffte mit Hilfe des Arztes in dessen Nachbarhaus in Bad-Godesberg auf dem Dachboden bei zwei Schwestern ein Versteck. Dort versorgte er den Illegalen, unterstützt durch seine Frau, den Polizisten und eine Haushilfe. (A-15)<sup>167</sup>

Verstecke in anderen Stadtteilen und im regionalen Umfeld minderten die Gefahr, in der Nachbarschaft entdeckt zu werden und gaben älteren Verfolgten ein Restgefühl regionaler Vertrautheit. Schon im Sommer 1944 flohen ein Kölner Jude und seine christl. Ehefrau in die Illegalität. Während die Frau dauerhaft bei Freunden in Bergheim unterkam, musste der Jude oft das Versteck wechseln. Zeitweise versteckte er sich bei Freunden in Bedburg, zeitweise in Köln. Häufig wurde er von einem Freund in einem Kindergarten versteckt und bei Versteckwechseln unterstützt. Ausgebombt konnte dieser und seine Frau den Flüchtigen selber nicht verstecken. (340-KÖ)<sup>1, 127, 248</sup> Ein Bergheimer Handwerker- und Wirt-Ehepaar gab einer sog. Kölner „Mischehen-Familie“ und einer jüdischen Frau, deren jüdischer Mann 1936 geflohen war sowie deren Tochter ab 1943 wiederholt Schutz. Nach dem Selbstmord der jüdischen Ehefrau am 23.2.1944 versteckten sie deren christl. Ehemann und den 17-jährigen sog. „halbjüdischen“ Sohn sowie die Jüdin und ihre Tochter ab 1943 in einer Obergeschosskammer und bei Gefahr in einem Nebengebäude hinter Kartoffeln. Der Bergheimer Bürgermeister soll die Retter bei Gefahr gewarnt haben. (A-23)<sup>200</sup>

Die Region Mittelrhein wurde zur Durchreiseregion für ins Ausland flüchtende auswärtige Jüdinnen und Juden und zur Zufluchtsregion. Eine Berliner „nichtarische Christin“ floh im März 1943 vor einer Verhaftung in ein Nachbarhaus zu einem Lebensmittelhändler. Sie floh nach Köln und bat dort die Familie einer Bekannten um Schutz und Versorgung. Vor Weihnachten 1943 fuhr sie zurück und versteckte sich mit ihrem Mann in einer Jagdhütte in Neuglobsow/Steclinsee. Die Tochter versorgte dort ihre Eltern. (15-KÖ)<sup>1, 292</sup> Ein Bonner Fabrikant versteckte und beschäftigte ab dem 18.7.1943 einen in Köln geborenen in Berlin lebenden Juden oder sog. „Halbjuden“ unter dem falschen Namen „Gebhardt“ in seiner Wohnung und Fabrik bis zur Befreiung am 18.3.1945. Den Kontakt vermittelte ein Gärtner aus Wesseling-Urfeld. (429-BO)<sup>268</sup>

Die erkundeten Fälle weisen z.T. weiträumige Odysseen auf. Die Wechsel zwischen heimatlichen und auswärtigen Rettungsstationen belegt die den Verfolgten abgeforderte Mobilität mit ihren Gefahren. Die Gefährdung betraf die Schutzsuchenden in den Schutzregionen und kriegs- und verfolgungsbedingt auf den erzwungenen Gängen und Fahrten. Nicht alle Flüchtigen konnten sich auf falsche Papiere und Identitäten stützen. Die erhoffte Anonymität in den gesuchten Rettungsorten und -regionen wurde sehr oft in das Gegenteil der Auffälligkeits-Gefahr verkehrt, welches die Abhängigkeit von den HelferInnen und die Notwendigkeit der Geheimhaltung natürlich erhöhte. Ein ehemals jüdisches Ehepaar und ihr Sohn aus Bonn mussten im November 1944 untertauchen. Die Eltern versteckten sich in Mehlem und im Schwarzwald. Für den Sohn begann eine gefährliche Odyssee über Verstecke in Bonn, Mehlem, auf einem Rhein-Schiff, in Hagen, Mechernich, Berlin und im Schwarzwald. (5-BO)<sup>1, 2, 173</sup> Im September 1944 floh eine in einer sog. „Mischehe“ lebende Bonner Jüdin vor der „September-Aktion“ für 4 Wochen zu einem Ehepaar in Lohmar-Heide. Sie wurde von ihrem Mann und dessen Kollegen versorgt. Auf der weiteren Flucht zu einer Schwägerin in Hammersbach/Bayern fand sie für einige Tage ein Versteck bei einem Bonner Ehepaar. (A-22)<sup>9</sup>

Die Auffälligkeitsgefahr galt im hohen Maße für die Rettungen im Ausland. Die Schwierigkeiten der Flüchtlinge, unter den Bedingungen der deutschen Besatzung in der Illegalität zu überleben, sind kaum nachzuvollziehen. In den Fällen der Illegalitäten im Ausland haben wir auch die meisten Fälle zu verzeichnen, in denen die Familien oder einige ihrer Angehörigen gefasst, deportiert und ermordet wurde. Die Familie eines Solinger Juden emigrierte 1933 nach Frankreich. Am 10.10.1941 wurde der Vater verhaftet, konnte aber im August 1942 aus der Haft im Internierungslager Merigniac fliehen und bis August 1944 mit seiner Familie in Haute/Loire untertauchen. (176-BL)<sup>169</sup> Eine Solinger Jüdin lebte in Düsseldorf in einer sog. „Mischehe“. Ein Versuch, 1943 in die Schweiz zu fliehen, misslang. Im September 1944 wurde sie verhaftet und in Zwangsarbeiterlager-KZ's bei Weimar verschleppt. Im Januar 1945 floh sie mit Hilfe ihres Mannes aus einem Deportationszug nach Theresienstadt und

tauchte bei Bekannten in der Nähe von Zeitz und gegen Bezahlung bei einem SA-Obersturmbannführer in Weimar unter. Ihre Kinder wurden zur nichtjüdischen Frau eines Onkels nach Schwenke geschickt und überlebten dort. (94-BL) <sup>169</sup>

Erwähnt werden sollen auch die Fälle, in denen RetterInnen aus der Region außerhalb der Region retteten und unterstützten.

Ein weltbekanntes, 1995 geehrtes Zirkusdirektor-Ehepaar aus Stolberg nahm während einer Tournee 1941 in Darmstadt eine „halbjüdische“ Artistin aus einer jüdischen Zirkusdynastie unter falschem Namen in ihrem Zirkus auf, ließ sie getarnt auftreten und versteckte sie, wenn Razzien anstanden. Sie heiratete einen Clown und bekam im Versteck ein Kind. Ihre Mutter und ihre Schwester flohen Ende 1942 auch in den sicheren Zirkus. (YV-2) <sup>104, 212, 259, 291</sup> Ein Burscheider Gerbereibesitzer leitete 1941 in Lwow eine Fabrik mit Zwangsarbeitern, darunter 40 Juden aus dem Ghetto. Nach einigen Monaten Ausbeutung wurden diese jeweils ersetzt und in das Vernichtungslager Belzec deportiert. Er versuchte das Schicksal der jüdischen Arbeiter zu erleichtern. Wenn „seine“ Juden deportiert werden sollten, erreichte er oft durch Bestechung Aufschübe. Im Frühjahr 1943 sollte er alle jüdischen Arbeiter ausliefern. Er riet ihnen aber, sich zu verstecken und erreichte einen Aufschub bis zum 1.6.1943. Das Ghetto wurde an diesem Tage „aufgelöst“. Eine Jüdin entging der Ermordung weil sie mit seiner Hilfe ihre Mutter in das Ghetto-Krankenhaus gebracht hatte. (YV-13) <sup>104, 127</sup>

## **16 Welches Risiko gingen RetterInnen und Verfolgte ein?**

„Stille Helden“, die sich über Kontaktverbote und Hilfsverbote für verfolgte Juden hinwegsetzten, wurden bei einer „Enttarnung“ eines „heimtückischen Angriffs auf die Volksgemeinschaft“ und den NS-Staat beschuldigt, verfolgt und bestraft. <sup>327</sup> Da ein eindeutiges Verbot der Unterstützung verfolgter Juden im deutschen Strafrecht nicht existierte, benannte man derartige „Delikte“ zumeist als „Rassenschande“, „Urkundenfälschung“, „Devisenvergehen“, „Verstöße gegen die Kriegswirtschaftsverordnung“, „illegalen Grenzverkehr“ oder „Rundfunkvergehen“. Gestapo und SD waren bemüht, die „Vernichtung des Volksfeindes“ selbst in der Hand zu behalten, d.h. die Beherbergung von Juden und Hilfeleistungen, die nicht eindeutig justitiabel waren, ohne Gerichtsverfahren zu verfolgen. Die Kriminalisierung der Kontakte zu Juden erfolgte per Runderlass vom 24.10.1941. Dort heißt es:

„Wie hier ... wiederholt bekannt geworden ist, unterhalten deutschblütige Personen nach wie vor freundschaftliche Beziehungen zu Juden und zeigen sich mit diesen in auffälliger Weise in der Öffentlichkeit. Da die betreffenden Deutschblütigen auch heute noch den elementarsten Grundbegriffen des Nationalsozialismus verständnislos gegenüber zu stehen scheinen und ihr Verhalten als Missachtung der staatlichen Maßnahmen anzusehen ist, wird angeordnet, dass der deutschblütige Teil aus erzieherischen Gründen ... in Schutzhaft zu nehmen bzw. in schwerwiegenden Fällen bis zur Dauer von drei Monaten in ein Konzentrationslager Stufe I einzuweisen ist.“ Der „jüdische Teil“ - so der Text – „war in jedem Falle in ein Konzentrationslager zu verbringen“. <sup>326</sup>

Oft machte die Gestapo ernst mit der Verfolgung der sog. „Judenbegünstigung“. Die Untersuchung erkundeter missglückter Hilfeleistungen belegt, dass das Risiko für die HelferInnen und RetterInnen nicht kalkulierbar war. Die Folgen konnten sein: Erschießung, Konzentrationslager, Gefängnis, Zuchthaus, Haft im Gestapo-Gefängnis, oder auch „nur“ Verwarnungen, Einschüchterungen oder Geldbußen. Die allmächtige Gestapo wurde zwar als Mythos entlarvt, Fakt bleibt aber, dass die Bevölkerung einer Kontrolle der Millionen Funktionäre unterlag und Denunziationen immer drohten. Anzeigen bei der Gestapo dienten dem System zur Stabilisierung und Formierung der Volksgemeinschaft. Sie boten dem Einzelnen die Möglichkeit, selber an der Machtausübung beteiligt zu sein. Der Mythos „Volksgemeinschaft“ bedurfte der Beteiligung, u.a. durch Denunziation. <sup>330</sup> Nicht nur die Angst vor dem KZ, auch die Scham, an den Pranger gestellt und außerhalb der „Volksgemeinschaft“ sozial isoliert zu werden, ließ Hilfen als Risiko erscheinen. Das subjektive Gefühl der Angst in einer Atmosphäre totaler Rechtsunsicherheit ist bei der Einschätzung der Handlungsmöglichkeiten des Einzelnen nicht zu unterschätzen.

Im Folgenden werden wir uns z.T. auf schon in anderen Abschnitten skizzierte Fälle stützen und versuchen anhand der Verhaftungsschicksale nachzuzeichnen, welches unkalkulierbare Risiko die RetterInnen und HelferInnen auf sich nahmen.

Schon bei Hilfeleistungen oder Protesten verhängte man in einigen Fällen drakonische Strafen, die in einigen Fällen für die Helfer den Tod zur Folge hatten. In anderen Fällen beließ man es lediglich bei „Ermahnungen“. Des weiteren haben wir es in der grenznahen Projektregion mit ihren intensiven Fluchtbewegungen zwangsläufig mit einer großen Fallzahl zu tun, in denen die Rettungsbemühungen in den Fluchtländern scheiterten, weil der Kriegsverlauf und die Verfolgung die Flüchtigen einhol-

te. In den meisten dieser Fälle sind einzelne Familienmitglieder ins Ausland geflüchteter Familien betroffen.

Nur in einigen Fällen wird in den Berichten konkret von Verrat und Denunziation gesprochen. In den meisten Fällen blieben die Gründe für die Enttarnung und Verhaftung vage und unbestimmt.

#### Konsequenzen bei gescheiterten Flucht- und Rettungsversuchen

- In 64 Fällen scheiterten Rettungsversuche generell oder partiell, Verfolgte wurden z.T. ermordet.
- In 36 Fällen wurden Verfolgte im Ausland gefasst.
- In 21 Fällen wurden Verfolgte im Reichsgebiet gefasst.
- In mindestens 5 Fällen scheiterten Fluchtversuche
- In 2 Fällen begingen die Verfolgten Selbstmord.

Viele ins westliche Ausland geflüchtete Verfolgte wurden durch die deutschen Truppen eingeholt und ihren Verfolgern ausgeliefert. Zumeist konnten Teile der flüchtenden Familien im ausländischen Untergrund überleben während Familienmitglieder der Vernichtung zum Opfer fielen. Ein jüdisches Ehepaar aus Euskirchen floh 1939 nach Belgien zu Freunden. Ihre freiwillige Registrierung brachte dem Mann eine Lagerhaft in Südfrankreich ein. Dort floh er, wurde aber in Brüssel wieder gefasst und in das Lager Mecheln verschleppt. Eine Flucht aus dem Deportationszug misslang. Er kam in Auschwitz um. Seine Frau überlebte illegal als „Jeanne Dupont“ bei Freunden in Brüssel. (135-EU) <sup>20</sup>

Auch im „Reichsgebiet“ scheiterten Rettungsaktionen mit für die Verfolgten verhängnisvollen Folgen. Ein Kölner Jude legte am 17./18.9.1941 in Köln das Attest eines Düsseldorfer Arztes vor, um Köln für eine Behandlung verlassen zu können. Seitdem hielt er sich in der Wohnung eines Kunsthändler-ehepaars in Düsseldorf versteckt. Am 20.11.1941 wurde er bei einer Durchsuchung der Wohnung des verreisten Ehepaars (Verdacht „Ehefrau sei Jüdin?“) verhaftet. 1942 wurde er nach Sachsenhausen deportiert und am 22.11.1942 nach Auschwitz. Er starb dort am 24.12.1942. Das Ehepaar und die Tochter mussten selber untertauchen, u.a. in Hilden. (161-DD) <sup>1, 203</sup>

Wenn Fluchtversuche scheiterten, fielen die Flüchtlinge ihren Verfolgern automatisch in die Hände und wurden zumeist in den erkundeten Fällen ermordet. Eine Jüdin aus Wassenberg arbeitete in Solingen. Ihre Flucht in die Niederlande scheiterte. Sie wurde nach Bergen-Belsen deportiert und starb dort im Winter 1944/45. (192-BL) <sup>169</sup>

In einigen Fällen hielten die Verfolgten den Druck nicht mehr aus und begingen Selbstmord. Ein Kölner Ehepaar versteckte einen Wuppertaler Juden und seine Tochter. Die Beherberger erhielten anonyme Briefe. Vater und Tochter gaben daraufhin Ende 1944 das Versteck auf und begingen in einem Kölner Park Selbstmord. (326-WU) <sup>125</sup>

#### Schicksal gefasster RetterInnen und HelferInnen

- In 39 Fällen wurden HelferInnen und RetterInnen gefasst, verurteilt, z.T. ermordet.
- In 17 Fällen starben HelferInnen und RetterInnen, u.a. durch Bomben und Unfälle

In einigen Fällen wurden HelferInnen und RetterInnen verhaftet, verwarnt, verhört, mussten fliehen, wurden misshandelt, inhaftiert und starben z.T. durch Hinrichtungen oder Misshandlungsfolgen:

In vielen Fällen mussten RetterInnen, HelferInnen u. Protestierende einen hohen Preis bezahlen. Die Fälle belegen, dass die zu befürchtende Strafen nicht zu kalkulieren waren. In einigen Fällen wurden HelferInnen und RetterInnen mit Kampagnen überzogen, angeprangert, verhaftet, verwarnt, verhört, mussten fliehen, wurden misshandelt, inhaftiert und starben z.T. durch Hinrichtungen oder Misshandlungsfolgen. In der Verfolgung der sog. „Judenhilfe“ herrschte absolute Willkür. Eine Bäcker-Familie in Mechernich galt als „Judenknechte“, da sie jüdischen Nachbarn heimlich halfen. Eine Hetzkampagne im „Stürmer“ schürte Hass. In der Pogromnacht 1938 versteckten sie 2 jüdische Ehepaare. Das Geschäft wurde verwüstet und der Vater misshandelt. Seine Anzeige steigerte die Schikanen. Eine Denunziation „Abhören von Feindsendern“ führte zur Verhaftung des Vaters am 3.9.1944 und zur Verschleppung in das Kölner Zuchthaus Klingelpütz und das KZ-Außenlager Buchenwald im Messegelände Köln. Dort wurde er verhört, gefoltert und misshandelt. Er starb an den Misshandlungen am 4.10.1944. Seine Angehörige mussten gegen Kriegsende vor Morddrohungen nach Waldbröl flüchten. (37-EU) <sup>19, 24, 193</sup> Eine Bonnerin und ihr Sohn halfen einer befreundeten jüdischen Geschäftsinhaberin am 10.11.1938 die Trümmer der Pogromnacht vor dem Geschäft aufzuräumen. Sie wurden beobachtet und öffentlich gebrandmarkt. Der Sohn wurde von der Universität verwiesen und ihr Mann verlor 1939 seine Professur an der Uni Bonn, die er seit 1923 innehatte. Der Diffamierungsdruck wurde so stark, dass die Familie nach England emigrieren musste. (123-BO) <sup>91, 137, 294</sup>

Ein Kölner befreite seine jüdische Langenfelder Verlobte aus dem Ghetto Riga. Auf der Flucht in die Schweiz fand diese für 8 Tage bei ihrer ehemals jüdischen Cousine und deren christlichen Mann in Solingen ein Quartier. Die Versteckte und ihre Beherberger wurden von einer Frau denunziert, nachdem die Flüchtigen weiter gezogen waren. Diese wurden an der Schweizer Grenze verhaftet und erschossen. Das Solinger Paar wurde ebenfalls verhaftet, Der Mann wurde infolge seiner „Kriegswichtigkeit“ entlassen, die Frau aber als „Jüdin“, obwohl schwanger, nach Auschwitz deportiert und dort ermordet. (191-BL) <sup>1, 128, 169, 231, 245</sup> Ende 1939 wurde ein prominenter Kölner Radsportler beim Versuch, jüdische Flüchtlinge durch Geldschmuggel zu unterstützen, an der Schweizer Grenze verhaftet, gefasst und im Gefängnis Lörrach ermordet. (513-KÖ) <sup>30, 32, 80, 83, 211</sup>

In einigen Fällen starben die HelferInnen infolge Bombardierungen, Unfällen oder Krankheiten während der Rettungsversuche. Sie hinterließen für ihre Schützlinge eine schwierige Situation. Eine Gräfin aus Mitteldeutschland versteckte in Düren zwischen 1940 und 1944 eine geistesgestörte Jüdin. Sie versuchte die Versteckte 1944 anderweitig unterzubringen, wurde aber selber Opfer des Bombenangriffs auf Düren am 16.11.1944. Sie gilt bis zu ihrem Tode als Koordinatorin eines RetterInnen-Netzwerkes, welches ein Euskirchener Dechant übernahm. (56-DÜ) <sup>64, 147</sup>

## **17 Der Umgang mit ausgegliederten erkundeten Projektfällen**

Im Verlaufe der Erkundungen, konnten wir eine Anzahl von Rettungs- und Hilfefällen ausfindig machen, welche wir im Rahmen der vorstehenden Auswertungen nicht mehr berücksichtigt und z.T. an Dritte weitergegeben haben:

39 Fälle, die weder örtlich noch personell einen Bezug zur Projektregion Mittelrhein hatten. Diese bekamen in den Aufstellungen die Signatur SO. Die Dossieres haben wir an die Geschäftsstelle unseres Vereins mit der Bitte gerichtet, diese den Regionalen Arbeitsgruppen zur evtl. Weiterverfolgung der Rettungs- und Unterstützungsfälle zur Verfügung zu stellen.

5 Fälle, in denen Nichtjuden, z.B. Sinti und Roma unterstützt oder gerettet wurden. Die Konzentration der Recherchen auf Fälle mit jüdischen Bezug veranlasste uns diese erkundeten Rettungsfälle gesondert aufzulisten, aber nicht in die Auswertung einzubeziehen.

2 Rettungsfälle in Belgien und Frankreich haben wir an Institutionen abgetreten, welche größere Chancen der Aufklärung und Bearbeitung in den betreffenden Ländern haben. Z.B. rettete eine Nichtjüdin in Auxerre/Frankreich ihre jüdische Freundin durch eine Gefängnis-Befreiung vor der Deportation. Die Flüchtige wurde im Hause ihrer Großmutter und bei Freunden auf dem Lande versteckt. Wir haben den Fall an Beate Klarsfeld abgegeben. (286-KÖ) <sup>250</sup>

1 Fall, in dem versucht wurde, das Ehrungsprogramm zu missbrauchen. Vor über 30 Jahren schlug der Versuch, eine Ehrung als „Gerechter“ für einen volkstümlichen und populären Kölner Kommunalpolitiker zu bewirken, nach der Aufdeckung der falschen Angaben und Täuschungen hohe Wellen. Ein sensibles Ehrungsprojekt wurde nachhaltig diskreditiert. Umso verwunderlicher war es, dass 2012 die angebliche Rettung über den Umweg eines Kürtener „Nachlass-Fundes“ in einem Zeitungsbericht des Kölner Stadtanzeigers ohne jeden Bezug zum damaligen Fälschungshintergrund wieder auftauchte. Unsere Dokumentation sei deshalb als Warnung gedacht.

Ein jüdisches Ehepaar aus Köln soll vorgeblich 1943 mit Hilfe von 2 Freunden aus dem Lager Köln-Müngersdorf geflohen sein und sich bei einem Bauern im Kölner Umland versteckt haben. Anhand der Namensgleichheiten und der falschen Benennung des Lagers in den Akten, Artikeln und einem Internet-Beitrag muss es sich um eine 2012 wieder ausgegrabene, schon 1981 enttarnte, erschwundene und konstruierte Rettungsgeschichte handeln, die zu einer später annullierten „Ehrung“ des Kölners führte. Der Prozess gegen einen Journalisten 1983/84 um den „Ortsbauernführer“ belegt, wie glaubhaft die Aussagen der damaligen Antragsteller gewesen sein müssen. (483-KÖ) <sup>185, 209, 334</sup>

## **18 Zum Abschluss**

Wenn die Mehrheitsgesellschaft und die Historik in der Nachkriegszeit lange Zeit kein Interesse an den RetterInnen verfolgter Jüdinnen und Juden zeigte, so scheint es, dass der Pendel zurück schwingt. Das Interesse an den „Stillen Helden“ ist spürbar größer geworden. Lassen Sie uns abschließend auf unser Projektziel 4 besonders hinweisen. Die Bereitstellung der Rettungsgeschichten für eine Geschichtsvermittlung für junge Menschen erscheint uns, unabhängig von einzelnen bestätigenden Vergleichsbefunden zu Studien mit vergleichbarer Zielsetzung und unabhängig von einzelnen, speziell den Untersuchungsbereich Mittelrhein betreffenden Befunden, so z.B. der Chancenlosigkeit der jüdischen Gemeinden und dem hohen Anteil sog. „Mischehen“ infolge der Assimilierung der Rheinischen Juden, das zentrale Ergebnis zu sein.



Laut Haman sind Rettungsgeschichten für den Geschichtsunterricht geradezu prädestiniert. Im Gegensatz zu vielen Fragen des Holocaust, die sich dem Begreifen vieler Schüler verschließen, sind die Geschichten der Rettungen, der RetterInnen und Geretteten erzählbar, sie haben einen konkreten Ort und zeigen handelnde Individuen. Die Rettungsgeschichten veranschaulichen die Praxis der NS-Verfolgung und ermöglichen Empathie mit den Verfolgten und Opfern.<sup>320</sup> Der schon mehrfach zitierte Manfred Wolfson schlägt als pädagogisches Konzept vor, die Jugendlichen mit Handlungsalternativen (Zuschauer, Mitläufer, Aktiver Beteiligter, Widerständler, Retter usw.) und mit ihren jeweiligen Folgen für die Verfolgten zu konfrontieren, um auf diesem Wege die Entscheidungsfähigkeit zu stärken und die Identifizierung mit den Verfolgten zu ermöglichen.<sup>324</sup>

Wir haben eingangs betont, dass wir dieses Projekt beendeten, ohne alle Chancen der Ermittlung von Rettungsgeschichten ausgeschöpft zu haben. Des weiteren konnten wir nicht alle in Frage kommenden Akten und noch mögliche Zeitzeugenkontakte auf Quellen und Zeugnisse überprüfen.

Wir werden, sofern wir weitere Rettungsfälle finden, diese in den Projektakten dokumentieren und zugänglich machen.

Sollten Interessenten an dieser Arbeit einige Fälle oder Regionen weiterbearbeiten wollen, stehen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten und unter Berücksichtigung des Datenschutzes für Ratschläge und Hilfen gerne zur Verfügung.

Wir bedanken uns herzlich bei allen, die unsere Projektarbeit im Laufe der Jahre unterstützt haben.

Wir haben, um Risiken auszuschließen, bei dieser Fassung des Projektabschlussberichtes infolge ihrer Internet-Öffentlichkeit konsequent anonymisiert.

Sollten Sie ein Interesse am offiziellen Projektabschlussbericht mit der Benennung aller Beteiligten und ihrer uns bekannten Daten haben, so wenden Sie sich bitte mittels des anhängenden Antrages, der gleichzeitig eine uns absichernde Erklärung beinhaltet, brieflich an die angegebene Adresse. Der postalische Weg ist notwendig, um Ihre Unterschrift zu erhalten.

Wir werden Ihr Anliegen prüfen und Ihnen im positiven Fall den Projektabschlussbericht als Mail-Anhang übermitteln.

Mit spezielle Fragen wenden Sie sich bitte an:

Manfred Struck unter der E-Mail Adresse [struck-bonn@t-online.de](mailto:struck-bonn@t-online.de)

Weitere Fassungen des Projektabschlussberichtes liegen vor

- In der Gedenkstätte Deutscher Widerstand in Berlin
- In der Gedenkstätte „Stille Helden“ in Berlin
- In der Bundesgeschäftsstelle des Vereins „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ in Berlin
- In der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn (Fassung der Regionalgruppe Mittelrhein des Vereins)

## **19. Fallbezogene und allgemeine berücksichtigte Quellen**

Wie schon angedeutet, haben wir in dieser dieser Fassung des Schlussberichtes nur die Quellen benannt, auf welche sich die benannten Textstellen oder die skizzierten Fälle beziehen.

### **A: Fallbezogene Quellen**

- 1 Aktenbestände Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
- 2 Aktenbestände Bezirksregierung Düsseldorf
- 3 Aktenbestände Stadtarchiv Bonn
- 4 Aktenbestände Archiv des Rhein-Sieg-Kreises Siegburg
- 5 Aktenbestände Stadtarchiv Leverkusen
- 6 Aktenbestände Entschädigungsbehörde Berlin
- 7 Aktenbestände Niedersächsischen Landesarchiv - Staatsarchiv Wolfenbüttel
- 8 Aktenbestände weiterer Archive, z.B. Stadtarchiv Wuppertal, Godesheim-Archiv usw
- 9 Aktenbestände Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus – An der Synagoge
- 11 Aktives Mus. Südwestf.: „Walter Krämer - Späte Anerkennung ein. „unerwünschten Opfers“
- 12 [alemannia-judaica.de](http://alemannia-judaica.de)
- 13 Apfel: e-mail's des Sohnes von Alfred Apfel vom Juni 2009 und 1.7.2009 an Aa. Knapstein
- 14 Appel: Erfahrungsbericht „Willst Du ein Schwein sein wie der?“ in Muth: „Versteckte Kinder“
- 15 Appel: „Jüd. Leben und Überleben in Koblenz 1933-1945“ - Video Förderv. „Mahnmal ...“ 2009
- 17 Arndt: „Unwiederbringlich vorbei - Geschichte und Kultur der Juden an Sieg und Rhein“, 2005
- 19 Arntz: Judenverfolgung und Fluchthilfe im deutsch-belgisches Grenzgebiet, 1990
- 20 Arntz: „Judaica. Juden in der Voreifel,“ Euskirchen 1983
- 21 Arntz: „Dechand Joseph Emonds bewahrte Priester und Juden ...“, KStA, Ostern 1982
- 22 Arntz: Jahrb. 2008 für den Kreis Euskirchen, 28.11.2007 und „Jupp Weiss aus Flamersheim ...“

- 24 Arntz: Home-Page von H.D. Arntz, Initiative zur Girkens-Ehrung  
 30 Badische Zeitung 2.6.2013: „Eine Stele gegen das Vergessen“  
 31 Bayerwaltes: „Eine Frau zw. guten u. bösen Deutschen, ...“ in Bonner Geschichtsbl., 51/52  
 32 Becker-Jackli: „Das Jüdische Köln – Geschichte und Gegenwart“, NS-DOK der Stadt Köln 2012  
 33 Becker-Jackli: „Ich habe Köln doch so geliebt“, NS-DOK der Stadt Köln, 1993,  
 34 Bedürftig: „Edelweißpiraten“ in Drittes Reich und Zweiter Weltkrieg. Das Lexikon  
 41 Bielstein, Backhaus: „Geschichte der Remscheider Juden“, Remscheid 1992  
 42 Bierganzt, Kreuzt: „Juden in Aachen“, Hrsg. Gesellsch. für Christl.-Jüd. Zus.-arb. Aachen, 1988  
 45 Birk: Unterschriebenes und beglaubigtes Zeugnis von Erna Birk, geb. Spiegel vom 1.6.2005  
 47 Bistum Aachen: Kirchenzeitung: „Aber die Liebe war größer als die Macht“ 16.-15.4.1994  
 52 Bothien: „Die getauften Meyers“ in Bonner Geschichtsblätter 49/50, 1999/2000  
 54 Brath: Hinweis auf Vonessen in der ÄRZTEZEITUNG.DE  
 55 Breidenbach. Armin: „Widerstand und Verfolgung in Remscheid 1933-1945“, Berlin. 1992  
 56 Bremer: Notiz über Gespräch mit dem Enkel der Familie Schmitz vom 27.7.2009  
 58 Claren in: Bornheimer Beiträge zur Heimatkunde. Heft 4, Heimat- u. Eifelverein Bornheim 1995  
 60 Cordes: „Eugen Schmalenbach“, Autoren: Kruk, Potthoff, Sieben, Stuttgart 1984  
 61 Corbach: „Die Jawne zu Köln“ „Die Rettung Kölner Schüler und Schülerinnen ...“, 1990  
 63 Das Parlament: „Aus dem Feuer gerissen“  
 65 Deutscher Koord.rat der G.f.chr.-jüd Zus.arbeit (Hrsg.): „... die dem Gewissen gehorchten“,1969  
 69 Dürener Geschichtswerkstatt: Chronologie, u.a. mit Artikeln Westdeutscher Beobachter  
 70 Eckert: Hinweis auf Vonessen in der taz-Köln 2.10.2004  
 80 Franz; u.a.: „Der vergess. Weltm.: das rätselh. Schicksal des Kölner Radrennf. A. Richter“. 2007  
 82 Fried, Esser: „Die Geschichte der jüdischen Gemeinde in Bergheim 1239-1945“, 1983  
 83 Friedrich: „7 Jahre eines Rennfahrers“, 1981  
 84 Gedenkbuch: „Montfort, besetzt, zerstört und befreit“, Folge 26, 15.12.1994  
 85 Gedenkbuch Aachen – Verschiedene Autoren  
 86 Gedenkst. f. d. Bonner Opfer des Nationalsoz. u.a.: Ausstellungsbr. „Sept.-Aktion 1944“, 1994  
 87 Gedenkstätte Deutscher Widerstand: „Bartholomäus Schink“, 1996 - 2009  
 88 Gedenkstätte „Stille Helden“ Berlin, PC-Dateien und Biografien  
 89 Gelsenzentrum: „Zu Dr. Rudolf Bertram - Reise ins Herz der Finsternis - Das Gelsenberglager“  
 91 Ginzel: „Das durfte keiner wissen - Hilfe für Verfolgte im Rheinland ...“, LVR 1995  
 92 Ginzel: WDR-Film: „Annas letzte Reise oder die Geschichte einer Lebensrettung“, 1996  
 94 Ginzel: „Als Zivilcourage selten war – ... Büro Pfarrer Grüber ...“ in „Mut zur Menschlichk.“, 1993  
 97 Goebel: Hinweis auf Vonessen in der STaDTRevue – Das Kölnmagazin  
 102 Grotha: Recherche 2006 für die Gedenkstätte für die Bonner Opfer des Nationalsozialismus  
 104 Gutmann u.a.: „Lexikon der Gerechten unter den Völkern“, Yad Vashem (Hrsg.) 2005  
 106 Habbe: „Einer gegen die SS – Herm. Friedr. Gräbe“ in Aust, Spörl: „Die Gegenw. der Vergangenh.“, 2004  
 107 Hahne: „Entrechtung, Vertreibung, Vernichtung 1933-1945“ in Unterrichtsm. „Juden i. Kreis Düren“, 2002  
 110 Heckeley: „Fluchthelfer unter dem Hakenkreuz“, in: Kirchenz. für das Erzbistum Köln, Nr.22, vom 29.5.87  
 111 Heeg: „Die Levys oder die Vernichtung des Altfränkener Judentums“  
 112 Helbach: „Der Kölner Priester Peter Klein und seine jüdische Mutter.“ Januar 2012.  
 113 Helbig: Recherche im deutsch-niederländischen Grenzgebiet  
 115 „Heimatblätter des Rhein-Sieg-Kreises“, 78. Jahrg., 2010: „Vertrieben – Versteckt – Vernichtet“  
 116 Heimatv. Oberdollendorf u. Römlinghoven: „Erinnerungen an eine verworrene Zeit“, Band 1, 1996.  
 124 Historisches Archiv der Stadt Köln - Bestand 1284 Vonessen, Franz - Signatur : Best. 1284  
 125 Homberg: Dissertation „Retterwiderstand in Wuppertal während des Nationalsozialismus“, 2008  
 126 Huneke: „In Deutschland unerwünscht. Hermann Gräbe - Biografie eines Judenretters“  
 134 Jordan: Unterschriebene Erklärung von Hanna Jordan vom 28.9.2005  
 137 Kahle: „Was hätten Sie getan? – Die Flucht der Familie Kahle aus Nazi-Deutschland“, 2006  
 138 Kahn: Durch das EL-DE-Haus beglaubigter und unterschriebener Bericht des Geretteten Kahn  
 139 Kahn: Hinweis in Matzerath (Hg): „vergessen kann man die Zeit nicht, das ist nicht möglich“ s.o.  
 143 Kenkmann: „Wilde Jugend“  
 145 Kill: Tagebuchaufzeichnungen. Herr van Rey stellte diese zur Verfügung  
 147 Kirschgens: „Wege durch das Niemandland“, LVR, 1998  
 148 Klan: „Armin T. Wegner - Zivilcourage als Programm“  
 150 Klein, Ansgar: „Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus im Siebengebirge“, 2008  
 152 Knapstein: Gespräch mit Renate Toubartz am 19.3.2009  
 155 Knapstein: Gespräche mit Herrn Haiblen  
 156 Koch: „Edelweiß – Meine Jugend als Widerstandskämpferin“, 2006  
 157 Kölnische Rundschau vom 3.4.1974 „Mutter kam als Geisel in das KZ Brauweiler“  
 158 Kölner Stadt-Anzeiger vom 1.4.1974 „Freunde halfen überleben  
 163 König: Privatarchiv Marianne König, beglaubigt von der Gemeinde Gangelt  
 166 Kosmala: „Willi Ahrem, Haupttruppf. d. Org. Todt – D. Judenm. in Nemirow u. s. Rettungsakt.“ Wette, 03  
 167 Küpper: „Ein Anne-Frank-Schicksal mit gutem Ausgang“ i. Godesb. Heimatblätt., Ausg. 33, 1995  
 169 Krause: Solinger Geschichtswerkstatt „...daß ich die Stätte des Glückes ...“ 2000  
 170 Kuhn: „Und wir waren noch so jung. Aus dem leben ehemaliger Aachener Bürger“, 1995  
 171 Kwiet, Eschwege: „Selbstbehauptung und Widerstand – Deutsche Juden im Kampf ...“1984  
 173 Lekebusch „Not und Verfolgung der Christen jüd. Herkunft im Rheinland 1933 – 1945“,1996  
 176 Linn: „Juden an Rhein und Sieg“, Siegburg, 1983  
 177 Liste von NS-Opfern in Solingen, Internet-Seiten über wikipedia gelinkt  
 180 Luig: „Juristen ohne Recht. Schicksale jüdischer Juristen in Köln, Bonn und Aachen“, Köln 2005  
 182 LVR-Projekt „Widerstand im Rheinland 1933-1945“ Internet-Fallskizzen, Stand 18.7.2013

- 184 Matzerath: „... vergessen kann man die Zeit nicht, das ist nicht möglich ...“, Köln 1985  
 185 Mauz – Der Spiegel 24/84 – 11.6.1984  
 187 Metternich: Zeitzeugenbefragungen und Recherchen 2002 - 2005  
 189 Meyer: „Meine Erlebnisse in den Jahren 1933-1945“ in Bonner Geschichtsblätter 49/50, 1999/2000  
 190 Mies: „Sie waren Nachbarn – Zur Geschichte der Juden in Rheinbach im Dritten Reich“  
 191 Middelberg: „Judenrecht, Judenpolitik u. d. Jurist Hans Calmeyer i. d. bes. Niederlanden 1940-1945“, 07  
 192 Moll: „Wenn wir heute nicht unser Leben einsetzen ... Martyrer des Erzbistums Köln. ...“ 1998  
 193 Moll: „Zeugen für Christus. Das Deutsche Martyrologium des 20. Jahrhunderts-Band 1“, 2000  
 195 Müller: „Helfer in größter Not ...“ in „Juden in der Geschichte der Stadt Leverkusen“, 1988  
 196 Müller: „Um Heimat und Leben gebracht. Zur Geschichte der Juden im alten Landkreis Düren“  
 197 Müller: „Sonderf. G. Krüll aus Düsseldorf - Rettung e. Juden a. d. Ghetto Pinsk“, in Wette: „Zivilcourage“  
 201 NS-DOK der Stadt Köln: „Gegen den braunen Strom“, Köln 2000  
 202 NS-DOK der Stadt Köln: website: „Die Ehrenfelder Steinbrück-Gruppe fliegt auf“  
 203 NS-DOK, Hist. Archiv Köln: „Jüdisches Schicksal in Köln 1918-1945“. Ausstellungskatalog 1989  
 204 NS-DOK d. St. Köln, Projekt „Jug. i. Deutschl. 1918-1945“: „Die Gerettete Marianne Strauß-Ellenbogen“  
 205 ns-gedenkstaette – Internet-Seiten Judentum im Bergischen Land  
 209 Peine: „Puzzleteile eines jüdischen Schicksals“ im Kölner Stadtanzeiger vom 28.2.2012  
 211 Plättke: „Die letzte Kurve“, 1960  
 212 Prior, Ingeborg: „Der Clown und die Zirkusreiterin“, Piper, 1999  
 223 Rosemann: „Fritz und Maria Briel“ in „Gegen Vergessen - Für Demokratie“ Nr. 44, April 2005  
 226 Rüther: „Köln im Zweiten Weltkrieg“, Schriften des NS-DOK der Stadt Köln, Band 12  
 228 Ruland: „Zwischen Hammer und Amboss – Erfahrungen einer Grenzbevölkerung“  
 230 Russinek: „Gesellschaft in der Katastrophe“, Düsseld. Schriften zur Neuer. Landesgesch., B. 24  
 231 Sassin: „Die Solinger Gestapo - ein Forschungsbd., u.a. zu Kriminalrat Josef Koke“, in „die Heimat“ - 18/02  
 233 Schafgans, H.: „auf einer Wiese Gans und Schaf“ in G. B. Ginzel (Hrsg.): „D. durfte kei. wissen 1995  
 234 Schafgans, H.: „Rückkehr zum Judentum“ in Sigrid Lekebusch: „Not und Verfolgung der Christen ...“  
 237 Schlossmacher: „Kurzerhand die Farbe gewechselt – Die Bonner Polizei im Nationalsoz.“, 2006  
 238 Schmidt: „Das gefährdete Leben. Der Kölner Arzt und Gesundheitspol. Franz Vonessen“, 2004  
 240 Schnöring: „Auschwitz begann in Wuppertal“, Wuppertal 1981 (dito 256)  
 241 Schrader: „Tora und Textilien. Zur Geschichte der Juden im Wuppertal“  
 250 Sentenbien: Bericht und Hilfsgesuch des Rettersohnes Jean-Pierre Sentenbien 2007  
 252 Stang: Bonner Geschichtswerkstatt: „Wie herrlich duftet es hier nach Eau de Cologne“, 2008  
 259 Straeten: „Mit dem Zirkus durch Hitlers Reich - Andere Deutsche unter Hitler“, Mainz 1997,  
 260 Strauß: Zeugnis des Geretteten Rolf Strauß  
 266 Topfstedt: „34 Jahre Heimschul-Lehrer“, in der Reihe „Ortstermine - Band IV“, 1994  
 267 Trippen: Notiz Tochter Trippen an Frau Becker-Jackly am 2.2.2007:  
 268 „Unbesungene Helden“, Projektakten der Köln. Ges. f. christl.-jüd. Zus. im NS-DOK Köln  
 269 Valks: „Berufen?!“, Grevenbroich, 1997  
 271 van Norden/Schmidt (Hrsg.): „Sie schwammen gegen den Strom.“, Köln 2006. .  
 273 van Rey: „Juden in Königswinter“, in Arndt (Hrg.): „Unwiederbringlich vorbei“, Siegburg 2005  
 274 van Rey, „Königswinter i. Gesch. u. Gegenw. - 1 - Leben u. Sterben uns. Jüd. Mitbürg. in Königsw.“, 1985  
 275 van Rey: „Zur Geschichte der jüdischen Einwohner Königswinters“ in Linn 1983  
 278 von Mettenheim: „Felix Meyer 1875-1959 - Erfinder und Menschenretter“, 1998  
 283 Wette: „Zivilcourage in Uniform“ in „Die Zeit“ vom 9.11.2006  
 284 Wette: „Hermann Friedrich Gräbe - Der verfeimte Menschenfreund“ in Ossietzky 25/2002  
 291 Yad-Vashem: „Adolf und Maria Althoff - Rescue in einem Zirkus“  
 292 Zentrum für Antisemitismusforschung Berlin - Dossiers  
 299 Arntz: „Der letzte Judenälteste von Bergen-Belsen. Josef Weiss“, 2012

## B: Auswahl zitierte grundsätzliche und allgemeine Literatur

- 300 Adam: „Judenpolitik im Dritten Reich“, Düsseldorf 1972  
 301 Aleff: „Das Dritte Reich“, Edition Zeitgeschehen, Fackelträger, Hannover, 1970  
 302 Arendt, „Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft“, München/Zürich 1991  
 303 Aschoff: „Die Juden in Antike und Mittelalter“ in Zimmermann (Hsg.): „Die Geschichte der Juden ...“  
 304 Bankier: „Was wussten die Deutschen vom Holocaust? in Kosmala-Schoppmann  
 305 Benz: „Flucht aus Deutschland“, dtv, 2001  
 308 Benz/Neiss (Hrsg.), „Deutsch-jüdisches Exil: das Ende der Assimilation?“, Berlin 1994;  
 310 Corbach: „Die Jawne zu Köln“ „Die Rettung Kölner Schüler und Schülerinnen ...“, 1990  
 311 Diner, „Kreisläufe. Nationalsozialismus und Gedächtnis“, Berlin 1995  
 312 Dokumente zur Geschichte der Frankfurter Juden  
 316 Grossmann: „Die unbesungenen Helden“, Berlin, 1957  
 317 Grübel/Mölich (Hsg.): „Jüdisches Leben im Rheinland. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart“, 2005  
 318 Heid/Schoeps, Marina Sassenberg (Hsg): „Wegweiser durch das Jüdische Rheinland“, Berlin, 1992, darin Beiträge  
 323 Kampe, „Endlösung“ durch Auswanderung? ... in Michalka (Hrsg.): „Der Zweite Weltkrieg“, München 1989  
 324 Kedmi: „Moraldilemmata von Rettern von Juden“ in Kosmala-Schoppm.: „Solidarität und Hilfe für Juden ...“  
 326 Kosmala: „Verbotene Hilfe – Rettung für Juden in Deutschland 1941-1945“, Vortrag, Friedrich-Ebert-Stiftung in Ko-  
 operation mit „Gegen Vergessen – Für Demokratie“, 28.9.2004, Bonn, Heft 56  
 328 Kosmala, Schoppmann (Hrsg): „Solid. U. Hilfe für Juden währ. der NS-Zeit“, Band V „Überleben im Untergrund“, 02  
 332 Onliner, Fogelman und Wolfson (Bezüge und Hinweise)  
 333 Paldiel, Yad Vashem, „Rigtheous Among the Nations“ in G. B. Ginzel (Hrg.): „Mut zur Menschlichkeit“,  
 336 Reuband: „Zw. Ignoranz, Wissen u. Nicht-Glauben-Wollen“ in Kosmala-Schoppm.: „Solidarität u. Hilfe ...“  
 338 Riffel - Unbesungene Helden – Der Umgang mit „Rettung“ im Nachkriegsdeutschland“ in Kosmala, Sch....

- 339 Schoppmann: „Rettung von Juden: ein kaum beachteter Widerstand von Frauen“ in Kosmala-Sch...
- 340 Schumburg - Auswärtiges Amt, Berlin, den 25.1.1939, 83-26 19/1 in Poliakov/Wulf:
- 341 Silver: „Sie waren stille Helden“, London, 1992
- 343 Steinbach: „Unbesungene Helden“, Paderborn 2001
- 344 van Rey: „Die Vernichtung der Juden in Bonn“, Vorlesung zum Gedenken an Felix Hausdorff  
– Eichhorn, Thiele (Hrsg.) – 1994
- 345 Walk (Hg.): „Das Sonderrecht für die Juden im NS-Staat.“ Sammlung gesetzlicher Maßnahmen und Richtlinien -  
1981 - zitiert in „Die Nacht, als die Synagogen brannten“. – Hrsg: LpB Baden-Württ., 1998
- 346 Welzer: „Verweilen beim Grauen“. Essays zum wissenschaftl. Umgang mit dem Holocaust, Tübingen 1997
- 352 Zimmermann (Hsg.): „Die Geschichte der Juden im Rheinl. und in Westf.“, Band 11, LAZ NRW, 1998
- 353 Zittartz: „Von der Frühen Neuzeit bis zur Judenemanzipation“ in Zimmermann: „Die Geschichte ...“